

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

47. (Sonder-) Sitzung
gemäß § 25 Abs. 3 Satz 2 GO Abghs
12. November 2014

Beginn: 14.01 Uhr
Schluss: 17.31 Uhr
Vorsitz: Dr. Wolfgang Albers (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Wir kommen nun zu unserer Sondersitzung, die notwendig wurde, nachdem die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Piratenfraktion sowie die Fraktion Die Linke eine solche beantragt haben und das Quorum dafür, nämlich ein Drittel der Mitglieder des Ausschusses, erreicht wurde. – Die Tagesordnung ist Ihnen zugegangen.

Ich rufe auf

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Vorwürfe bezüglich der Vergabepaxis bei
Flüchtlingsunterkünften**

[0207](#)
GesSoz

Gibt es Anmerkungen zur Tagesordnung? – Gibt es nicht. Dann bitte ich, den Tagesordnungspunkt zu begründen. Wer möchte beginnen? – Herr Reinhardt. Bevor wir dem Kollegen Reinhardt das Wort erteilen, müssen wir das genehmigen, weil er kein reguläres Mitglied dieses Ausschusses ist. – Ich höre keinen Widerspruch. – Bitte, Herr Reinhardt!

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Die heutige Sondersitzung wurde nicht nur aufgrund der aktuellen Vorwürfe bezüglich der Vetternwirtschaft im Landesamt notwendig. Sicherlich ist es so, dass wir alle mit Verwunderung und Bestürzung zur Kenntnis genommen haben, dass hier intensive persönliche Verquickungen zwischen dem Präsidenten des Landesamts Franz Allert und Geschäftsführern von Berliner Flüchtlingsunterkunftsbetreibern bestehen, inklusive des offensichtlichen gemeinsamen Nutzens eines Privatgeländes. Das ist aber nicht der einzige Punkt, der heute hier geklärt werden sollte. Es geht insgesamt um etwas Größeres, um ein größeres Bild. Es geht nur im Extremfall um Vergaben nach Bekanntschaft oder Gunst, mindestens geht es aber um das gesamte System Flüchtlingsunterkünfte in Berlin, Profit mit der Not von Menschen. Für mich ist völlig klar, dass bei der Unterbringung von Flüchtlingen in den letzten Jahren weniger nach dem Kriterium der Qualifikation und der Erfahrung, sondern nach dem des billigsten Anbieters der jeweiligen Unterkunft gegangen wurde, bei denen an vielen Stellen schon gravierende Mängel vorprogrammiert waren. Völlig klar ist es also auch, dass Senator Czaja hier Pflichten vernachlässigt und die Menschen in ihrer Not alleingelassen hat.

Wir haben uns in den vergangenen Jahren immer wieder intensiv mit dem Thema beschäftigt, auch wenn vonseiten der Koalition relativ wenig Interesse daran bestand, sich zu beteiligen. Es sind Dutzende Anfragen gestellt worden, es wurden Anträge gestellt, die alle in Bausch und Bogen abgelehnt wurden. Wir haben gemeinsam Dutzende Unterkünfte besucht und uns selbst von den Bedingungen vor Ort ein Bild gemacht. Wir haben hier ein System, in dem einige Betreiber schon länger tätig und einige neu hinzugekommen sind. Dazu gehört – unter anderen – die Firma Gierso, die eigentlich komplett fachfremd und in Berlin völlig neu ist und 2012 nur eine einzige Unterkunft betrieben hat, mit Ex-Geschäftsführern, gegen die möglicherweise Haftbefehle vorliegen und Geschäftsführern, die selbst völlig fachfremd sind. Wir haben Verquickungen der Firmen Gierso und PeWoBe, die wohl ein gemeinsames Firmengeflecht mit Subunternehmen ergeben. Dem Geschäftsführer der PeWoBe, Herrn Penz, gehören 25 Prozent des Unterkunftsbetreibers Gierso. Insgesamt sind nach Berichten, die wir gestern bei „Frontal 21“ gehört haben, in den letzten Jahren Verträge über 22 Millionen Euro mit den beiden Firmen geschlossen worden, von denen über 19 Millionen Euro anscheinend auch schon geflossen sind.

Es geht hierbei aber auch um mehr. Es geht um das Gebaren dieser Unternehmen in Berlin, es geht um das Mundtotmachen von Kritikern. Es gab Unterlassungserklärungen gegenüber Organisationen, die auf Missstände aufmerksam gemacht haben, wie zum Beispiel gegenüber dem Berliner Flüchtlingsrat. Kritische Initiativen, die sich um die Betreuung von Kindern in den Unterkünften gekümmert haben, sind rausgeschmissen worden und haben Hausverbot bekommen. Einer dieser Rausschmisse in der Moabiter Unterkunft wurde vom Landesamt im vergangenen Monat sogar bestätigt, in einem selbst ernannten Schiedsprozess.

Es geht aber auch darum, dass letztendlich keine Kontrollen durchgeführt wurden. Selbst bei den Kontrollen, die erst ab diesem Jahr überhaupt oberflächlich stattgefunden haben, gab es keinerlei Kontrolle des tatsächlichen Personaleinsatzes vor Ort in den Unterkünften.

Letztendlich lässt sich zusammenfassen, dass das Landesamt nicht weiß, wie es in den Unterkünften aussieht und es wahrscheinlich auch nicht wissen will. Würde Sie es wissen, dann müsste man sagen, dass es noch schlimmer wäre als man es jetzt vermuten müsste. Es geht hier also um die Frage: Welche persönlichen Beziehungen bestanden zwischen dem Präsi-

ten des Landesamts für Gesundheit und Soziales und den Geschäftsführern der Gierso, Tobias Dohmen und dem „Mastermind“ hinter dem Unternehmen Gierso Pleß? Wer hat wann wen über welche Beziehungen informiert? Dazu benötigen wir heute die exakten zeitlichen Abläufe.

Herr Allert! Sie hatten mehrfach öffentlich zur Kenntnis gegeben, dass Sie Ihre Dienstvorgesetzten informiert haben. Da ist nicht klar, wer konkret damit gemeint ist. Herr Czaja hat abgestritten, Ihr Dienstvorgesetzter zu sein. Es geht natürlich auch um die persönlichen Beziehungen zur PeWoBe und zu Helmuth Penz im Persönlichen. All diese Dinge müssen heute thematisiert und beantwortet werden. Wir brauchen hier endlich Antworten!

Herr Czaja! Sie können nicht weiter abtauchen. Das Thema ist wichtig! Sie haben das in den vergangenen Jahren immer wieder gemacht. Sie haben sich nicht geäußert, Sie haben sich letztendlich nicht in die Materie eingearbeitet, Sie sind nicht interessiert. Damit muss jetzt Schluss sein. Wir brauchen die Antworten auf diese drängenden Fragen. Das ist der Grund für die heutige Sondersitzung. Ich bin mir auch sicher, dass wir diese Sitzung länger als bis 15.30 Uhr durchführen werden. Das heißt, wir müssten im Notfall in den anderen Raum gehen, denn ich glaube nicht, dass wir die Antworten allzu schnell bekommen werden – wenn wir sie heute überhaupt erhalten.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Reinhardt! – Bitte, Frau Bayram!

Canan Bayram (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will der Aussprache ein bisschen voranstellen, dass es hier schwere Verdachtsmomente gibt, die auch seitens der Staatsanwaltschaft aufgeklärt werden sollen. Für mich als Juristin gilt natürlich erst mal die Unschuldsvermutung. Es gibt das Legalitätsprinzip, das heißt, die Staatsanwaltschaft muss dem Ganzen nachgehen. Unsere Aufgabe heute als Abgeordnete ist die politische Bewertung, und damit möchte ich mich auseinandersetzen. Zu der politischen Bewertung gehört aber auch, dass – jedenfalls war es bei mir so – mich viele Menschen angeschrieben und gesagt haben: Endlich wird das Thema mal ein bisschen tiefer beleuchtet; endlich werden mal Situationen näher aufgeklärt –, die vielen Menschen schon aufgestoßen sind, seien es Initiativen im Umfeld der Sammelunterkünfte oder Personen, die in solchen Bereichen gearbeitet haben. Es gibt dort bereits Missstände, die mir als Abgeordnete seit fünf Jahren bekannt sind. Deswegen sollten wir uns – bei aller Empörung, die berechtigt ist – bemühen, an diese Dinge strukturiert heranzugehen und sie Stück für Stück aufzuarbeiten.

Was jetzt im Raum steht, ist tatsächlich die Situation, dass Aufträge auf eine Art und Weise vergeben worden sein sollen, wie keiner von uns das verantworten kann. Genauso sollte es beim Umgang mit Steuergeldern selbstverständlich sein, dass die Bürger nicht geschädigt werden. Das ist der eine Aspekt, der mir wichtig ist. Ich habe heute Morgen die „B.Z.“ gelesen. Darin wurde aus einem Brief zitiert, der einen Zweifel daran aufkommen lässt, und auch das müssen wir klären. Wir müssen der Frage nachgehen: Was gibt es überhaupt für ein Geschäftsgebaren zwischen dem Landesamt für Gesundheit und Soziales und den Heimbetreibern insgesamt – und dann natürlich insbesondere den beiden von Kollegen Reinhardt angesprochenen Betreibern.

Der weitere Aspekt, um den wir uns kümmern müssen, ist: Wir haben seit mehreren Jahren notstandsähnliche Situationen bei der Flüchtlingsunterbringung. Eine Notunterkunft nach der

anderen wird aufgemacht, menschenunwürdig betrieben. Letztlich führt das auch – mit Blick auf die Diskussion über die Container – dazu, dass mich jedenfalls immer mehr Bürger anschreiben und fragen: Was läuft da eigentlich schief? Warum bekommen wir über Nacht die Nachricht, dass in meiner Nähe etwas entsteht? Gibt es da überhaupt einen Plan? Welche Art und Weise ist das seitens der Behörde, mit der zugegebenermaßen tatsächlich bestehenden Herausforderung umzugehen? – Ich möchte schon kurz darauf hinweisen, dass wir seit mehr als zwei Jahren eine gesamtstädtische Konzeption bei dem Thema Flüchtlingsunterbringung einfordern.

Es ist für mich schwer verständlich, dass der Senator in seiner Pressemitteilung mitgeteilt hat, dass er selbst aufgrund der bekannten Umstände eine potenzielle Unvereinbarkeit einer Behördenleitung in bestimmten Vergabeverfahren untersuchen lässt. Da sage ich mir: Wenn ich etwas untersuchen lasse, dann sollte ich vielleicht Vorkehrungen treffen. Ich will die nicht vorgeben, obwohl ich mich schon geäußert habe, dass ich der Ansicht bin, dass Herr Allert mit diesen Verfahren überhaupt nicht mehr betraut werden sollte, weil es eine Situation gibt, die aufgeklärt werden muss und es dann keinen Sinn macht, dass derjenige, gegen den Vorwürfe im Raum stehen, an dieser Aufklärung womöglich auch noch beteiligt wird und Zugang zu den Verfahren hat etc. Das sind für mich Grundsätze, die ich für selbstverständlich gehalten habe, wo ich jetzt aber wahrnehmen muss, dass das – jedenfalls seitens der Leitung der Senatsverwaltung – anders gesehen wird. Aber, Herr Czaja, vielleicht klären Sie mich noch darüber auch, welche anderen Sicherheitsvorkehrungen Sie vielleicht getroffen haben. Ich glaube, dieser Vorwurf sollte vollständig aufgeklärt werden. Und wie ich schon sagte: Wir wissen letztlich nicht, welches Ergebnis dabei herauskommen wird, aber wir sollten bei der Aufklärung größtmögliche Sorgfalt anwenden. Das erfordert für mich, dass man denjenigen, gegen den sich Vorwürfe richten, nicht noch weiterhin mit den Aufgaben betraut.

Dann stellt sich aber wiederum die Frage, Herr Czaja: Wie wollen Sie die aktuelle Herausforderung bei der Unterbringung von Flüchtlingen bewältigen, wenn Sie eine so desolate Situation in der Verwaltung haben? Und ich möchte auch noch mal den Aspekt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LAGeSo reinbringen. Die haben im Moment einen Chef, gegen den es staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gibt, worüber sie jeden Tag eine neue Nachricht in der Zeitung lesen. Das verunsichert doch auch und sorgt für Unruhe in dem Haus, das für so eine wichtige Aufgabe zuständig ist, die die Funktionsfähigkeit dieses Hauses in Frage stellt. Das alles sind für mich politische Fragen, Herr Czaja. Wie aktiv sind Sie im Krisenmanagement? – Ich würde jetzt vielleicht nicht so weit gehen wie der Kollege Reinhardt, zu sagen, Sie hätten die ganze Zeit nichts getan. Ich denke schon, dass wir auch in dieser Debatte so fair sein sollten, dass wir uns darauf fokussieren, was wir von Ihnen erwartet und eingefordert haben und was Sie dann vielleicht nicht vorgenommen haben. Aber, Herr Czaja, in der Vergangenheit haben gerade die Kollegen Reinhardt, Taş und ich Flüchtlingsunterkünfte unangemeldet aufgesucht und Ihnen Mängelberichte darüber zukommen lassen. Eine Reaktion darauf haben wir nicht erhalten. Die Reaktion, die dann aber folgte, die uns mitgeteilt wurde, war, dass, wenn wir unangemeldet Flüchtlingsunterkünfte besuchen wollen, uns der Zutritt verweigert wird. Das ist eine Faktenlage, mit der Sie sich keinen Gefallen getan haben, denn in der Regel ist es so, dass Abgeordnete genauer hinschauen, wenn sie in ihren Kontrollrechten eingeschränkt werden. Deswegen hätte es nicht so weit kommen müssen, Sie hätten uns früher an dem Prozess beteiligen können.

Sämtliche Anfragen von mir, auch die aus der letzten Legislaturperiode, sind der Behörde bekannt. Das heißt, das ist kein neues Phänomen, aber es hat jetzt eine Dimension erreicht, bei der tatsächlich nicht nur – und das ist unsere Hoffnung und Erwartung, die wir damit verbinden – alles aufgeklärt werden muss, was bisher schiefgelaufen ist. Deswegen finde ich es auch gut, dass Sie den Landesrechnungshof mit in die Zuständigkeit reingenommen haben. Es ist aber auch wichtig, dass wir generell das Thema Flüchtlingsunterbringung und Vergabe nicht nur bei PeWoBe und Gierso grundsätzlich diskutieren. Es kann doch nicht sein, dass von einem Tagessatz ca. ein Drittel für Baukosten, Rückerstattung und Ähnliches draufgeht. Es ist doch schon eine falsche Konstruktion, wie dort aufgrund der bestehenden Rechtslage das Geld, das man selbst nicht hat, um Gebäude umzubauen und für Flüchtlingsunterbringungen zu nutzen, von Privaten reingegeben wird, die damit eine Monopolstellung erhalten. Dieser Zustand ist nicht erst ein Missstand, seitdem Herr Czaja die Verantwortung dafür trägt, sondern das ist auch vorher so gewesen, und das habe ich schon immer kritisiert. Wir sollten das jetzt auch zum Anlass nehmen, uns das grundsätzlicher anzuschauen und gemeinsam zu überlegen, wie wir umsteuern können.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Bayram! – Bitte, Frau Breitenbach, Sie haben das Wort!

Elke Breitenbach (LINKE): Vielen Dank! – Herr Reinhardt hat vorhin von Verwunderung und Bestürzung gesprochen. Diese Verwunderung und Bestürzung besteht bei mir seit zwei Jahren. Damals, Herr Czaja, hatten wir die erste Debatte im Abgeordnetenhaus, nachdem sich die Linksfraktion Ihre neu errichtete Notaufnahme in Grünau angeguckt hat. Seitdem reden wir immer wieder über intransparente Verfahren bei der Vergabe von Flüchtlingsunterkünften. Seitdem reden wir immer wieder über die Probleme, die mit den privaten Betreibern bestehen, über die unzureichenden Standards und die unzureichenden Kontrollen. Sie haben nichts gemacht! Und das, Herr Czaja – Sie reden seit vier Wochen so gern vom Paradigmenwechsel –, war der Paradigmenwechsel, den Sie im Jahr 2012 eingeleitet haben. Sie haben keine Vorsorge getroffen! Sie haben dafür gesorgt, dass dieses Chaos, diese Not, von der Sie immer reden, immer größer geworden ist, mit dem Ergebnis, dass tatsächlich von hier auf jetzt irgendwelche Unterbringungen geschaffen werden mussten, von privaten Betreibern, die das Geld haben, diese schnell einzurichten, und das dann alles ominös über ein ebenfalls intransparentes Verfahren von Tagessätzen refinanziert wurde. Dieses intransparente Verfahren ist das Grundproblem, und das öffnet allem – und ich weiß nicht, wer hier welche Verfehlungen wann begangen hat –, Tür und Tor. Sie haben sich immer geweigert, hier Aufklärung zu leisten, und Sie haben sich auch geweigert – da stimmt ich der Kollegin Bayram zu –, Hinweise auf die Standards hinzunehmen, die nicht eingehalten werden. Sie haben nicht nur dafür gesorgt, dass Unterstützerinnen und Unterstützer aus den Flüchtlingswohnheimen rausfliegen und Hausverbot bekommen, nein, Sie haben noch eins draufgesetzt, denn auch wir als Abgeordnete sind rausgeflogen und dürfen nur noch rein, wenn wir zwei Tage vorher sagen, dass wir kommen. Das ist keine Grundlage, auf der man Hinweisen auf Missstände nachgehen kann, und das wissen Sie auch. Das ist Ihre Politik!

Jetzt sind wir an einem Punkt angelangt, wo die Vorwürfe so groß sind, dass Sie, lieber Herr Czaja, mal Aufklärung leisten müssten, angefangen bei der Frage: Warum gibt es in der Zwischenzeit, und zwar in unglaublich schneller Folge, fast nur noch Aufträge von privaten Betreibern für die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften, allen voran die Gierso und

die PeWoBe? Warum haben die so hohe Tagessätze im Vergleich zu anderen? Ich bitte Sie, erst einmal den Aufschlag zu machen, und wir können dann noch mal nachfragen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Das Wort hat der Senator. – Bitte, Herr Czaja!

Senator Mario Czaja (SenGesSoz): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Abgeordnete! In den vergangenen Tagen ist eine Diskussion darüber aufgekommen, ob bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Berlin alle Regeln eingehalten werden und wurden. Ich bin daher dankbar, dass wir heute zu dieser Ausschusssitzung zusammenkommen, denn es ist wichtig, dass wir uns direkt austauschen, dass wir die Dinge auf die Füße stellen und die Sachverhalte richtig und sinnvoll einordnen. Das ist ein Sachverhalt in Berlin – Frau Bayram hat es angesprochen –, bei dem sich die von Ihnen gestellten Fragen nicht auf eine oder zwei Legislaturperioden beschränken, sondern länger, und deswegen möchte ich gern darauf eingehen.

Tagtäglich kommen neue Flüchtlinge nach Berlin. Aufgrund der anhaltenden Konflikte im Nahen Osten und in Nordafrika wird deren Anzahl auch nicht abnehmen. Der nach dem Königsteiner Schlüssel auf alle Bundesländer zu verteilende Anteil, der in Berlin unterzubringen ist, liegt, der Erwartung zufolge, in diesem Jahr bei 12 000 Flüchtlingen. Von Januar bis Oktober 2014 sind bereits rund 9 000 Flüchtlinge in Berlin aufgenommen worden.

Lassen Sie mich zunächst kurz skizzieren, was seit 2011, seitdem ich die Verantwortung habe, in Berlin geschehen ist. Als ich 2011 mein Amt angetreten habe, gab es in Berlin 12 Flüchtlingsunterkünfte mit einer Kapazität von 2 600 Plätzen. 356 Flüchtlinge wurden damals in Wohnungen untergebracht. Heute haben wir in Berlin 48 Einrichtungen und sehr viel mehr Träger, vor allem sehr viel mehr freigemeinnützige Träger als zu dem Zeitpunkt, als ich das Amt übernommen habe. Von Anfang des Jahres bis jetzt haben wir bereits 1 034 Personen in Wohnungen untergebracht. Über 8 000 Flüchtlinge leben in Berlin zusätzlich zu den 12 000 in Wohnungen. Allein die Zahl der Flüchtlingsunterkünfte hat sich in diesem Zeitraum vervierfacht, aber auch die Zahl der Menschen, die in Wohnungen untergebracht wurden, hat sich in dem Zeitraum verdreifacht.

Hinter diesen Zahlen, die wir häufig nennen, verbergen sich Einzelschicksale. In der Turmstraße kommen jeden Tag erschöpfte Familien mit Kindern an, die zum Teil seit Monaten auf der Flucht waren und noch am selben Tag untergebracht werden müssen. Vor dieser Herausforderung stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LAGeSo jeden Tag aufs Neue. Für sie hat sich die Lage personell massiv verschärft. Während sich die Zahl der Flüchtlinge in den vergangenen zwei Jahren vervierfacht hat, konnten wir die Zahl der LAGeSo-Mitarbeiter im Bereich Flüchtlinge verdoppeln. Das war nicht einfach, und die Mitarbeiter arbeiten weiterhin unter hohem Druck, mit hohem Einsatz und einem hohen persönlichen Engagement. Dafür bin ich den Kolleginnen und Kollegen dankbar. Ich weiß, dass diese Tage jetzt für viele Mitarbeiter des LAGeSo keine einfachen Tage sind, aber ich will ihnen deutlich sagen, dass wir dankbar sind für die Arbeit, die sie erbringen, weil sie zwingend erforderlich ist und wir ihren Einsatz so stark brauchen.

Wir arbeiten weiter an einer personellen Verstärkung, das wissen Sie. So treten zum 1. Dezember beispielsweise 15 Regierungsinspektoren, also junge angehende Beamte, im LAGeSo

zusätzlich ihren Dienst an. Der Finanzsenator und ich sind uns darin einig, dass wir für diese Aufgabe weitere Stellen schaffen müssen und werden. Diese Stellen können aber nicht von heute auf morgen besetzt werden, und nicht jeder, der sich am Anfang für diese Stelle bewirbt, ist auch dafür geeignet. Die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden derzeit rekrutiert, einige werden geschult und übernehmen dann eine anspruchsvolle Aufgabe. Wir sind in der weiteren Stärkung des LAGeSo auf einem guten Weg.

Nun zum Vergabeverfahren. Unter dem Eindruck der stark steigenden Zugangszahlen von Flüchtlingen lag das Hauptaugenmerk der Mitarbeiter in der Berliner Unterbringungsleitstelle darauf, neue Unterkünfte zu akquirieren. Das ist angesichts der angespannten Wohnraumlage in Berlin keine einfache Aufgabe. Wir haben auf der Webseite des LAGeSo einen ständigen Aufruf zur Abgabe von Angeboten für Unterkünfte. Wir wenden uns regelmäßig, schriftlich wie mündlich, an die in der Liga zusammengeschlossenen Verbände der freien Wohlfahrtspflege, an die Bezirke, die Berliner Immobilienmanagement GmbH, den Liegenschaftsfonds, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die großen christlichen Kirchen, die städtischen Wohnungsbaugesellschaft, Krankenhausbetriebe und Vereine. Sie wissen, dass wir von diesen in den letzten Wochen immer wieder Objekte bekommen haben. Das ist auch auf der Basis von Gesprächen entstanden, die ich regelmäßig im Haus mit all unseren Mitarbeitern zum Beispiel mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften führe. Dass wir im Oktober schon mehr Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht haben als jemals in Berlin innerhalb eines Jahr untergebracht wurden, ist nur das Ergebnis solcher Gespräche. Parallel habe ich mich mit den Senatoren von Hamburg und der grünen Senatorin von Bremen an den Bund gewandt, damit die in den großen Städten vorhandenen Immobilien des Bundes auch genutzt werden können und zur Verfügung stehen. In Teilen der Öffentlichkeit wird aktuell kritisiert, dass wir die Vergaben von Unterkünften nicht ausschreiben. Hierzu möchte ich zunächst aus der rechtlichen Grundlage – § 55 Landeshaushaltsordnung – zitieren:

Dem Abschluss von Verträgen über Lieferungen und Leistungen muss eine öffentliche Ausschreibung vorausgehen, sofern nicht die Natur des Geschäfts oder besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen.

[Zuruf von Elke Breitenbach (LINKE)]

Für diese besonderen Umstände gibt es einige Gründe. Im Übrigen Gründe, Frau Kollegin von der Linkspartei – [Elke Breitenbach (LINKE): Breitenbach!] – – Frau Breitenbach, genau! –, die zu einem Zeitpunkt, als die Flüchtlingszahlen stabil waren und nicht gestiegen sind, sondern Sie über Jahr 1000 Flüchtlinge pro Jahr hatten – so viel haben wir jetzt in einem halben Monat –, immer diese Regularien angewandt haben. Und die sind auch begründet. Das haben Sie in Ihrer Amtszeit nicht falsch gemacht. Die Unterkünfte müssen nämlich schnellstens bereitgestellt werden, um Obdachlosigkeit unmittelbar zu verhindern. Bei einer öffentlichen Ausschreibung – und das wäre hier überall notwendig – ist mit einem über viele Monate dauernden Verfahren zu rechnen.

Zweitens: Wir haben es mit einem extrem beschränkten Markt zu tun. Nur wenige Anbieter sind in der Region auf diesem Feld aktiv. Trotzdem haben wir das Instrument der beschränkten Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb angewandt, um einen geeigneten Betreiber für die Nachfolgeeinrichtung der Motardstraße zu finden. Letztlich hatten nur zwei Interessenten die erforderliche Punktzahl für das Verfahren erreicht, und zwar die AWO und European

Homecare. Das gesamte Verfahren hat sich bis zur Vergabe und Vertragsunterzeichnung über fast ein Jahr hingezogen – wohlgemerkt, bei einer beschränkten, keiner öffentlichen Ausschreibung. Die Ausschreibung für eine Erstaufnahmeeinrichtung haben wir öffentlich auf Vergabeplattformen durchgeführt, sie blieb aber erfolglos, es gab keine Anbieter.

Das jetzige Verfahren wurde auch schon unter Rot-Rot angewandt, in einer Zeit, als die Flüchtlingszahlen stabil waren, als sie nicht stiegen und es keine Not bei der Unterbringung gab. Meine Vorgänger haben ununterbrochen dieses Verfahren angewandt. Das jetzige Verfahren ist auf der Internetseite des LAGeSo für jeden interessierten Betreiber genau dargelegt. Denjenigen, die von Intransparenz sprechen, möchte ich dieses Verfahren an dieser Stelle gern noch mal erläutern: Der Entwurf für einen Betreibervertrag und die Qualitätskriterien sind öffentlich für jeden zugänglich. Der Betreiber meldet sich im LAGeSo mit dem Interesse, eine Einrichtung zu betreiben oder eine Einrichtung zur Verfügung zu stellen. Letzteres passiert aber in der Regel nie. Fast alle, die sich melden, wollen gleichzeitig Betreiber und Anbieter einer Immobilie sein, womit eine Auswahl des Betreibers an dem jeweiligen Standort gar nicht möglich ist. Dann ist der Objektbogen vom möglichen Betreiber auszufüllen und elektronisch einzureichen.

Anschließend wird dies im LAGeSo in einer Akquiseliste erfasst. Darauf befinden sich aktuell 190 Eingänge.

Das LAGeSo prüft dann die Eignung der Objekte nach festgelegten Kriterien wie zum Beispiel infrastrukturelle Anbindung oder bauplanungsrechtliche Genehmigungsfähigkeit, aber auch Fragen der Platzzahl, denn eine Einrichtung unter 100 Plätzen ist in der Regel von keinem Betreiber wirtschaftlich zu betreiben und scheidet deswegen oft aus. Wenn ein Objekt geeignet erscheint, bitten wir den potenziellen Betreiber, beim örtlich zuständigen Bauamt die Genehmigungsfähigkeit prüfen zu lassen. Und dies, das wissen Sie, Frau Breitenbach, sehr genau, ist die Hürde, an der die meisten Betreiber scheitern.

Diejenigen aber, die eine Baugenehmigung erhalten haben, nehmen dann wieder Kontakt mit uns auf und legen uns eine Kalkulation vor. Diese Kalkulation wird durch die Betriebswirte, die im LAGeSo beschäftigt sind, geprüft, und schließlich werden die Tagessätze durch diese Mitarbeiter, die auf Basis ihrer Zuständigkeit und auf Basis der fachlichen Verantwortung, die diese Mitarbeiter übertragen bekommen haben, verhandelt. In diese Preise fließen die Kosten für die Ertüchtigung und die Unterhaltungskosten, die Ausstattungs- und die Personalkosten mit ein. Für die Unterkünfte werden – und da haben Sie völlig recht, Frau Bayram, das ist eine Krux, die in Berlin seit dem Zweiten Weltkrieg besteht – alle Kosten über Tagessätze refinanziert. Das ist das Verfahren, das immer in Berlin angewandt wurde – dazu gleich mehr.

Die Tagessätze in Erstaufnahmeeinrichtungen mit Vollverpflegung liegen zwischen 7,25 Euro und 15 Euro zuzüglich Verpflegung. In Gemeinschaftsunterkünften mit Selbstverpflegung betragen die Tagessätze zwischen 8,29 Euro und 36,17 Euro. Der Tagessatz von Notunterkünften liegt derzeit zwischen 13,52 Euro und 22,78 Euro. Die Spanne sieht auf den ersten Blick sehr groß aus. Das liegt aber einerseits an den unterschiedlichen Mieten und Lagen der Immobilien und andererseits daran, dass die anfänglich nutzerspezifischen Herrichtungskosten im Tagessatz über den zuvor berechneten Zeitraum mit enthalten sind und bei längerer Nutzung nicht mehr anfallen.

Als ich ins Amt kam, Frau Bayram, habe ich als Erstes ein gesamtstädtisches Konzept für die Unterbringung von Flüchtlingen erarbeitet. Dieses Konzept ist im Rat der Bürgermeister beraten, diskutiert und einstimmig verabschiedet worden. Laut diesem gesamtstädtischen Konzept wollen wir Flüchtlinge in Wohnungen in allen Lagen unterbringen. Das führt auch dazu, dass Flüchtlingsunterkünfte in einigen Bezirken höhere Mieten haben als in anderen Teilen von Bezirken. Das ist ja auch so gewollt, dass wir in allen Bezirken Flüchtlinge unterbringen, oder? Wenn wir es nur in den Bezirken machen, in denen wir niedrige Mieten oder niedrige Kosten haben, hätten wir mit Sicherheit ganz andere Probleme. Wenn ich den Weg, den Rot-Rot vorher gegangen ist, nämlich 60 Prozent aller Flüchtlinge auf drei Bezirke unterzubringen, weitergeführt hätte, wären wir heute in einer ausgesprochen schwierigen Situation. Es war richtig, dass wir dieses Konzept zusammen mit allen Bürgermeistern beschlossen haben.

Trotzdem haben wir in der Frage der Refinanzierung über die Tagessätze, Frau Bayram, eine Krux – d'accord. Der dramatische Anstieg der Flüchtlingszahlen und die massive Verknappung des geeigneten Gebäudebestandes hat uns im Juli, als die Flüchtlingszahlen noch mal viel höher waren als alle Experten je vorhergesagt hatten, veranlasst, einen Paradigmenwechsel in Berlin vorzunehmen. Wir haben den Weg beschritten, neben der seit Jahrzehnten praktizierten Rolle des Gewährleisters zusätzlich auch die Rolle des Anbieters zu übernehmen.

Noch nie hat das Land eine Flüchtlingsunterkunft gebaut. Selbst die Unterkunft in Marienfelde war eine Immobilie, die der Bund dem Land übertragen hat. Ich habe heute mit Frau Stahmer nicht nur zu dieser, sondern auch zu anderen Fragen diskutiert, und sie hat mir erzählt, wie schwer es war, diese Einrichtung in Landesbesitz zu behalten, weil damals auch diese noch verkauft werden sollte.

Priorität hat für uns nach diesem Paradigmenwechsel die Ertüchtigung von landeseigenen Immobilien, die uns beispielsweise der Liegenschaftsfonds zur Verfügung gestellt hat. Erfahrungsgemäß ist aber die Ertüchtigung solcher Immobilien mit einem längeren Vorlauf von sechs bis zwölf Monaten verbunden. Diese Zeit haben wir jedoch nicht, da die Flüchtlinge jeden Tag kommen. Für schnelle Lösungen gibt es, wie Sie wissen, nur zwei Wege. Entweder erfolgt die Unterbringung – wie in vielen anderen Bundesländern – in Zeltstätten oder Turnhallen, oder wir schaffen auf landeseigenen Grundstücken schnell errichtbare Wohncontainer.

Unser Ziel ist es, eine humane, nachhaltige und kostenschonende Unterbringung zu gewährleisten. Daher haben wir uns für den Weg der Wohncontainer entschieden, denn anders als in Zeltstätten oder Turnhallen ist dort nicht nur eine menschenwürdige Unterbringung möglich, sondern die Wohncontainer lassen sich zudem auch für andere Zwecke wie beispielsweise studentisches Wohnen nutzen.

Weil hier immer die Frage der Hostels diskutiert wird – Frau Bayram, Sie sind ja auch eine der Expertinnen in der Frage von Flüchtlingsunterbringung und der Bearbeitung eines Verfahrens: Sie wissen, dass die Hostelunterbringung teuer ist – bis zu 50 Euro. Sie wissen, dass wir für 2 200 Plätze dafür in einem halben Jahr 17 Millionen Euro ausgeben würden – so viel, dass wir in dieser Zeit drei Containerdörfer errichten können, die eine Nutzungsdauer von mindestens zehn Jahren haben. Und Sie wissen, Frau Bayram, noch etwas anderes, und das ist viel entscheidender: dass meistens ein Asylverfahren überhaupt gar nicht begonnen wird, wenn Personen in Hostels untergebracht werden, weil das BAMF dies nicht als ladungsfähige Adresse anerkennt und in dieser Zeit kein Asylverfahren läuft. Wollen wir also 2 200 Leute in Berlin ein halbes Jahr unterbringen, ohne dass ein Asylverfahren beginnt, ohne dass es soziale Betreuung gibt, ohne dass eine Kitaversorgung gewährleistet ist, ohne dass schulische Betreuung gewährleistet ist? Wollen wir das? – Ich will das nicht, und deswegen gehen wir an dieser Stelle einen anderen Weg. Der ist humaner, er ist nachhaltiger, er ist kostenschonender, und er findet auf städtischem Grund und Boden statt.

Wir haben uns unmittelbar auf diese Extremsituation eingestellt. Vor allem die Mitarbeiter aus dem LAGeSo und die Mitarbeiter der Senatsverwaltung haben sich darauf eingestellt. Wir haben vom Senat 42,7 Millionen Euro zur Verfügung gestellt bekommen, und so können wir binnen kürzester Zeit insgesamt 2 400 Plätze schaffen. Diese Anzahl von Plätzen wäre in Bestandsimmobilien in dieser Zeit nicht zu erreichen. Damit haben wir erstmalig, Frau Bayram, etwas geschafft, was noch nie geschafft wurde: Wir sind unabhängig von den Betreibern und unabhängig von den Immobilienangeboten. Wir können frei auswählen, und wir können Betreiber austauschen. Das hat es in der Vergangenheit – jedenfalls nicht so einfach – gegeben, und ich will deutlich sagen: Das ist das Wesentliche an diesem Paradigmenwechsel, und ich bin dankbar, dass zumindest Frau Bayram diesen Sachverhalt so erkannt hat. – [Elke Breitenbach (LINKE): Ja, Frau Bayram ist `ne Gute!] –

Aber: Ich will es nicht verbergen, Frau Bayram, dieser Paradigmenwechsel birgt hohe Risiken. Dieser Paradigmenwechsel birgt das Risiko, dass das Land, das das LAGeSo jetzt Aufgaben bei der Ertüchtigung und Errichtung von Flüchtlingsunterkünften übernimmt, die es bislang nur in Gewährleister-, aber nicht in Anbieterfunktion gemacht hat. Ich kann mir schon gut vorstellen, wie wir hier im Ausschuss diskutieren werden, wenn an irgendeiner Stelle die Erschließungskosten für ein Grundstück – weil man irgendeine Leitung oder Ähnliches gefunden hat – dann teurer sind. Dann weiß ich ganz genau, welche Diskussion dazu geführt wird. Deswegen haben wir uns Hilfe geholt, Hilfe von der Stadtentwicklungsverwaltung, die als Baugenehmigungsbehörde auftritt, und Hilfe vom Senator für Finanzen, der mit der BIM das vollständige Controlling der anstehenden Vergaben und der Errichtungsverträge für die Wohncontainer übernimmt.

Aber: Dieser Paradigmenwechsel passiert nicht von heute auf morgen. Bis wir die Wohncontainer errichtet und die Landesimmobilien umgebaut haben, die uns der Liegenschaftsfonds zusätzlich zur Verfügung gestellt hat, werden wir weiter Verträge nach dem eingangs beschriebenen Interessenbekundungsverfahren durchführen. Es wird auch ein Verfahren sein, was man als ergänzendes Verfahren immer wieder zur Anwendung führen muss, sollte der Flüchtlingsstrom nicht erheblich abebben. Wir sind damit aber in einer anderen, in einer vielleicht freieren Entscheidungsmöglichkeit.

Unser oberstes Ziel und das Ziel des LAGeSo und unserer Verwaltung ist es, Obdachlosigkeit zu vermeiden und allen, die nach Berlin kommen und hier einen Anspruch auf Asyl bzw. ein Asylverfahren haben, für die Zeit des fairen Asylverfahrens eine Unterkunft mit all den Qualitätsstandards, die es in Berlin gibt, zu geben. Dies sind wir, aus meiner Sicht, nicht nur nach dem Gesetz schuldig, sondern diese Aufgabe sind wir auch schuldig, wenn wir auf unsere Geschichte der Stadt schauen, sie sind wir auch moralisch schuldig.

Zu den aktuellen Vorwürfen. – [Ah! von der LINKEN und den PIRATEN] – Sie wollten doch die Zusammenhänge erläutern. Ich weiß, das kostet Zeit und Mühe, sich damit zu beschäftigen, aber Vorverurteilungen bringen da auch nichts. – Die aktuelle Unterbringungssituation fordert uns alle in besonders hohem Maße, auch die Mitarbeiter im LAGeSo. Sie erbringen tagtäglich die wichtige Aufgabe dafür zu sorgen, dass alle Ankommenden auch ein Dach über dem Kopf haben, und niemand soll glauben – und diejenigen, die häufig vor Ort sind, wissen das auch –, dass das eine leichte Aufgabe ist. Umso wichtiger ist es mir, bei den an der Unterbringung der Flüchtlinge beteiligten Kolleginnen und Kollegen und an deren Arbeit keinen Zweifel aufkommen zu lassen, dass dies sachgemäß und seriös erfolgt. Und ich bin, genauso wie Franz Allert und alle bei uns im Haus, daran interessiert, dass wir unmittelbar die Vorwürfe ausräumen können, dass es angeblich keine seriöse und sachgemäße Amtsführung des Präsidenten gegeben haben soll. Unser gemeinsames Interesse an Aufklärung ist sehr groß.

Am Donnerstag vor einer Woche hat die Senatsverwaltung erste Presseanfragen erhalten, die sich auf einen möglichen Interessenkonflikt des Präsidenten Franz Allert aufgrund einer Patenschaft zu Tobias Dohmen, dem Geschäftsführer eines Betreibers von Flüchtlingsunterkünften, beziehen. Darauf hat die Senatsverwaltung umgehend eine Untersuchung durch die Innenrevision beim LAGeSo initiiert, um die Vergaben und Vertragsabschlüsse, die Firmen Gierso und PeWoBe betreffend, über einen Zeitraum der letzten drei Jahre zu prüfen. Sie wissen, dass die eingesetzte Innenrevision des LAGeSo unabhängig arbeitet und dies zu den verfahrensüblichen Verfahren gehört. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Wo ist die denn ange-

siedelt?] – Sie berichtet direkt dem Staatssekretär Gerstle. – Dabei ist unter Auswertung sämtlicher Verwaltungsvorgänge des LAGeSo festzustellen, ob der Präsident des LAGeSo in rechtswidriger Weise Einfluss auf getroffene Vergabeentscheidungen genommen hat, Verträge unterschrieben hat, die einen möglichen Interessenskonflikt nahelegen, in der Vorbereitung und Anbahnung von Vertragsverhältnissen Vorgaben gemacht hat, die möglicherweise einen Interessenskonflikt nahelegen, Einfluss genommen hat, dass Mängel oder Vertragsverletzungen nicht voll umfänglich nachverfolgt worden sind oder dass nach Aktenlage Einfluss darauf genommen wurde, dass etwaige Sanktionsmaßnahmen nicht erhoben wurden.

Ein Ergebnis der Prüfung wird nach erster Einschätzung der Innenrevision in zwei Wochen vorliegen. Bislang liegen der Senatsverwaltung keinerlei Zwischenergebnisse vor, die die in einigen Medienberichten erhobenen Vorwürfe erhärten. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Sind die Berichte öffentlich oder intern?] – Zusätzlich habe ich mich in der letzten Woche an den Landesrechnungshof gewandt und parallel zu den internen Prüfungen eine externe Prüfung erbeten. Ziel ist es, zügig aufzuklären und jeden Zweifel auszuräumen. Dies ist unser gemeinsamer Anspruch. Jetzt Vorverurteilungen vor dem Vorliegen von unabhängigen Berichten vorzunehmen, ist aus meiner Sicht nicht sachgemäß.

Im Juli 2014 hatte Herr Allert mir nach einer Abteilungsleitersitzung in unserem Haus von einer gegen ihn und Herrn Dohmen vorliegenden Strafanzeige berichtet. In diesem Zusammenhang berichtete er mir auch von der Patenschaft zu Tobias Dohmen, des jetzigen Geschäftsführers eines Betreibers. Herr Allert hat wiederum kurz zuvor am Rande eines Fernsehinterviews mit dem WDR von dieser Strafanzeige erfahren. Er hat mich damit also umgehend informiert. Er hat mir auch deutlich gemacht, dass er bereits zu diesem Zeitpunkt, als er das erste Mal erfahren hat, dass sein Patensohn dort arbeitet, die zuständigen Stellen innerhalb des LAGeSo und seinen Chef, wie er sagt, also die politische Leitung, also Herrn Büge, über diesen Sachverhalt informiert hat. Diese Aussagen widersprechen sich gegenseitig auch nicht, denn im Jahr 2014 bin ich von Herrn Allert über diesen Sachverhalt informiert worden. Die Frage, die in diesem Zusammenhang immer gestellt wird, ist – und ich will sie deswegen auch gleich beantworten –, warum denn nicht gleich im Juli 2014 eine Innenrevision zu diesem Thema veranlasst wurde. – Sie stellen die Frage ja höchstwahrscheinlich sowieso nachher – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Ich stelle noch ganz viele andere!] – Das liegt daran, dass es zu dem damaligen Zeitpunkt in der Fachaufsicht als auch im LAGeSo keinen Zweifel daran gab, dass eine sachgemäße und verantwortungsvolle Aufgabenwahrnehmung erfolgt und dass die notwendige Information über diese Patenschaft unmittelbar nach Bekanntwerden für Herrn Allert beim LAGeSo erfolgt ist.

Zum Schutz des LAGeSo, zum Schutz der Mitarbeiter, zum Schutz dieser wichtigen Aufgabe, die wir haben, aber auch zum Schutz von Herrn Allert haben wir uns nach dem Vorliegen der Fragen der Presse, die ja Fragen und Themen angesprochen haben, die von uns – im Übrigen auch von Schreiben von Abgeordneten – bislang überhaupt keine Rolle gespielt haben, dazu entschlossen, zum Schutz die Innenrevision und eben auch den Landesrechnungshof einzuschalten. Ich will trotzdem deutlich sagen: Die Hauptanstrengung im LAGeSo liegt darauf, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und Personen, die da vorhanden sind, die notwendige Aufgabe zu bewältigen, die Unterbringung der Flüchtlinge, die kommen, in Berlin zu ermöglichen. Die jetzigen Schritte, die wir gegangen sind, halten wir für sachgemäß, um zur Aufklärung zu kommen und trotzdem die Arbeit, die dafür notwendig ist, nicht zu behindern.

Aus unserer Sicht ist dies derzeit die Darstellung der Situation. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Senator! – Wir wollen doch keine Beifallsbekundungen! – Frau Radziwill wäre dann dran!

Ulker Radziwill (SPD): Uns liegt in der Tat sehr viel daran, hier eine gute Aufklärung zu bekommen. Uns liegt sehr viel daran, dass wir den Menschen, die zu uns kommen und Schutz und Hilfe suchen, nicht nur eine menschenwürdige Unterbringung geben und humanitär unseren Auftrag ordentlich erfüllen. Uns liegt auch sehr viel daran, dass wir mit den Steuergeldern auch das Richtige tun, und von daher ist es sehr sinnvoll und sehr wichtig, aber auch notwendig, dass Herr Czaja hier gleich gehandelt hat und nicht nur die Innenrevision, sondern auch noch zusätzlich den Rechnungshof um Hilfe und Aufklärung gebeten hat, denn wir können hier nur gemeinsam an sehr viel mehr Transparenz arbeiten und deutlich machen, dass die Vergaben ordnungsgemäß erfolgt sind.

Bisher liegen uns koalitionsseitig keinerlei Hinweise vor, an denen wir Zweifel hegen könnten, aber selbstverständlich möchten wir auch die Dinge offen und transparent haben, und daher möchte ich auch noch einige wenige Fragen zusätzlich zu den Fragen ergänzen, die hier schon aufgetreten sind. Zum größten Teil hat Herr Czaja sie aus meiner Sicht beantwortet, aber ich möchte noch einige Ergänzungen machen.

Wir haben von Ihnen, Herr Czaja, noch die Antwort aus einer der letzten Sitzungen gehabt, dass Sie den Bund um Unterstützung hinsichtlich der Unterkünfte gebeten haben. Könnten Sie uns darstellen, ob es schon Rückmeldungen vom Bund gibt, dass Liegenschaften zur Verfügung gestellt werden? Das ist einer der Punkte, der uns auch sehr wichtig ist, dass wir hier jede mögliche Unterstützung organisieren.

Sie haben vorhin zu Recht erwähnt, dass eine der wichtigsten Hürden das örtliche Bauamt ist. Mich würde interessieren, welche Antragsteller, die Unterkünfte für Flüchtlinge anbieten, eher gescheitert sind. Gibt es eine Statistik, die Sie führen, woran die am häufigsten scheitern? Ich kenne dort gar keine Zahl. Ich habe mich, muss ich ehrlich sagen, mit dieser Detailthematik auch bisher nicht befasst. Wir hatten da bisher auch keinerlei Zweifel. Ich stelle diese Frage aus dem folgenden Grund: Gäbe es eventuell Zweifel, dass diese besagten, bestimmten privaten zwei Anbieter häufig Anträge stellen, häufig scheitern? Verstehen Sie mich? Gibt es da sozusagen eine Erhebung?

Der andere Aspekt, den hervorzuheben mir auch noch mal wichtig ist: Sie haben zu Recht gesagt, dass Asylverfahren nicht beginnen können, wenn wir die Menschen in Hostels unterbringen. Hostelunterbringung ist nicht nur eine teure Angelegenheit, sondern hilft den Betroffenen auch nur sehr kurzfristig. Die meisten haben ein Interesse, dass sie sehr schnell in ein Asylverfahren kommen können, um dieses Verfahren schnell zu durchlaufen. Viele haben die Hoffnung, dass sie hier bleiben können. Nicht immer können wir das erfüllen, aber zumindest müssen wir ihnen jede erdenkliche Hilfestellung gewähren. Deshalb haben Sie unsere Unterstützung bekommen, dass wir den Weg mit den Containerdörfern gehen, denn das ist

aus unserer Sicht ein sinnvoller Weg, um den Menschen zu helfen, schnell ihre Verfahren beginnen zu können.

Wichtig ist uns allerdings festzuhalten, dass wir weiterhin unsere Anstrengung dahin lenken, feste Liegenschaften, Gebäude zu bekommen. Da sind wir, denke ich, auch alle einer Meinung. Ich weiß, dass das LAGeSo dort auch noch weitere Prüfungen vornimmt. Ich habe auch keine Zweifel, dass diese Prüfungen ordnungsgemäß gemacht werden. Uns liegt aber trotzdem sehr viel daran, dass hier eben viel Transparenz an den Tag gelegt wird, und Fragen, die im Raum sind, gut, ausreichend und zur Zufriedenheit der Fragesteller beantwortet werden.

Zum Schluss meines jetzigen Beitrags will ich noch eine Frage aufwerfen. Ich kann mir vorstellen, dass viele von uns Pateneltern sind. Ich habe bzw. mein Mann hat auch eine Patenschaft übernommen. Die Kinder sind jetzt mit ihren Eltern in ein anderes Land gezogen. Ab einem gewissen Zeitpunkt hat man auf die Entwicklung von Menschen einfach keinen Einfluss mehr. – [Lachen] – Das ist einfach so. Ich möchte Sie einfach nur bitten, mal darüber nachzudenken, wie es ist, wenn Sie nach einer Weile Ihre Patenkinder plötzlich irgendwo sozusagen wiederfinden. Nicht immer muss gleich eine Vetternwirtschaft dahinterstecken. – [Joachim Krüger (CDU): Sehr richtig!] – Aber: Weil hier eben ein sehr sensibles Themenfeld gegeben ist, und weil hier mit öffentlichen Geldern viel Gutes gemacht werden soll, ist es natürlich sinnvoll und notwendig, größtmögliche Transparenz anzubieten. Ich habe deshalb keine Zweifel, dass Herr Allert rechtzeitig seine Verwaltung und seinen Dienstherrn an der Stelle – auch die politische Ebene – informiert hat, und so, wie es mir erscheint, sind auch erst mal die notwendigen Schritte gemacht. Ich bin sehr neugierig, wie das Ergebnis der Innenrevision in zwei Wochen aussieht. Darauf müssen wir und sollten wir auch entsprechend warten. Ich möchte mit den Worten von Frau Bayram enden. Sie hat ihren Redebeitrag damit begonnen, dass sie gesagt hat, die Unschuldsvermutung ist wichtig. Vorverurteilungen sind hier, glaube ich, nicht an den Tag zu legen. Hingegen müssen wir bei den Betreibern, die hier im Raum stehen – wenn diese ihre Leistung nicht ordnungsgemäß anbieten –, natürlich auch Verbesserungen erzwingen. Das gehört mit dazu, und daran arbeiten wir gemeinsam.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Radziwill! – Herr Lauer, bitte!

Christopher Lauer (PIRATEN): Mein Patenonkel arbeitet in Köln, bei Ford als Ingenieur. Wenn ich mir jetzt ein Auto dieser Marke über meinen Onkel kaufen würde, bekäme ich da einen Rabatt. Das mache ich natürlich nicht, weil ich in Berlin kein Auto fahre. Das würde aber mindestens, glaube ich, hier den Herrn Wedekind von der „B. Z.“ interessieren, wenn ich über meinen Patenonkel ein günstigeres Auto beziehe.

Ich bin ja in gewisser Weise – jetzt, so ein Jahr später, kann ich über die ganze Sache lachen – Vetternwirtschaftsexperte in der Piratenfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, weil ich mich vor einem Jahr selbst mal mit solchen Vorwürfen konfrontiert sah. Das hatte insofern viel Schönes, weil ich, Herr Czaja, jetzt ungefähr ein Gefühl dafür bekommen habe, wie ich damals auf dieser peinlichen Pressekonferenz, die ich einberufen habe, gewirkt haben muss. Wir haben von Ihnen hier allerhand gehört, aber nichts zu dem Sachverhalt. Das Thema Flüchtlingsunterkünfte ist natürlich ein neuralgisches und ein sehr wichtiges, und wir alle hier als Parlament müssen auch darauf achten, dass innerhalb dieser Debatte nicht diejenigen, die aus ganz anderen, ziemlich ekelhaften Gründen diese Flüchtlingsheime nicht wollen, das jetzt irgendwie nutzen, um da draufzuhauen. Wir müssen die Sachverhalte voneinander trennen

und auf den Kern reduzieren, nämlich: Herr Allert hat ein Patenkind, und dieses Patenkind arbeitet halt für einen Betreiber dieser Flüchtlingsheime, ist dort Geschäftsführer. Herr Allert ist da halt in zentraler Position, was die Vergabe dieser Flüchtlingsheime angeht. Herr Allert hat sich ja auch schon gegenüber der Presse mehrfach geäußert, wann er wem was gesagt hat, und das passt nicht so ganz mit dem zusammen, Herr Czaja, was Sie hier gesagt haben. Es stand jetzt mehrfach im Raum, dass Herr Allert 2012 Ihre Behörde, irgendwen informiert hat. Wenn Herr Staatssekretär Büge, der nun nicht mehr Staatssekretär ist, damals informiert worden ist: Was ist denn da passiert? War das so auf dem Flur, wie bei Ihnen, so am Rande von irgendeiner Besprechung, dass da Herr Büge gesagt hat: Ach Mensch, ist alles okay, ich behalte das mal im Hinterkopf, ich mache da jetzt keinen Aktenvermerk oder sonst irgendwas? – Das Schöne an der Bürokratie in Deutschland und an der Verwaltung ist ja, dass es für alles einen Aktenvermerk gibt. Es gibt für alles einen Vorgang, und wenn es das nicht gibt, dann ist es auch nicht passiert. Das heißt, es muss in Ihrer Verwaltung an irgendeinem Punkt zwischen 2012, wo Herr Allert sagt, dass er Herrn Büge darüber informiert hat, dass sein Patenkind dort Geschäftsführer geworden ist, und heute irgendeine Form von Vermerk oder sonst irgendwas in Ihrer Verwaltung oder beim LAGeSo geben, wo das mal in irgendeiner Form festgehalten wird – Herr Allert nickt schon –, weil – und das sage ich jetzt wieder aus eigener Betroffenheit –: Wenn man so eine Vetternwirtschaftsgeschichte auf sich zukommen sieht, dann will man natürlich auch, dass, wenn die nach oben kocht, man so richtig schön seinen Hintern geschützt hat, wie der Engländer sagt, das heißt, da will man ja eine lückenlose Kette aufzeigen, was da genau passiert ist.

Sie haben hier viel gesagt, auch noch mal zu dem Thema ladungsfähige Anschrift. Das ist mir schleierhaft. Es gibt Urteile vom BGH, die sagen, als ladungsfähige Anschrift genügt ein Ort, an dem man höchstwahrscheinlich anzutreffen ist. Das ist bei vielen der Arbeitsplatz. Die Flüchtlinge dürfen hier nicht arbeiten, aber wenn man sie in einem Hostel unterbringt, dann kann man auch davon ausgehen, dass die Post in der Lage ist, da rechtssicher etwas zuzustellen, weil die Leute da ja anzutreffen sind.

Sie haben etwas von der Innenrevision des LAGeSo gesagt. – Herr Czaja! Ich weiß, das ist jetzt schlimm, aber ich habe Ihnen ja auch zugehört. – Da würde mich interessieren: Ist die tatsächlich so unabhängig, wie Sie das hier dargestellt haben? Wenn ich mir das Organigramm des LAGeSo angucke, dann gibt es den Herrn Präsidenten, den Herrn Allert, und der hat einen Referenten, den Herrn Hube. Herr Hube ist aber gleichzeitig auch für zentrales Qualitäts- und Beschwerdemanagement, Steuerungsdienst, Öffentlichkeitsarbeit, E-Gov und Revision verantwortlich. Das wäre ja ein tolles Stück, wenn der Mensch, der für die Innenrevision verantwortlich ist, auch gleichzeitig der Referent von Herrn Allert ist. Da stelle ich mal anheim, wie unabhängig das ist. Gleichzeitig haben Sie gesagt, der Rechnungshof prüft. Dem kann ich nur entgegnen, das ist derselbe Rechnungshof, der nicht in der Lage ist, den BER ordentlich zu prüfen. Vielleicht so viel dazu.

Mir wäre jetzt auch noch mal wirklich wichtig, dass Herr Allert hier zu Wort kommt und sich noch mal dezidiert dazu äußert, wann er wem was gesagt hat und was dann darauf die Antwort war. Bis jetzt schien es kein Problem zu sein. Es ist ja erst dadurch zu einem Problem für Sie geworden, dass diese Presseanfragen gekommen sind. Und ich sage Ihnen noch mal: Der Kern des Problems ist tatsächlich, dass in dem Moment, in dem diese Vetternwirtschaftsvorwürfe im Raum stehen – und das sage ich jetzt noch mal aus eigener Erfahrung –, da kann man so viele Zeitstrahle hinlegen, da kann man so viele unabhängige Auswahlverfahren ge-

macht haben, wie man will, es interessiert am Ende keinen. Es steht der Vorwurf im Raum: Das Patenkind von Herrn Allert arbeitet da für die Firma, er ist da in maßgeblicher Position. – Selbst wenn Herr Allert, wie er persönlich heute auch noch mal in der „B. Z.“ sagt, ich zitiere mal, da steht:

Eine Bevorteilung ... im Zusammenhang mit Flüchtlingsunterkünften der Firma Gierso und PeWoBe oder irgendwelcher anderer Betreiber von Flüchtlingsunterkünften gab es meinerseits zu keiner Zeit.

Das, würde ich jetzt sagen, ist ja eine sprachliche Spitzfindigkeit. Bill Clinton hat damals in diesem berühmten Verfahren immer gesagt: I've never had a sexual relationship with that woman –, und konnte sich danach rausreden, weil er gesagt hat, ich habe ja nie über Frau Lewinsky gesprochen. Herr Allert sagt: Es gibt hier keine Bevorzugung meinerseits. – Natürlich muss es die nicht geben, es reicht vollkommen, wenn es eine Bevorzugung des LAGeSo gab.

Und, das ist jetzt noch mal die dritte Rahmenstufe: Es reicht ja vollkommen aus, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LAGeSo – wir haben Herrn Allert schon gehört, er hat alle Leute darüber informiert, auch zum Schutz der Behörde, zum Schutz der Flüchtlingsheime – unter dem Eindruck standen, dass aufgrund der persönlichen Verflechtungen von Herrn Allert und seinem Patenkind nicht so genau hingeguckt werden muss. Das heißt, Herr Allert arbeitet da besten Wissens und Gewissens, hat alle informiert, und die Mitarbeiter vom LAGeSo denken: Ach nee, ich lege mich jetzt mal besser nicht mit dem Patenkind vom Herrn Allert an, denn da kriege ich nachher noch – – Ja, haben Sie eidesstattliche Erklärungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im LAGeSo, dass die das nicht befürchtet haben? Können Sie in die so reinblicken? Sie sehen doch: Man kann hier tausendundeine Iteration ein und desselben Vorwurfs aufmachen, nämlich Vetternwirtschaft, dass da gemauschelt wurde, dass da mit den Vergaben nicht alles ordentlich war, und Sie kriegen das nicht weg.

Noch eine Frage, lieber Herr Czaja: Ist es korrekt, dass es in diesem Jahr innerhalb Ihrer Behörde oder innerhalb des LAGeSo Anweisungen, Weisungen, was auch immer, in diese Richtung gab, dass man die geschäftlichen Tätigkeiten mit Gierso und PeWoBe einstellt bzw. erst mal kein neuen Aufträge vergibt? Gibt es solche Anweisungen innerhalb Ihrer Behörde oder innerhalb des LAGeSo? Aufgrund welcher Tatsachen sind die entstanden? Vielleicht möchten Sie sich dazu äußern. Als Abgeordneter würde ich dann auch noch gern wissen, wie die genau heißen, damit wir hier ein Einsichtsrecht haben.

Insbesondere würde mich auch noch interessieren: Haben Sie jetzt Herrn Büge mal selber gefragt, wie das damals abgelaufen ist, oder müssen wir vielleicht doch noch einen Untersuchungsausschuss machen, damit wir den hier mal ordentlich vorladen können? Dann werden auch alle ordentlich vereidigt, und dann ist es auch ein bisschen schwieriger, wenn man hier in dem Ausschuss nicht die Wahrheit sagt. – So viel erst mal zu den Fragen. Wie gesagt, Herr Allert, es wäre wirklich wichtig, wenn Sie noch mal den zeitlichen Ablauf schildern und für sich ausschließen könnten, dass nicht nur keine Bevorzugung durch Sie stattgefunden hat, sondern dass aufgrund der Tatsache, dass Ihr Patenkind da der Geschäftsführer ist, auch keine Bevorzugung durch das LAGeSo stattgefunden hat.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Lauer! – Dann hat jetzt Herr Krüger das Wort. – Bitte!

Joachim Krüger (CDU): Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hier nur ein paar sehr kurze Bemerkungen machen und nicht wieder in all die Debatten einsteigen, die wir in den letzten Wochen und Monaten intensiv geführt haben und sicherlich auch ab morgen wieder weiterführen werden. Ich bin schon etwas überrascht über die Art und Weise, wie hier auch in der Begründung der heutigen Sitzung Vorverurteilung und Verallgemeinerung gang und gäbe waren. Wenn hier von Ihnen, Herr Kollege, von der intensiven Verquickung als Tatbestand gesprochen wird, wenn andere das gleich mal mit dem Senator verbinden – er habe nichts getan, er habe seine Pflichten vernachlässigt, Verfahrensweisen, die er vertrete, seien intransparent –, oder wenn Sie hier die Auskunft geben, Unterkünfte wurden aufgemacht und menschenunwürdig betrieben, dann ist das für mich ein Stück Vorverurteilung und ein Stück unzulässige Verallgemeinerung. Ich glaube, da bin ich einig mit allen Mitgliedern der CDU-Fraktion.

Ich möchte Sie sehr herzlich bitten, von dieser – – – [Zuruf von Christopher Lauer (PIRATEN)] – Da brauchen Sie gar keinen Zweifel zu äußern, das können wir Ihnen auch belegen! – Ich möchte Sie sehr herzlich bitten, im Sinne der Sache und auch im Sinne der Menschen, die als Betroffene hinter dem Ganzen stehen, vielleicht doch etwas differenzierter in Ihrer Art und Weise zu sein, wie Sie hier Kritik vortragen. Ansonsten entsteht leicht der Eindruck, dass Sie an einer sachlich und fachlich einwandfreien Aufklärung überhaupt nicht interessiert sind. Man kann mit Vorverurteilung und Verallgemeinerung alles tottreten. Das kann nicht unser Ziel sein. Wir möchten politisch bewerten, nachdem aufgeklärt worden ist. Deswegen unterstützen wir den Senator für Gesundheit und Soziales, Herrn Czaja, insofern, als dass er sofort und vollumfassend Aufklärung hinsichtlich der vorgetragenen Vorwürfe – das ist ja heute unser Thema – veranlasst hat. Das Einschalten der Revisionsabteilung des Landesamtes und des Rechnungshofs waren zwei wichtige Schritte und sollten hier nicht ständig irgendwie an den Rand gedrückt oder als nichtig deklariert werden. – [Zuruf von Fabio Reinhardt (PIRATEN)] – Na, das beweisen Sie mal! Dann werde ich erfreut zuhören. – Ich bin der Auffassung, dass wir nach wenigen Tagen einen sehr umfangreichen und eindeutigen Bericht bekommen werden, und ich glaube, dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo man das auch noch mal politisch bewerten kann, aber nicht heute hier im Vorgriff. – Schönen Dank!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Dann hat jetzt Herr Reinhardt wieder das Wort. – Bitte!

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Mein Kollege Lauer hat erst mal das Wichtigste gesagt. Ich würde gern den Senator reden hören. Aber eine Bemerkung noch zu den beiden Institutionen, die jetzt eingeschaltet wurden: Der Landesrechnungshof – so sehr ich ihn als Haushälter schätze – ist eine großartige Institution, aber es ist nicht seine Aufgabe, Korruption nachzugehen. Witzigerweise hat dieser Landesrechnungshof seit November 2013 alle notwendigen Unterlagen. Alle Beschwerden sind dort eingegangen, aber es ist nichts passiert. Insofern ist es ein absoluter Hohn, dass, nachdem ungefähr ein Jahr später immer noch keine Aktivität beim Landesrechnungshof zu sehen ist, plötzlich behauptet wird: Wir haben den Landesrechnungshof eingeschaltet, der wird jetzt dort ermitteln. – Das ist wirklich völlige Veralberung. Für so doof halten Sie uns bitte nicht!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank! – Frau Breitenbach, bitte!

Elke Breitenbach (LINKE): Herr Czaja! Sie haben die Fragen nicht beantwortet. Sie haben jetzt noch mal deutlich gesagt, wie toll Sie sind und wie blöd Rot-Rot war. Ich sehe das andersrum, aber das ist nicht das Thema. Ich würde gern von Ihnen wissen, Herr Czaja, wenn jetzt hier behauptet wird, dass Sie sofort und allumfassend Aufklärung eingeleitet haben: Warum haben Sie eigentlich die gesamte Zeit ignoriert, dass es Missstände in den Flüchtlingsunterkünften gibt? Der Kollege Reinhardt hat es eben angesprochen: Es gab diverse Briefe, wo darüber informiert wurde. Auch wir als Abgeordnete hatten das – solange wir noch Flüchtlingsunterkünfte unangemeldet besuchen durften – im Ausschuss mehrmals angesprochen. Hätten Sie dies zur Kenntnis genommen, wären Sie dem nachgegangen, hätten Sie festgestellt, dass diese Missstände, die dort stattfinden, ignoriert werden, dass das Land Berlin aber munter weiterbezahlt, was da mal vertraglich vereinbart wurde. – Das zum einen.

Zum Zweiten, Herr Czaja, haben Sie meine eingangs gestellte Frage überhaupt nicht beantwortet, warum sich seit Ende 2012 die Anzahl der Aufträge vor allem an Gierso und PeWoBe

so enorm erhöht hat. Es gibt öffentliche Auflistungen, in welchem Monat welche Unterkunft erstellt wurde. Wenn man sich diese Auflistung anguckt, ist man doch ein bisschen von den Socken.

Meine dritte Frage – ich mache das jetzt mal konkret –: Können Sie mir erklären, warum die Gierso in Steglitz einen Belegungssatz von 23,26 Euro erhält, warum es bei der Gierso in Moabit – das dürfte ja die bekannte Unterkunft sein, die wir uns gestern noch alle in voller Schönheit im Fernsehen angucken konnten – einen Belegungssatz von 21,26 Euro gibt, warum – nehmen wir eine dritte – die Prisod in Lichtenberg aber nur 13,88 Euro kriegt? Gibt es irgendeine Erklärung, warum ausgerechnet die Gierso und die PeWoBe so hohe Sätze haben? Also Moabit und Steglitz – es kann ja nicht allein die Lage sein, die Ausstattung kann es auch nicht sein. – Das sind meine Fragen, kurze Fragen. Bitte genaue, kurze Antworten!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Frau Bayram, bitte!

Canan Bayram (GRÜNE): Ich will voranstellen, dass ich den Unmut der Kollegen ob der Antworten und des Vorgehens des Senators teile. Tatsächlich, Herr Czaja, haben Sie nicht alle Fragen beantwortet. Die Maßnahmen, die Sie ergreifen, um den Sachverhalt aufzuklären, sind für mich auch nicht ausreichend. Ich könnte mir da mehr vorstellen. Dennoch muss ich den Kollegen auch sagen, dass das mit der Hostelsituation, wie es der Senator dargestellt hat, gar nicht vom Senator zu verantworten ist. Das ist Bundesrecht. Solange die Leute nicht in einer Berliner Unterkunft einen Platz zugewiesen bekommen, wird das Asylverfahren beim Bundesamt einfach nicht bearbeitet. Jeder, der es genauer wissen möchte, kann auch einfach mal jemanden begleiten. Ich habe das schon mehrfach gehabt. Das ist dann eben die Situation, dass es da bürokratische Hürden gibt, die wiederum jetzt aber nicht dem Senator vorgeworfen werden können. – Das nur zur Klärung der Situation.

Beim Landesrechnungshof bin ich noch nicht so hoffnungslos wie der Kollege Reinhardt. Es gab Hinweise aus der Bevölkerung, denen der Landesrechnungshof nicht nachgegangen ist, wenn ich den Sachverhalt richtig verstanden habe. Jetzt gibt es eine Anfrage des Senators, und wenn der Landesrechnungshof der dann tatsächlich auch nicht nachgehen sollte oder uns am Ende seiner Prüfung keinen Bericht vorlegen sollte, über den wir dann diskutieren können, bin ich dabei. Vielleicht kann das irgendjemand aufklären. Bei dem, was mir an Informationen zu Ohren gekommen ist, war es tatsächlich so, dass es Beanstandungen von verschiedenen Leuten gegenüber dem Landesrechnungshof gab und der Ärger sich ein bisschen darauf bezieht, dass sich der Landesrechnungshof aufgrund dessen die Unterlagen gar nicht angeschaut hat. Aber vielleicht kann der Senator diesen Sachverhalt noch aufklären, denn wir sind Haushaltsgesetzgeber, das heißt, wir entscheiden mit darüber, ob die Arbeit so geleistet wird.

Der Grundsatz der Landeshaushaltsordnung ist, dass es selbst bei der Vergabe in besonderen Fällen immer der wirtschaftlichste Weg sein muss, mit den Steuergeldern umzugehen. In dem Artikel heute in der „B.Z.“ hieß es, dass aufgrund der guten Geschäftsbeziehungen ohne Nachweis und ohne Belege einfach mal 30 000 Euro erlassen werden. Das kenne ich, ich habe eine kaufmännische Ausbildung. Das macht man in der Wirtschaft im Geschäftsverkehr so, mit Steuergeldern geht man so nicht um. Das ist für mich eine ganz klare Haltung. Ich denke, der Landesrechnungshof kann im Rahmen seiner Zuständigkeit einiges leisten, aber die hier im Raum stehenden Vorwürfe wird er allein auch nicht klären. Trotzdem halte ich ihn für eine gute und wichtige Institution.

Zur Revision stellt sich allerdings tatsächlich die Frage nach der Funktion des Beamten, der persönlicher Referent sein soll. Ich sage jetzt auch noch mal das, was ich vorhin angesprochen habe: Mir ist berichtet worden, dass er in räumlicher Nähe, in derselben Etage Tür an Tür seinen Dienst tun soll, und Herr Allert bleibt ja dabei, trotz meiner Anregung, Herrn Allert vielleicht auch zu schützen, indem man ihn von diesen Aufgaben entbindet. Dem kommen Sie ja nicht nach. Das heißt, in dem einen Büro sitzt Herr Allert und macht weiterhin seine Arbeit, und nebenan sitzt dann sein persönlicher Referent, der vielleicht auch diese Funktion weiter ausübt. Dann fragt der Herr Allert seinen persönlichen Referenten, ob er dies oder jenes für ihn tun kann, und dann sagt der persönliche Referent: Nee, Herr Allert, kann ich gerade nicht, denn ich muss ja die Revision in Ihrer Sache machen! – Liebe Kolleginnen und Kollegen auch von den Koalitionsfraktionen! Sehr geehrter Herr Senator! Sie glauben doch nicht wirklich, dass wir als Abgeordnete jetzt sagen: Mensch, der Typ hat das hier wirklich im Griff, und wir warten jetzt erst mal ab, was das Ergebnis dieser Innenrevision sein wird. – [Dr. Gottfried Ludewig (CDU): Das wäre mal sachorientiert!] – Nein! Herr Kollege! Bei den Umständen, unter denen diese Revision stattfinden soll, können wir nicht die Hände in den Schoß legen und den Bericht abwarten. Ich für meinen Teil habe ja Akteneinsicht in alle Vorgänge im Zusammenhang mit PeWoBe und Gierso im Geschäftsbereich des Sozialsenators Czaja gefordert. Das heißt, auch wir müssen da mit unterstützen. Herr Czaja! Ich bitte Sie eindrücklich oder fordere Sie sogar auf, noch mal zu überdenken, ob dieses Instrument der Innenrevision, wie ich es hier vielleicht noch mal ein bisschen plastischer deutlich gemacht habe, das geeignete Instrument ist. Dann frage ich auch noch mal nach – es kann ja sein, dass ich falsche Infos habe oder Sie da auch andere Vorkehrungen getroffen haben –: Soll der persönliche Referent des Präsidenten des LAGeSo zeitgleich persönlicher Referent und Innenrevisor sein, oder haben Sie da ein anderes Instrument zur Trennung? Für mich ist das ein unvereinbarer Interessenkonflikt – würden wir in der Juristerei sagen. Deswegen: Unbedingt anders machen!

Dann geht es noch mal um die Containersituation. Sie haben jetzt gesagt, die BIM soll die Kontrolle bei der Vergabe der Gebäude usw. haben. Wird die BIM jetzt auch das Vergabeverfahren bei dem Containerkauf kontrollieren, vielleicht sogar übernehmen? Ich bin mittlerweile an einem Punkt, wo ich nicht mehr weiß, was man hier glauben kann oder nicht, und würde wollen, dass es uns als Abgeordnete zumindest gelingt, dass wir an dem Punkt, wo jetzt so vieles auf dem Tisch liegt, verhindern, dass Unregelmäßigkeiten zulasten der Menschen entstehen, die wir als Abgeordnete hier vertreten, nämlich der Berlinerinnen und Berliner. Das heißt, bei diesem von Ihnen beabsichtigten Kauf der Container würde ich mir wünschen, dass Herr Allert nichts damit zu tun hat, auch wenn es nicht PeWoBe ist. Ich habe da mittlerweile ein gewisses Misstrauen. Ich würde mir wünschen, dass Sie uns die Anbieter und das ganze Verfahren genau dokumentieren. Das können Sie uns hier im Datenschutzraum zur Verfügung stellen, damit wir uns vergewissern können, dass da jedenfalls alles sauber läuft.

Dann geht es mir noch mal darum, ob Ihnen auch bekannt ist, dass die PeWoBe – so wurde es auch in dem „Frontal 21“-Beitrag im ZDF dargestellt – Anteile an der Gierso hält. Ist Ihnen das bekannt, und wann wurde Ihnen das ggf. bekanntgegeben? Für mich besteht dieser Zusammenhang. Wenn einer das Interesse hat – z. B. ein guter Geschäftsführer der Gierso gute Geschäfte machen will – und dann die PeWoBe 25 Prozent Anteil an der Gierso hat, dann denkt sich vielleicht die PeWoBe auch: Ich habe 25 Prozent Anteil, und ich habe totales Glück, denn der Chef von dem Amt, der ist ja das Patenkind. – Das ist das eine. Mir wurde

aber auch zugetragen, dass da eine räumliche Nähe, also ein nachbarschaftliches Verhältnis besteht. Ich weiß nicht, ob man sich dann auch mal außerhalb der Vertragsbeziehungen über den Gartenzaun unterhält. Das sind unschöne Dinge, die wir als Abgeordnete gezwungen sind aufzuklären. Deswegen wäre für mich interessant: Wie ist das Verhältnis PeWoBe – Gierso? In Ihrer Innenrevisions-PM haben Sie ja dargestellt, dass Sie es auf beide Vertragsverhältnisse, Vertragsbeziehungen beziehen.

Ich an Ihrer Stelle wäre ja auch auf die Idee gekommen, mir noch mal alle Vorgänge anzuschauen. Ein verdienter Beamter, der eigentlich seine Sache, wenn man die Veranstaltungen, wo viele Nazis auftreten, gegen Heime wettern und so was – – Man muss, finde ich, Herrn Allert auch zugutehalten, dass er da den Kampf auf eine Art und Weise führt, die ich in der Vergangenheit auch schon mal bewundert habe. Es ist dann auch verständlich, dass man mit so einem verdienten Menschen einen vernünftigen Umgang haben will. Trotzdem wäre es für mich zwingend zu sagen: Mensch, da ist was im Raum, da gucke ich mir doch mal alle Vorgänge genau an. – Das heißt: Gab es bei Mängeln in Bezug auf PeWoBe und Gierso ein Wegschauen, ein Nichteinfordern von Vertragsstrafe? Gab es dann eine Begünstigung aufgrund dieses Vertragsverhältnisses? Das ist für mich fast ebenso wichtig wie die neuen Verträge und alles, was in dem Zusammenhang passiert ist.

Zum Schluss noch mal mein Misstrauen gegenüber dem von Ihnen genutzten Instrument der Innenrevision und die Frage: Könnten Sie sich noch ein anderes Instrument vorstellen, mit dem die Aufklärung der Vorwürfe vorangetrieben werden könnte?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Bayram! – Herr Isenberg, bitte!

Thomas Isenberg (SPD): Zu der Frage der Trennung wird die Verwaltung sicherlich nachher noch etwas sagen. Ich nehme zur Kenntnis, dass hier jetzt die Sachverhaltsaufklärung eingeleitet worden ist und wir zu den angesprochenen Fakten demnächst einen schriftlichen Bericht haben werden, um dann zu schauen: Gibt es neue Faktenerkenntnisse? Andererseits möchte ich ganz deutlich sagen: Was Sie als Opposition hier betreiben – da meine ich Sie, Frau Bayram, da meine ich explizit Herrn Reinhardt, und ich meine auch Frau Breitenbach –, das ist eine systematische Vorverurteilung. Sie machen eine agitatorische, systematische Vorverurteilung, indem Sie die Situation der Flüchtlingspolitik im Allgemeinen auf die Agenda setzen und hier einen Beleg für Ihre These gefunden zu haben glauben, dass der Staat und die Verwaltung menschenverachtend, feindlich mit der Flüchtlingsthematik umgehen. – [Zuruf von Hakan Taş (LINKE)] – Das ist, was Sie darzulegen versuchen, und ich möchte das für die Koalition ganz klar von uns weg weisen. Sie sprechen in Ihren Eingangsstatements davon – das ist ja protokolliert –, dass hier menschenverachtende Zustände geduldet worden wären, Sie sprechen von Weggucken, Sie sprechen davon, dass eine Amtsführung ihr Amt nicht wahrnehmen würde – ganz unabhängig von den Fragen, die aufgeworfen werden und die man natürlich auch schriftlich beantwortet bekommen muss. – [Canan Bayram (GRÜNE): Dann stellen Sie doch Fragen!] – Was Sie tun, ist ... [Mikro ausgeschaltet] – Das ist, was Sie tun in der Art und Weise, wie Sie hier auftreten.

Das führt zu etwas Weiterem: Wir können stolz sein auf die Berliner Bevölkerung, weil diese trotz des momentan hohen Drucks, den wir bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Berlin haben, bereit ist, diesen Weg mitzugehen, und darauf, dass wir das so demokratisch abgesichert haben. Ich darf sagen – weil eines dieser angesprochenen Heime in meinem Wahlkreis liegt –,

dass ich auch auf die Moabiter Bevölkerung extrem stolz bin, weil diese sich hier engagiert und in dem Fall sogar bereit ist, weitere Traglufthallen und anderes zu akzeptieren, obwohl dort viele Menschen u. U. demnächst nicht mehr ihre Sportplätze in der Form wie bisher haben werden. Das, was jetzt hier teilweise an Polemik von Ihnen in Ihren einleitenden Fragen hochgeholt worden ist, wo Sie selber sagen, Sie misstrauen dem Landesrechnungshof, Sie misstrauen den Institutionen, die wir haben – [Canan Bayram (GRÜNE): Habe ich doch gar nicht gesagt!] – – das kam von der Piratenpartei, Herr Lauer hat es ganz klar gesagt –, führt dazu, dass Sie auch das Vertrauen der Bevölkerung mit Füßen treten in der Frage, wie dieser demokratische Staat in der Lage ist, die Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern zu gewährleisten. Sie zerstören die Vertrauenskultur, die wir hier haben, ohne dass Sie irgendwelche faktischen Anhaltspunkte haben, die Ihre These einer Vetternwirtschaft nur ansatzweise belegen.

Jetzt komme ich zum Sachverhalt als solchem. Wenn es so wäre, dass hier ein Patensohn einen Auftrag bekommen hat – was ja vermutlich der Fall ist –, dann stellt sich grundsätzlich die Frage, ob das Vetternwirtschaft ist oder nicht. Sie sagen, das ist Vetternwirtschaft, indem Sie diesen Sachverhalt als solchen vor die Klammer ziehen. Vetternwirtschaft wäre es dann, wenn bei den Prüfungen herauskäme, dass hier nicht nach rechtstaatlichen Prinzipien verhandelt worden ist. Keiner von Ihnen hat ja wohl die Forderung, dass wir die Landeshaushaltsordnung in der Form ändern, dass, egal welches Vergabeverfahren wir haben, jemand, der eine private Firma betreibt, wo u. U. familiäre Verbindungen bestehen, keine Landesaufträge mehr bekommen kann. Es ist nur das Transparenzerfordernis gegeben und das Erfordernis, in einer Verwaltungshandlung zu einer sachorientierten Entscheidung zu kommen.

Ich nehme wahr, dass dies der Amtsleitung bewusst gewesen ist, dass die Amtsleitung auch dementsprechend Informationen weitergegeben hat. Da ist für mich auch eine interessante Frage, wann war was wo, aber das ist die sekundäre Frage. Die primäre Frage – die ist ja beantwortet worden – ist: War es der Amtsleitung bekannt, und hat sie dieses transparent gemacht, auch gegenüber ihren Mitarbeitern und Untergebenen? – [Elke Breitenbach (LINKE): Untergebene gibt es nicht!] – Ja! – Der Senator hat hier eben dargestellt, wie der Dienstherr seinen Weisungsempfängern letztendlich in einem herrschaftlichen Dienstverhältnis – – Das ist ja das, wovon wir reden müssen in diesem Fall. Sie unterstellen, dass die Amtsleitung durchregieren würde, und ich nehme zur Kenntnis, dass die Amtsleitung Kompetenzen gewahrt und innerhalb der Kompetenzräume Entscheidungen delegiert hat.

Wir haben ja die Fragen diskutiert, die Sie aufgeworfen haben, wir haben uns mehrmals im Ausschuss darüber unterhalten: Wann gab es schriftliche Verträge in welchem Fall? Warum gab es wo keine schriftlichen Verträge? – Das sind ja alles keine neuen Tatbestände, über die wir uns hier unterhalten. Ich würde empfehlen, dass in der Darlegung vielleicht seitens der Amtsleitung oder im schriftlichen Nachgang noch mal erläutert wird, welche Alternativen es überhaupt gegeben hat im Falle der Levetzowstraße beispielsweise, andere Institutionen mit einer Bewirtschaftung zu beauftragen. Ich nehme auch wahr, dass hier die Schule sicherlich nicht der ideale Raum gewesen ist. Aber wir wissen alle, in welcher Notsituation wir sind, überhaupt erst mal ein Gebäude bereitstellen zu können. Die politische Frage ist sicherlich: Welche Alternativen gab es realpolitisch überhaupt, andere Akteure zu beauftragen, die vielleicht politisch noch korrekter sind?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Isenberg! – Dann hat jetzt Herr Thomas das Wort.

Heiko Thomas (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich würde jetzt gern versuchen, wieder ein bisschen die Emotionen rauszunehmen und zu der Frage zurückzukehren, die tatsächlich auf der Tagesordnung steht. – Kollege Isenberg! Ganz so einfach ist es nicht. Keiner – zumindest nicht meine Fraktion – hat in den letzten Tagen in irgendeiner Form eine Vorverurteilung gemacht. Was allerdings passiert ist, ist, dass eine Reihe von sehr schwerwiegenden Vorwürfen im Raum steht von verschiedenen Medien und von verschiedenen Menschen, die Ihnen und uns wohlgesonnen sind, weil sie sich um die Frage kümmern wollen, wie die Versorgung der Flüchtlinge, so gut es eben geht, zu bewerkstelligen ist. Ich will auch gern eingestehen, dass ich selber zu denen gehört habe und aus meiner Sicht immer noch gehöre – allerdings nach heute etwas weniger –, die die ganze Zeit intern, aber auch öffentlich immer ein bisschen gebremst haben, weil ich gewusst oder gesehen habe, was sich im LA-GeSo bewegt, wie sich die Menschen, die dort arbeiten, engagieren und versuchen, etwas Gutes für die Leute zu organisieren. Ich habe immer gesagt: Leute, ihr wisst, angesichts der starken Zuwächse, die wir in den letzten Monaten verzeichnet haben, mag vielleicht an der einen oder anderen Stelle etwas nicht so laufen, wie wir uns das vorstellen. – Deshalb haben wir in diesem Ausschuss, aber auch im Hauptausschuss und im Plenum immer wieder diese Frage thematisiert, aber aus meiner Sicht immer wohlwollend und immer solidarisch sowohl mit dem LAGeSo als auch vor allen Dingen mit den Flüchtlingen.

Jetzt stehen die Frage von Korruption und Vetternwirtschaft, die Frage von Verwendung oder Verschwendung von Steuermitteln und die Frage der Qualität der Leistungen und der Verfahren im Raum. Kollege Isenberg und alle, die sich hier aus meiner Sicht ein bisschen einen schlanken Fuß gemacht haben: Bisher ist kein einziger Punkt aus diesen Fragen beantwortet worden. Für mich ist heute klar, dass wir mit diesem Verfahren definitiv nicht warten können, bis irgendeine Innenrevision uns in zwei Wochen einen Bericht vorlegt. Es ist heute klar geworden, dass wir wahrscheinlich diesen Innenrevisionsbericht abheften können. Ich bin entschieden der Meinung, dass der Rechnungshof einen sehr guten Job machen wird, ganz anders als Sie, Herr Isenberg! Der Rechnungshof wird es sehr systematisch überprüfen, allerdings wird er leider sehr lange dafür brauchen. – [Zuruf] – Isenberg hat es auch thematisiert. Punkt! – [Zuruf von Thomas Isenberg (SPD)] – Ja, brüllt ruhig rum, Kollegen! Trotzdem bleiben wir bei der Sache. Es geht darum, dass wir aus meiner Sicht nicht so lange warten können, und wir werden uns Gedanken darüber machen, wie wir die Aufklärung deutlich beschleunigen und auch ein Verfahren finden können, wie wir die drei Punkte, die ich genannt habe, in aller Ruhe und Sachlichkeit aufarbeiten können, und zwar im Interesse einer vernünftigen und würdigen Unterbringung der Flüchtlinge und einer sinnvollen Verwendung von Steuermitteln.

Jetzt zu ein paar Punkten im Einzelnen. Herr Czaja! Eine konkrete Frage:

Sie haben gesagt, Sie seien informiert worden bzw. haben agiert durch die Presseanfragen, die letzte Woche Donnerstag zuerst eingegangen sind, und danach hätten Sie agiert. Erste Frage: Warum erst dann? – Zweitens: Wenn ich den gestrigen Beitrag in „Frontal 21“ richtig gesehen habe, dann lautete Ihre Äußerung auf der Treppe dieses Hauses, dass Sie schon Presseanfragen beantwortet hätten. Mit anderen Worten: Irgendeine Aussage stimmt nicht, entweder die, die Sie hier getätigt haben oder die, die Sie auf der Treppe getätigt haben. Es sei denn, Sie haben hier am Samstag oder Sonntag eine geheime Sitzung abgehalten, dann würde ich das nicht wissen, aber dann müsste dieser Ausschnitt nach letzter Woche Donnerstag gelaufen sein. Meiner Ansicht nach kann der sich nur auf unsere normale Ausschusssitzung – davon gehe ich aus, weil dort beide anwesend waren – am Montag letzter Woche bezogen haben. Wir haben ja ein Wortprotokoll geführt. Irgendetwas kann da nicht stimmen.

Ich habe jetzt verstanden – so das habe ich das, ehrlich gesagt, auch erwartet –, dass es einen Unterschied zwischen Chef und Chef gibt und dass es offensichtlich einen Büge gegeben hat, der – – Darüber werden wir intensiv zu diskutieren haben. Wir erinnern uns an eine sehr heftige Diskussion über die Frage: Wie halten wir es mit der privaten Wirtschaft in diesem Zusammenhang versus dem Staat und der freigemeinnützigen Trägerschaft? – Dazu hatte Herr Büge eine eindeutige Position, eine sehr eindeutige. Wir erinnern uns alle daran, wie intensiv und heftig wir darüber diskutiert haben. Das nimmt vor diesem Hintergrund noch mal eine ganz neue Dimension an. Wenn Herr Büge seinen Chef – das waren Sie, Herr Czaja – nicht informiert hat, dann werden wir auch diese Frage intensiv zu diskutieren haben. Ich gehe erst einmal davon aus, dass das stimmt. Wenn das aber so war, dann hatte Herr Büge offensichtlich einen Grund, seinen Chef darüber nicht zu informieren, und darüber werden wir dann auch zu diskutieren haben.

Trotzdem: Sie haben gerade gesagt, Sie seien im Juli dieses Jahres informiert worden, nach einer Abteilungsleitersitzung. Da frage ich klipp und klar: Was ist denn seitdem passiert? Warum haben Sie denn seit Juli gewartet? Ihre Aussage war jetzt hier im Ausschuss – protokolliert –, dass Sie seit Juli dieses Jahres davon wissen. Was ist denn seitdem passiert? Ist es ernsthaft Ihre Meinung, dass Sie sich damit jetzt hier hinstellen und sagen können, okay, wir wissen das seit Juli, aber wir haben jetzt erst eine Presseanfrage bekommen, und deshalb machen wir jetzt die Innenrevision und gehen zum Rechnungshof? Herr Czaja, das kann ja wohl nicht ernsthaft Ihr Fakt sein! Das scheint aber so zu sein. Und wenn das so sein sollte, dann muss ich sagen: Liebe SPD! Ihr habt auch Transparenz und Aufklärung in der Presse gefordert. Wenn das heute Transparenz- und Aufklärungseinfordern war: Respekt dafür, aber okay, wir werden das dann schon tun. – [Ülker Radziwill (SPD): Wir würden gerne den Senator noch mal hören wollen!] – Wir haben sehr viel Zeit und gehen gleich noch in einen anderen Sitzungsraum. – [Zurufe] – Leute, wir fangen erst an, ob ihr das nun wahrhaben wollt oder nicht. Wir fangen jetzt erst an! Es geht hier erst los! Und wir werden sehr viel Zeit zu dieser Frage in diesem oder in einem anderen Raum verbringen. Gewöhnt euch daran, ganz einfach! Und wenn ihr das nicht akzeptieren wollt, dann sucht euch einen anderen Job! Vergesst eure Zweistundenregelung! Wenn ihr damit ankommt – vergesst das alles! – [Ülker Radziwill (SPD): Wir würden den Senator gern noch mal hören!] – Ich auch, aber erst nachdem ich geredet habe, Frau Kollegin. – [Zurufe] – Ich habe das Wort, und ich rede so lange wie ich will.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Es fängt an, keinen Spaß mehr zu machen. Vielleicht hören wir uns gegenseitig weiter zu!

Heiko Thomas (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Dann möchte ich allerdings noch zu der Frage kommen, welche notwendigen Maßnahmen – – Ich sage das ganz bewusst als Ergänzung zu meiner Kollegin: Es geht nicht um eine dauerhafte, sondern um eine temporäre Legung über die Frage, welche Rolle Herr Allert zurzeit bei der Vergabe hat. Das ist etwas völlig anderes als eine Vorverurteilung. Aus meiner Sicht geht es hier tatsächlich um Schutz und auch um Ehrenrettung für die bisherige Arbeit von Herrn Allert. Wer das nicht sieht, der schadet, und zwar massiv.

Dann aber noch mal die konkrete Frage, und danach höre ich auch auf: Können Sie mir bestätigen, dass – mit Ausnahme der Tarifvarianten – der Vertrag, der auf der Homepage des LA-GeSo steht, eingehalten wird, oder werden weitere Veränderungen zu diesem Vertrag vorgenommen? Wenn ja: Mit welcher Begründung?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Thomas! – Wir haben anfangs bekanntgegeben, dass uns dieser Saal nur bis 15.30 Uhr zur Verfügung steht. Der Saal, der uns danach zur Verfügung steht, ist erheblich kleiner, sodass wir Mühe haben werden, die Abgeordneten unterzubringen. Wir versuchen gerade mit der Fraktion, die diesen Raum hier beantragt hat, zu klären, ob wir hier weitermachen können. Wir gucken, was dabei rauskommt. Gegebenenfalls müssten wir dann in den anderen Saal. Das bedeutet, dass wir uns bitte noch mehr disziplinieren sollten als bisher. – Ich habe jetzt noch vier Personen auf der Redeliste und fahre in derselben fort. Das Wort hat Herr Lehmann. – Bitte sehr!

Rainer-Michael Lehmann (SPD): Danke, Herr Vorsitzender! Es geht relativ schnell. – Ich habe eine Frage, kann mir aber zwei Vorbemerkungen nicht verkneifen. Zum einen: In der Tat, Kollege Isenberg, wir haben schon oft darüber geredet, und deshalb kenne ich auch schon einige Antworten. Wenn nämlich alle zugehört hätten, dann wüssten sie die Antworten, weil wir nicht nur in diesem Ausschuss darüber gesprochen haben, sondern in anderen Ausschüssen auch schon.

Die zweite Vorbemerkung: Ich freue mich sehr, dass unsere Ausschusssitzung so zahlreich von der Öffentlichkeit mitverfolgt wird, der Saal ist ja voll. Ich würde mir wünschen, dass das auch die nächsten Male bei den inhaltlichen Debatten so wäre, das wäre schön.

Das Thema lohnt wirklich nicht, sich zu profilieren, wie das hier einige an dieser Stelle machen wollen. – [Canan Bayram (GRÜNE): Darum geht es doch gar nicht!] – Meine Frage, die ich in diesem Zusammenhang stellen möchte: Ich weiß von einer Spandauer Einrichtung, das ist ein gemeinnütziger Betreiber. Der würde in die Einrichtung auch ganz gern weiter mit investieren, bekommt aber immer nur relativ kurze Zeitverträge. Um an dieser Stelle auch mal wieder eine fachliche Frage zu stellen: Weshalb kommt es da zu so kurzen Zeitverträgen, denn letzten Endes gibt es keine Langfristigkeit, um da zu investieren. Das käme dann natürlich auch den betroffenen Menschen zugute, wenn man da eine Perspektive hätte. Weshalb verhält sich das mit so kurzen Verträgen? – Danke!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank, Herr Lehmann! – Jetzt hat sich Herr Taş zu Wort gemeldet, aber auch dazu müssten wir als Ausschuss unser Einverständnis erteilen. Da wir das vorhin gemacht haben, müssen wir das jetzt auch machen. – Bitte, Herr Taş!

Hakan Taş (LINKE): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Ja, wie die Sozialdemokraten den öffentlichen Dienst sehen bzw. bewerten, dazu haben wir heute eine Darstellung von Herrn Isenberg bekommen. Herzlichen Dank dafür!

Uns haben unterschiedliche Nachrichten über diverse Medien erreicht. Ich bin davon ausgegangen, dass diese Nachrichten tatsächlich auch die Sozialdemokraten erreicht haben. Der zuständige Senator fühlte sich anscheinend nicht dazu verpflichtet, und wie wir heute feststellen können, ist er nicht einmal dazu in der Lage, die Abgeordneten über die aktuellen und zugleich akuten Probleme in seinem Haus zu informieren bzw. – aus unserer Sicht sogar – seiner Informationspflicht nachzukommen. Durch die Berichterstattung, liebe SPD, in den unterschiedlichen Zeitungen, aber auch durch die Informationen, die uns direkt erreicht haben, sahen wir uns dazu verpflichtet, für heute diese Sondersitzung zu fordern. Schön, Herr Czaja, dass Sie sich dafür bedanken.

In erster Linie ist uns wichtig – die beiden Betreiber stehen ja in der Kritik – zu wissen, warum Sie, die Verwaltung, der Kritik an diesem Betreiber in den vergangenen Jahren tatsächlich nicht nachgegangen sind. Schließlich gab es Kritik von unterschiedlichen Initiativen im Bereich des Personals, aber auch zur Ausstattung. Die genannten Mängel bezogen sich schon damals auf die Einrichtungen, die von der Gierso GmbH betrieben werden. Wie kommt es, dass Aufträge häufig ohne öffentliche Ausschreibungen vergeben werden? Herr Czaja hätte für die Vergabe von Aufträgen, aber auch für den Bereich des Baus von Flüchtlingsunterkünften ein transparentes Verfahren entwickeln müssen. Die Firmen Gierso und PeWoBe scheinen mehrfach gegen Behördenauflagen verstoßen zu haben. Somit müsste insbesondere bei diesen beiden Betreibern auffallen, dass es sich nicht um zuverlässige Geschäftspartner handelt. Insofern wäre es auch interessant zu erfahren, weshalb Herr Czaja diesbezüglich nichts unternommen hat. Wie kommt es, dass Sie zugeben, dass es Beschwerden über das Heim in der Levetzowstraße gegeben hat, dass der Betreiber dort zum Beispiel Geld für eine Kinderbetreuung erhalten hat, die es gar nicht gegeben hat? Aufgrund dessen soll es sogar eine Abmahnung vonseiten des LAGeSo gegeben haben, mit der Erklärung, dass das vorkommen könne, wenn beispielsweise erfahrenes Personal in neue Einrichtungen geschickt werde. Das soll bei der Abrechnung jedoch berücksichtigt worden sein? Wie kann man sich da sicher sein, wenn weder Lohnzettel noch Arbeitsverträge oder Ähnliches vorliegen – wie Herr Gerstle bereits auf eine Kleine Anfrage geantwortet hat –, vor allem, wenn es um solche Betreiber geht, die bereits wiederholt in die Kritik geraten sind?

Herr Czaja! Ist Ihnen bekannt, dass zwischen der PeWoBe und der Gierso – ich glaube, Frau Bayram hat diese Frage vorhin schon gestellt – tatsächlich ein inniges Verhältnis existiert? Stimmt es, dass der Geschäftsführer der PeWoBe, Helmuth Penz, 25 Prozent der Anteile an der Gierso GmbH hält? Wenn ja: Seit wann wissen Sie darüber Bescheid? Wie können Sie und die Verwaltung tatsächlich sicher sein, dass die PeWoBe der einzige Betreiber ist, der in der Lage ist, in kürzester Zeit den Bau und den Betrieb eines Flüchtlingsheims zu übernehmen? Vertraglich sollte dieser Betrieb übrigens 5,5 Millionen Euro vom Land für die Einrichtung erhalten, am Ende wurden es aber satte 8,2 Millionen Euro. Sie können jetzt wahrscheinlich sagen, dass das lange nicht so viel ist wie beim BER.

Erlauben Sie mir noch eine letzte Frage: Wie wollen Sie künftig sicherstellen, dass die heute genannten Probleme sich nicht wiederholen? Ein transparentes Verfahren, von dem Sie leider

aktuell weit entfernt sind, kann durchaus auch in Ihrem Interesse sein. Wir haben, was die Kontrolle in den unterschiedlichen Einrichtungen betrifft, um die gleichen Standards in den Einrichtungen zu gewährleisten, einen Antrag auf Einführung eines „Heim-TÜV“ eingebracht, an den wir Sie in diesem Zusammenhang noch einmal erinnern möchten.

Herr Czaja! Sie haben heute gesagt, dass besondere Zustände für die aktuelle Lage verantwortlich seien. Zeitgleich haben Sie noch gesagt, dass 2 200 Menschen in Hostels untergebracht sind, für die ein Asylverfahren nicht eröffnet werden könne. Sorgen Sie dafür, dass die Menschen vernünftig untergebracht werden!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Taş! – Dann hat jetzt Herr Lauer das Wort. – Bitte sehr!

Christopher Lauer (PIRATEN): Vielen lieben Dank auch an Herrn Isenberg! Ihr Redebeitrag hat im Wesentlichen zur Versachlichung beigetragen. So kenne ich Sie sonst auch gar nicht, aber das zeigt, dass Ihnen dieses Thema sehr nahegeht. Ich würde mich freuen, wenn Sie auch ansonsten die Zeit im Ausschuss nutzen würden, um solche Beiträge zu leisten. Ich weise Sie im Übrigen noch darauf hin, weil Sie das Vertrauen in staatliche Institutionen angesprochen haben: Politiker, das sind wir. Nach dem GFK-Vertrauensindex vertrauen uns 14 Prozent der Deutschen; damit liegen wir fünf Punkte hinter den Versicherungsvertretern. Ich weiß nicht, ob möglicherweise Shows wie diese hier zu diesem Bild beitragen, das wäre jetzt eine steile These.

Zur Versachlichung der Debatte habe ich jetzt noch zwei, drei Fragen an Herrn Allert. Ich habe vorhin über meinen Onkel bei Ford geredet. Den sehe ich ungefähr einmal im Jahr, zu Weihnachten. Es würde zur Versachlichung der Debatte beitragen, wenn Sie mal darlegen würden: Ihr Patenkind, ist das so wie bei Frau Radziwill? Hat der sich auch irgendwann aus Ihrem Leben verabschiedet, sodass man sich schweren Herzens nicht mehr gesehen hat? Haben Sie auch überhaupt keinen Einfluss mehr auf sein Leben, oder ist das dadurch, dass Sie zufällig beide in derselben Stadt wohnen und beide in ähnlichen Bereichen arbeiten – – Wie oft haben Sie denn Ihr Patenkind auf privaten Anlässen vor dem Jahr 2012 gesehen, bevor er Geschäftsführer geworden ist, und nachdem er Geschäftsführer geworden ist, damit wir Abgeordnete uns zur Veranschaulichung und Versachlichung der Debatte mal vor Augen führen können, wie herzlich oder unherzlich ungefähr Ihr Verhältnis zu Ihrem Patenkind war? Sie sehen – ich hatte es vorhin schon gesagt: Sobald der Vorwurf der Vetternwirtschaft im Raum steht, ist das doof, weil man damit die Tür zu genau solchen Fragen öffnet.

Ich weise auch noch mal das mit der Vorverurteilung zurück. Eine Vorverurteilung wäre es, wenn hier irgendeiner von uns Richter wäre und wir ohne irgendeinen fairen Prozess Herrn Allert für irgendwas verurteilen würden. Ich sage Ihnen mal ganz klar, wie die Geschichte meiner Meinung nach ausgehen wird: Wie schon Herr Czaja vorhin gesagt hat, wird man wahrscheinlich für alles, was da passiert, irgendeine Regelung gefunden haben, in der steht, na ja, das kann man so machen, da war halt Gefahr in Verzug, die Dinger mussten schnell errichtet werden. Dann wird es wahrscheinlich auch irgendeine Landesfinanzordnung geben, in der steht, dass ein Verwandtschaftsgrad – erster oder zweiter Grad – in irgendeiner Form bedenklich ist oder zu melden wäre. Nachher wird noch ein Rechtsgutachten eingeholt, dass das, was Herr Allert gemacht hat, nämlich Herrn Büge und dann auch Sie darüber zu informieren, dass das sein Patenkind ist, überhaupt nicht notwendig gewesen wäre. Das wird sich

im Sand verlaufen, da mache ich mir überhaupt keine Illusion, aber trotzdem ist das ein schöner Anlass noch einmal darauf hinzuweisen, in welcher Art und Weise das LAGeSo und der Senat hier arbeiten.

Frau Bayram hat es schon erwähnt, aber ich würde auch gern noch mal darauf abzielen: Ist es normal, dass Kosten einfach so erstattet werden, auch wenn bei Ihnen intern gesagt wird, na ja, da gibt es jetzt eigentlich keine Belege, aber aufgrund der guten Geschäftsbeziehungen machen wir das mal? – Wenn das so ist, würde ich demnächst vielleicht auch eine Flüchtlingsunterkunft bei Ihnen – – Das scheint ja ganz einfach zu sein. Nur zur Versachlichung der Debatte: Vielleicht wollen Sie noch mal darlegen, wie oft denn anderen Betreibern – das wäre ja jetzt super, weil jetzt wieder ein bisschen der Vorwurf im Raum steht, dass das nur passiert wäre, weil Ihr Patenkind und so – ohne Vorlage der Rechnungen die Kosten aufgrund der guten Geschäftsbeziehungen erstattet werden. Das wäre vielleicht auch noch mal interessant.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Lauer! – Der Senat hat nun die Gelegenheit Stellung beziehen. – [Ulker Radziwill (SPD): Na, endlich!] –

Senator Mario Czaja (SenGesSoz): Werte Kollegen! Ich habe bei jedem Kollegen genau mitgeschrieben, was an realen Fragen vorhanden war. Dabei habe ich aber festgestellt, dass ein Großteil davon Meinungen waren, die formuliert wurden, weshalb die Anzahl der Fragen gar nicht so groß ist. Natürlich werden wir sie jetzt der Reihe nach beantworten, und wenn Sie weitere Fragen haben, dann werden wir natürlich auch darauf eingehen.

Zunächst: Frau Radziwill, Sie haben gefragt, was aus der Anfrage beim Bund bezüglich der Unterstützung geworden ist. Dr. Thomas de Maizière hat uns im Auftrag der anderen Ministerien – wir hatten ihn ja federführend angeschrieben – einen Brief zurückgesandt. Darin geht es einerseits um das Aufstocken der Mitarbeiter beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Sie wissen, dass gut 140 000 Anträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge liegen, die seit Monaten nicht bearbeitet sind. Das ist ein auch aus unserer Sicht unhaltbarer Zustand, sowohl für die Flüchtlinge als auch für die Frage der Unterbringung. Man hat hier 300 zusätzliche neue Stellen geschaffen, um diese Aufgabe zu bewältigen. Trotzdem wird damit gerechnet, dass in der zweiten Jahreshälfte die Flüchtlingszahlen steigen und die Bundesregierung deswegen im Regierungsentwurf für den Haushalt weitere Planstellen im Asylbereich vorgesehen hat.

Zudem ist über die Frage der Immobilien gesprochen worden. Die BImA ist grundsätzlich bereit, eine – – Wie bitte? – [Christopher Lauer (PIRATEN): Zeitlicher Ablauf! Herr Büge! Aktenvermerke!] – – Herr Lauer! Darf ich vielleicht die Fragen so beantworten? Sie waren nach Frau Radziwill dran. Deswegen würde ich jetzt erst die Frage von Frau Radziwill beantworten. – – [Christopher Lauer (PIRATEN): Lassen Sie sich durch mich nicht stören!] – Ich lasse mich von Ihnen nicht stören, aber Sie stören die Kollegen, und das ist das Problem. – [Elke Breitenbach (LINKE): Da hat er ausnahmsweise recht!] – – Danke, Frau Kollegin Breitenbach! Wir beginnen, uns an Gemeinsamkeiten heranzuarbeiten, das finde ich gut.

Die zweite Frage bezog sich auf die BImA und die Nutzung geeigneter Immobilien. Dazu hat der Bund mitgeteilt, dass sie das Portfolio noch einmal durcharbeiten wollen, um zu schauen, ob Unterbringungen zur Verfügung stehen. Sie haben auch zum Thema Kasernen geantwortet, aber wir wissen, dass in Berlin die Frage der Kasernen faktisch nicht gegeben ist, außer

der Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne. Da sind wir mit der BImA auch in Verhandlung gewesen. Darüber hinaus gibt es keine weitere Entwicklung. – Sie schreiben dann noch zum Thema der sicheren Herkunftslandregelung, das ist noch ein Part, der dabei eine Rolle spielt, und zur europäischen Justiz- und Ministerpräsidentenkonferenz, bei der es um die Verbesserung der Lebensverhältnisse vor Ort und den Wanderungsdruck geht. Im Kern, Frau Kollegin, kann man sagen: Für Berlin relevant sind die zusätzlichen Mitarbeiter im BAMF, aber da muss der Bund, glaube ich, bei 300 Stellen auch noch kräftig mehr machen, weil die Verfahren immer noch zu lange dauern.

Zu der Frage, wie viele Betreiber eigentlich woran gescheitert sind: Da kommen wir sehr in die Details. Ich schlage vor, dass Herr Allert etwas dazu sagt. Sie haben deutlich gemacht, dass die Unterbringung in Hostels nicht gut ist, weil das kein Asylverfahren bedeutet – jedenfalls keinen Beginn eines ordnungsgemäßen Asylverfahrens –, und Sie haben nach dem Verhältnis zwischen Herrn Allert und seinem Patensohn gefragt. Ich gehe davon aus, dass Herr Allert diese Frage beantworten wird.

Herr Lauer hat die Frage gestellt, ob es zu diesen Sachverhalten Vermerke in unserem Haus gab. Es kann heute gesagt werden, dass es innerhalb des LAGeSo einen Vermerk von Herrn Allert gibt, in dem er im Jahr 2012 mitteilt, wen er zum damaligen Zeitpunkt informiert hat und dass dabei auch der Staatssekretär auftaucht. Bei uns im Haus gibt es dazu keine Informationen und keine Vermerke – jedenfalls keine, die mir bis zum jetzigen Zeitpunkt von der Verwaltung übergeben oder gezeigt werden konnten. Ich bin im Juli 2014 darüber informiert worden. – [Christopher Lauer (PIRATEN): Gibt es dazu einen Vermerk?] – Herr Allert hat das bei sich vermerkt, dass er mich informiert hat, ja, im Juli 2014.

Es wurde nach der Unabhängigkeit der Revision gefragt. Die Revision im LAGeSo hat eine Arbeitsanweisung für die Tätigkeit der Innenrevision im Bereich der Korruptionsprävention und -bekämpfung. – [Christopher Lauer (PIRATEN): Das ist aber Herr Hube!] – Nein! Herr Lauer! Wenn Sie wirklich daran interessiert sind – und ich unterstelle Ihnen das –, dass ich Ihnen die Fragen, die Sie gestellt haben, auch beantworte, dann ist es nicht sinnvoll, dass Sie bei jeder Frage – – Ich war ja auch ein stürmischer Abgeordneter, vielleicht nicht ganz so stürmisch wie Sie. – [Ulker Radziwill (SPD): Sie waren auch anstrengend!] – Jetzt sind sich Frau Radziwill und Frau Breitenbach einig, dass ich auch ein anstrengender Abgeordneter war, und das will ich auch so zur Kenntnis nehmen. – [Zurufe] –

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Im Moment sind Sie ein anstrengender Senator! Vielleicht fahren Sie jetzt einfach fort. – Bitte!

Senator Mario Czaja (SenGesSoz): Ich weiß gar nicht, was Sie für einen Zeitdruck haben, Herr Vorsitzender! – Die Arbeitsanweisung der Innenrevision ist so, dass sie bei ihrer fachlichen Tätigkeit keiner Weisung unterworfen ist, soweit diese Arbeitsanweisung nichts anderes bestimmt. Richtig ist, dass in dieser Regelung steht, dass die Prüferin unmittelbar dem Präsidenten des LAGeSo regulär untersteht. In diesem Fall aber nicht. Herr Gerstle hat die Befugnisse des Präsidenten an sich gezogen, als er Frau Heide beauftragt hat, diese Revision durchzuführen. Zu diesem Zeitpunkt sind auch alle Unterlagen – PeWoBe und Gierso betreffend – von Frau Heide eingezogen worden, sodass Auskünfte zum Verfahren und zu Ergebnissen nur zu ihm zu erteilen sind und an keinen anderen innerhalb des LAGeSo erfolgen, um die Unabhängigkeit der Revision auch zu ermöglichen. Frau Heide berichtet nicht innerhalb des LA-

GeSo zum Stand der Revision, und auch nicht der Büroleiter ist in irgendeiner Form bei diesem Thema einbezogen. – [Canan Bayram (GRÜNE): Und die räumliche Nähe?] – Es gibt eine Revisionsordnung, und nach dieser Revisionsordnung arbeitet Frau Heide.

Ich habe die Präsidentin des Landesrechnungshofs angerufen und gebeten, die Prüfung zu übernehmen. Die Präsidentin des Landesrechnungshofs war zunächst zurückhaltend bei dieser Frage, weil sie der Auffassung war, dass es doch schon seit mehreren Monaten – wie sie der Öffentlichkeit entnommen hat – staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren gibt und sie daher eigentlich der Auffassung ist, dass ihrerseits gar keine Prüfungen vorgenommen werden bräuchten, weil es ja staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gibt und diese Anzeigen, die hier im Raum stehen, ja nicht im Juli erfolgt sind, sondern schon viel früher erfolgt sind, Herr Allert nur erst im Juli 2014 davon erfahren hat. Bislang hat die Staatsanwaltschaft keine Unterlagen bei dem LAGeSo dafür übergeben bekommen, obwohl ja seit März oder April – ich weiß nicht genau, seit welchem Zeitpunkt das ist, ich lese das auch nur in der Zeitung –, seit wann es die Anzeige gegeben hat. Trotzdem hat die Staatsanwaltschaft bisher kein Ermittlungsverfahren eröffnet. Herr Allert hat keine Informationen von der Staatsanwaltschaft über die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens erhalten. Das habe ich ihn natürlich in diesem Zusammenhang auch gefragt, als er mir im Juli davon erzählte. Trotzdem hat der Rechnungshof diese Prüfung mit seinen Revisoren übernommen. Die Unterlagen dazu werden kopiert und dem Rechnungshof übergeben. Ich finde, dass das auch richtig ist, denn der Landesrechnungshof ist mit der Frage einer ordnungsgemäßen Auftragsvergabe –, das ist die Aufgabe, die er zu prüfen hat. Wir reden über die Frage: Hat es eine ordnungsgemäße Auftragsvergabe gegeben? Nach dem Anforderungsprofil des Landesrechnungshofs ist es die Aufgabe des Landesrechnungshofs, das zu prüfen.

Frau Breitenbach hat gefragt: Missstände abgearbeitet beim LAGeSo? – Immer, wenn mir Missstände von Ihnen am Rand des Plenums oder schriftlich mitgeteilt wurden zu einer der 48 Einrichtungen, habe ich diese Missstände und Sachverhalte zeitnah mit dem LAGeSo besprochen. Über die Form der Nachverfolgung von Missständen und das Management zur Nachverfolgung von Missständen wird Herr Allert gleich etwas sagen. – Die einzelne Kalkulation der Tagessätze kann ich nicht herleiten, weil das über Fachleute – und zwar Betriebswirten – innerhalb des LAGeSo in einem Verhandlungsverfahren mit den Betreibern erfolgt. Deswegen kann auf diese Frage auch nur das LAGeSo antworten, und Herr Allert wird das auch tun.

Frau Bayram! Sie sagten, die Maßnahmen der Innenrevision und deren Funktion seien nicht ausreichend. Deswegen haben wir ja zusätzlich den Landesrechnungshof dazu gebeten.

Übernimmt die BIM das Controlling der Containerdörfer? – Ja, alles, was damit verbunden ist.

Sie haben gefragt, ob ich über die Anteile der PeWoBe an der Gierso oder Ähnliches Bescheid wusste. – Nein! Welche Geschäftsanteile zwischen diesen beiden Gesellschaften noch bestehen, war mir zu dem Zeitpunkt nicht bekannt. Ob es innerhalb des LAGeSo bekannt war, wird geklärt werden. Wie das Verhältnis Gierso und PeWoBe ist – das zu klären ist auch Aufgabe der Innenrevision.

Gab es bei der Beseitigung von Mängeln ein Wegschauen bei der PeWoBe oder bei der Gier-so? – Auch das Aufgabe der Innenrevision.

Herr Isenberg hat gefragt: Welche Alternativen hat es in der Levetzowstraße gegeben, als diese vergeben wurde? – Diese Frage wird Herr Allert beantworten.

Herr Thomas, noch mal: Ich habe deutlich gesagt, ich habe am Donnerstag vorheriger Woche – nicht am letzten Donnerstag, sondern am Donnerstag davor –, da haben wir von den Medienberichten die Medienanfragen dazu gehabt. Wir haben daraufhin unmittelbar am Donnerstag zusammengesessen – Herr Allert, Herr Gerstle und ich. Wir haben die Innenrevision beauftragt, die Sachverhalte zu übernehmen. Und Herr Gerstle hat dafür Sorge getragen, dass vor Beauftragung der Innenrevision am Freitagmorgen Herr Allert nicht im LAGeSo ist, sondern dann erst wieder im LAGeSo, am Arbeitsplatz ist, wenn die Innenrevision beauftragt ist und die Unterlagen bei der Innenrevision vorliegen. Wir haben unmittelbar also am Donnerstag, als die Fragen vorlagen, miteinander gesprochen.

Die Frage, die Sie stellen, Herr Thomas, ist: Warum habe ich im Juli 2014, als ich von der Strafanzeige und dem Patensohn gehört habe, nichts unternommen habe. – Herr Allert hat mir in diesem Zusammenhang deutlich gemacht, dass er das im Jahr 2012 bereits den Mitarbeitern im LAGeSo deutlich gesagt hat. Durch seine Art der Amtsführung des Landesamtes durch Herrn Allert und meine Erfahrung, die ich hatte und dem Hinweis, dass er bereits alle Institutionen innerhalb des LAGeSo informiert hat, gab es für mich keinen Grund, an der sachgemäßen Amtsführung von Herrn Allert und dem ordnungsgemäßen Vorgang in diesem Zusammenhang zu zweifeln. Erst die Anfragen der Presse gaben den Anschein, dass hier objektive oder nicht objektive Maßstäbe möglicherweise angelegt wurden. Um diesen Anschein aus dem Weg zu räumen, habe ich zum Schutz der Mitarbeiter, zum Schutz des LAGeSo und auch zum Schutz von Franz Allert – aber weil ich natürlich auch an einer vollständigen Aufklärung interessiert war, als es diese Anfragen gab – die Innenrevision und den Landesrechnungshof beauftragt.

Das Landesamt für Gesundheit und Soziales ist eine große Einrichtung – mit 1 000 Mitarbeitern, 850 Stellen. Geführt wird das LAGeSo von den jeweiligen Fachverwaltungen mit Zielvereinbarungen und mit Fachaufsicht durch die Mitarbeiter. In allen Abteilungen der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales als auch bei Herrn Heilmann beim Thema Tierschutz gibt es Mitarbeiter, die in unmittelbarer Fachaufsicht oder Fachverantwortung für Aufgaben stehen, die in der Durchführung beim LAGeSo liegen. Darüber gibt es für jeden dieser Mitarbeiter Referatsleitungen. Darüber gibt es für jeden dieser Mitarbeiter eine Abteilungsleitung. Darüber gibt es einen Staatssekretär.

Und darüber die jeweiligen Senatoren. Wenn die Fachebene Sachverhalte mit dem LAGeSo berät, dann ist dies die Ebene, mit der die Kommunikation stattfindet. Nicht jeder einzelne Vorgang wird den Senatoren oder Staatssekretären, auch nicht den Abteilungsleitern gegeben, weil es dezentrale Fach- und Ressourcenverantwortung gibt. So ist es auch hier der Fall.

Um es deutlich zu sagen: Ich hatte keinen Grund und keinen Anlass, an der ordnungsgemäßen, sachgerechten und verantwortungsvollen Aufgabenwahrnehmung von Herrn Allert für die Aufgaben im Landesamt für Gesundheit und Soziales zu zweifeln. Und ich sage: Ich habe auch heute keinen Anlass an dieser ordnungsgemäßen und sachgemäßen Arbeit im Landesamt für Gesundheit und Soziales zu zweifeln. Aber ich habe ein Interesse daran, dass jeder Zweifel, der irgendwie entsteht, aufgeklärt wird. Deswegen haben wir die Innenrevision und den Landesrechnungshof damit beauftragt, und diesbezüglich muss man diese Ergebnisse abwarten.

Die letzte Frage, die es noch gegeben hat, war die von Herrn Taş, wie das transparente Verfahren gewährleistet wird. Ich erhoffe mir auch, dass wir von dem Ergebnis der Innenrevision möglicherweise Vorschläge bekommen, wie das Verfahren in Zukunft noch transparenter gewährleistet werden kann. Ich sage Ihnen deutlich, ich bin bereit, auch über die Frage von „Heim-TÜV“ oder ähnlichen Sachverhalten zu reden und dafür Lösungen zu finden. In der Vergangenheit bestand die Aufgabe, innerhalb von zwei Jahren aus zwölf Unterkünten jetzt 48 Unterkünfte bereitzustellen, und darauf hat das LAGeSo und haben die Mitarbeiter ihr Hauptaugenmerk gerichtet. Wir müssen jetzt die personellen und logistischen Ausgangsvoraussetzungen schaffen, dass das LAGeSo unter den derzeitigen neuen Aufgaben zuzüglich der Aufgabe der Errichtung von Wohncontainern und der Sanierung von landeseigenen Immobilien, dass es diesen Aufgaben gerecht wird. Dafür ist eine neue und erweiterte Organisation des LAGeSo und des Bereichs, der für die Asylbewerberfragen zuständig ist, notwendig. Diese Diskussion wird zwischen der Fachaufsicht unseres Hauses und dem LAGeSo intensiv geführt. Ich denke, wir werden am 26. November im Hauptausschuss, wo es auch um die personelle Ausstattung des LAGeSo geht, auch über diese Sachverhalte und Fragen sprechen. Sie haben auch den Personalrat zu diesem Thema eingeladen, um darüber zu sprechen, wie man noch mehr Transparenz in einem solchen Verfahren herstellt. Darüber muss man sprechen. Ich denke, das ist auch ein Punkt, zu dem es möglicherweise von der Innenrevision Vorschläge geben kann. Aber in diese Unabhängigkeit der Innenrevision kann, will und soll ich nicht eingreifen. Dafür gibt es eine Revisionsordnung, und deswegen müssen die Ergebnisse abgewartete werden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Senator! – Herr Allert, bitte!

Franz Allert (LAGeSo): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es sind noch einige Fragen offen, die ich gern beantworten will. Gestatten Sie mir vorher zwei Bemerkungen, erstens: Ich bin persönlich schon sehr betroffen, wie aus Informationen oder Halbinformationen Dinge konstruiert werden, die mir unterstellen – darauf zielt das ja ab –, meine Aufgaben nicht ordnungsgemäß wahrgenommen zu haben, und zwar auch noch mit persönlichen Verflechtungen dabei. Aber damit muss man ganz offensichtlich als Behördenchef leben.

Zweitens: Nachdem nun zwei Stunden vergangen sind, bemühe ich mich, alle Fragen, die ich mir notiert habe, zu beantworten, und das tue ich in diesem Ausschuss immer. Wenn es am

Ende die eine oder andere Frage geben sollte, die mir dabei weggerutscht ist, sage ich schon jetzt: Bitte stellen Sie sie noch mal! Ich beantworte Ihnen die Fragen, die Sie haben, gern.

Nun zum Fragenkomplex: Seit wann kenne ich eigentlich Herrn Dohmen, wie ist das Verhältnis, wie war das Verhältnis zwischendurch? – und all die Dinge, die Sie, Herr Lauer, genannt haben, wohl, wie Sie sagen, aus eigener Erfahrung, Dinge, die da immer kommen, Nachfragen, die kommen und die zur Gesamteinschätzung vielleicht beitragen können. – Herr Dohmen ist als Kind in der Eigentumswohnanlage, in der ich wohne, aufgewachsen – für, ich weiß gar nicht mehr, wie viele Jahre. Dann haben sich die Eltern getrennt, und die Mutter ist mit den Kindern verzogen. Ich kann Ihnen noch nicht mal sagen, wohin. Zum 18. Geburtstag hat es ein gemeinsames Essen mit dem Vater von Herrn Dohmen, dem hier im Blick stehenden Herrn Tobias Dohmen und seinem Bruder gegeben. Anlässlich des 18. Geburtstags; das war nicht an dem Geburtstag, aber darum herum. Und dann habe ich Herrn Dohmen wiedergesehen, als ich mir die Notunterkunft in der Turmstraße bei uns auf dem Gelände, als wir dort das leerstehende Gebäude wegen der sprichwörtlichen Not in Anspruch nehmen mussten, angesehen habe. Dort habe ich Herrn Dohmen wiedertreffend und ihn peinlicherweise noch nicht mal erkannt. Als ich zurück bin, von der Einrichtung zu mir ins Büro, habe ich meine Abteilungsleiterin angerufen und ihr davon eine Mitteilung gemacht. In der folgenden Sitzung, ein Jour fixe, den wir regelmäßig haben, ausweislich des Protokolls dieses Jour fixe vom 27. September 2012, habe ich alle Anwesenden, das war nicht nur Frau Schütz, das waren auch die zuständige Referatsleiterin und die Mitarbeiter, die mit der Schaffung von Unterkünften befasst waren, darüber informiert, dass ich Herrn Dohmen, bei dem ich vor knapp 30 Jahren einer der Taufpaten war, wiedergesehen habe. Da war er im Übrigen auch noch nicht Geschäftsführer, sondern hat sich als, ich glaube, Projektleiter oder Ähnliches vorgestellt.

Das waren meine Begegnungen mit Herrn Dohmen, der dann auch noch am folgenden oder nächstfolgenden Tag – das habe ich nicht in Erinnerung, darüber mache ich auch keinen Aktenvermerk – einmal abends bei uns vor der Tür stand und gesagt hat, er wolle mal erläutern, wie er eigentlich zu diesem Job gekommen ist. Danach habe ich Herrn Dohmen noch zweimal gesehen, nämlich bei Besichtigungen von Einrichtungen. Aus, Ende. – Das zu meinen Beziehungen oder den persönlichen Kontakten zu meinem Patensohn, Herrn Dohmen. Da geht es mir vielleicht ähnlich wie Frau Radziwill oder einigen anderen, die Paten haben und sie dann gar nicht mehr sehen oder auch irgendwo wiedertreffen. Aber gleichwohl: Obwohl es in der Tat, Herr Lauer, keinerlei rechtliche Verpflichtungen dazu gibt –, das ist nämlich im Verwaltungsverfahrensgesetz geregelt, wann man tätig werden darf, und wenn man solche verwandtschaftlichen – verwandtschaftlichen! – Beziehungen hat, die darin näher dargestellt sind, muss man auch nicht etwa seine Arbeit niederlegen oder aufhören, eine Behörde zu leiten, sondern man muss dies transparent machen, und man darf konkret dann nicht in diese Vorgänge eingreifen. Das ist alles bei uns in der Rechtsordnung geregelt, und selbstverständlich habe ich mich daran gehalten. Und um möglichst frühzeitig entsprechende Transparenz herzustellen, habe ich das auch mitgeteilt.

Zu dem Themenkomplex, der auch von mehreren angesprochen worden ist – keine Kontrollen, keine Reaktionen auf Hinweise und Ähnliches. Ich habe dazu in diesem Ausschuss schon mehrfach berichtet. Ich habe auch schon mehrfach berichtet, was wir gemacht haben. Zum Heim in der Levetzowstraße habe ich mich in diesem Ausschuss auch schon mehrfach geäußert und in vielen persönlichen Gesprächen mit nahezu allen Abgeordneten, die damit zu tun

haben, die auch alle schon bei mir in der Turmstraße waren und bei vielen anderen Gelegenheiten. Niemand findet diese Einrichtung besonders toll. Ich sage noch etwas zu dieser Einrichtung, weil Herr Isenberg gefragt hat, wie es damals überhaupt dazu gekommen ist. Niemand findet diese Einrichtung toll. Gleichwohl muss man, unabhängig davon, ob ein Betreiber für Zustände verantwortlich ist oder nicht, jedem Hinweis, der irgendwie sachlich begründet ist – wir haben ja auch manchmal ganz andere Hinweise – nachgehen. Das haben wir auch getan. Seit November 2013, also in den letzten zwölf Monaten, ist diese Einrichtung fünfmal begangen worden, und ich habe zwischendurch mehrfach darüber berichtet. Deswegen verwundert es mich durchaus, dass immer wieder gesagt wird, hier gebe es keine Besichtigungen. Insgesamt wurden 27 Routine- und 13 Schwerpunktprüfungen in den Einrichtungen in den Jahren 2013 und 2014 durchgeführt, wie gesagt, davon fünf seit November 2013 in der Einrichtung Levetzowstraße. Es wurde eine ganze Reihe von Protokollen erstellt, zum Teil haben Sie sie auch, weil zum Teil auch Akteneinsicht genommen worden ist und nach dem Informationsfreiheitsgesetz eine ganze Reihe dieser Unterlagen auch übersandt worden sind. Es wurden Protokolle darüber gefertigt, es wurden Schreiben an den Heimbetreiber geschickt, es wurden Mängel abgestellt, und es wurden auch Kontrollen durchgeführt im Hinblick auf fehlendes Personal und – ich habe den Überblick über die Zeitungberichte nicht mehr, aber viele haben das angefragt – es wurden auch Verrechnungen über eine Summe von rund 70 000 Euro durchgeführt.

Noch mal zum System des Ganzen: Es werden ja – das ist vielen von Ihnen bekannt, ich erläutere das aber gern noch mal – vorläufige und endgültige Tagessätze festgelegt. Die vorläufigen Tagessätze beinhalten ja gerade das Thema. Es wird nachgeprüft und geguckt, was von dem, was man vorher kalkuliert hat, realisiert werden konnte und was, aus welchen Gründen auch immer, nicht realisiert werden konnte. Das betrifft sowohl Sach- als auch Personalkosten. Deswegen werden bei der Nachkalkulation und Festlegung überzahlte Beträge – überzahlt setze ich mal in Anführungszeichen, denn sie müssen ja erst noch immer endgültig festgelegt werden; das System kennen aber die meisten, weil ich es auch schon einmal dargestellt habe –, werden dann die möglicherweise entstandenen Verrechnungen dann auch über Zahlungen verrechnet. Es kann im Übrigen auch mal zu Nachzahlungen kommen. Es kann also auch mal den anderen Weg gehen, wenn sich herausstellt, dass dabei zu wenig gezahlt worden ist. Das sind die vorläufigen und endgültigen Tagessätze, die vereinbart und verhandelt werden.

Ich sage noch mal zum Verfahren, weil auch nach dem Verfahren gefragt worden ist: Mit diesem operativen Verfahren bin ich nicht betraut, weder mit den Vertragsverhandlungen im Detail, noch mit der Festsetzung, Vereinbarung von Tagessätzen, noch mit der Berechnung, Nachberechnung und Ähnlichem. Das sind Aufgaben meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den zuständigen Bereichen, die diese Aufgaben auch wahrnehmen. Und da habe ich nun wiederum keinen Anhaltspunkt, aber auch nicht den geringsten Anhaltspunkt, dass dieses dort nicht ordnungsgemäß gemacht wird, sondern den ganzen Hinweisen wird sehr sorgfältig nachgegangen. Das dauert aber immer in einem Verfahren. Es ist in unserer Rechtsordnung nicht so, dass man etwas behauptet, und dann setzt man es schon um, sondern das Erste, wenn man Mängel feststellt – und so wird verfahren –, ist, dass es Gelegenheit zum Nachbessern gibt. Das haben Sie in allen Rechtsbereichen. Das ist das Erste, was gemacht werden muss. Man muss erst mal die Aufforderung geben: Hier ist ein Fehler, oder hier fehlt etwas, oder hier ist etwas schlecht –, und dann muss es nachgebessert werden. Wenn das auch nicht

klappt, sind weitere Schritte einzuleiten, möglicherweise auch mit Verrechnungen oder Abzügen, wenn überzahlt worden ist, oder Ähnliches dabei.

Das trifft nicht nur, aber auch für die Levetzowstraße zu. Das ist ein Verfahren, das für alle zutrifft, egal, ob es ein privater oder ein freier, gemeinnütziger Betreiber ist. Das ist völlig egal, und es ist überall das gleiche Verfahren.

Zu der Einrichtung Levetzowstraße, warum überhaupt die Levetzowstraße, und warum die Gierso in der Levetzowstraße ist: Ich hatte gerade versucht, noch mal historisch darzustellen – die Turmstraße musste als Notunterkunft genutzt werden. Dieses Objekt in der Turmstraße stand aber nur begrenzt zur Verfügung, weil dort Baumaßnahmen durchgeführt werden mussten und dann dort für die Staatsanwaltschaft, die ja jetzt auch der Mieter ist, die Herrichtung durch die BIM durchgeführt wurde. Wir mussten also zu einem Zeitpunkt, Ende Februar 2013, aus dem Gebäude raus. Wir haben damals händeringend nach entsprechenden anderen Objekten gesucht. Niemand, auch nicht der Bezirk, konnte uns eine andere Unterkunft anbieten, weder die BIM, die sozusagen Hausherr in der Turmstraße war, noch der Bezirk Mitte, noch irgendein anderer Bezirk. Das einzige Objekt, das zur Verfügung stand, war sozusagen unsere Notnotreserve – so haben wir sie auch immer bezeichnet – in der Levetzowstraße, in der wir vorher schon mal für eine kurze Zeit von zwei Wochen drin waren, die Einrichtung wieder geschlossen und sie als absolute Reservekapazität vorgehalten hatten. Da wir nichts anderes zur Verfügung hatten, ist die Gierso, die ja die Turmstraße betrieben hat, mit diesen Bewohnern in die Levetzowstraße umgezogen, mit dem ausdrücklichen Hinweis damals sowohl der BIM als auch des Bezirks, dass wir dort gar nichts Bauliches verändern dürfen, baulich nichts verändern dürfen. So musste eine Notunterkunft geschaffen werden, die überhaupt nicht dem entspricht, was wir uns vorstellen. Darüber sind wir uns ja alle einig. Ich habe auch noch nie etwas anderes in der Richtung gesagt. Die Frage ist, wie es uns gelingen kann, diese Unterkunft mal aufzulösen und die Menschen an anderer Stelle unterzubringen. Das sind ja nicht die Menschen, die damals dort eingezogen sind, aber überhaupt die Nutzung – Herr Lauer hat ja darauf hingewiesen, dass man ganz vorsichtig sein und genau gucken muss, was man sagt. Also, es geht natürlich nicht um die Menschen von damals, sondern um die Menschen, die sich jetzt in dieser Unterkunft befinden.

Zur Frage, ob denn bei den Kontrollen an den Standorten die Hinweise – nicht nur bezogen auf den einzelnen Verstoß, sondern die generellen Hinweise, die sich daraus ergeben, wie Qualitätsstandards weiterentwickelt werden können – aufgegriffen werden oder nicht. Ja, sie werden aufgegriffen. Auch das war gerade bei der letzten Sitzung hier Gegenstand der Diskussion. Diese Hinweise werden aufgegriffen, und seit Jahren – auch das, denke ich, ist hier hinlänglich bekannt; ich sage es trotzdem noch mal – werden die Qualitätsstandards verändert. Vielleicht nicht in dem Maße und in dem Tempo, in dem sich alle oder zumindest einige Mitglieder des Ausschusses sich das wünschen. Das geht nicht immer, das hat auch etwas mit der Finanzierbarkeit zu tun. Aber die Anregungen, die es gibt, werden sehr wohl aufgegriffen, auch die Anregungen des Flüchtlingsrats. Bevor Sie gleich fragen, welche das sind: Konkret waren das Fragen zu den Räumen, zur Kommunikation und auch, dass es Betreiberkonzepte geben soll. Auch dies haben wir mittlerweile aufgenommen. Sowohl der Mustervertrag als auch die Qualitätsstandards sind etwas Lebendes. Das heißt, sie werden weiterentwickelt. Wer schon länger dabei ist, weiß, dass die Muster für die Betreiberverträge vor drei, vier, fünf Jahren anders ausgesehen haben als heute und sich aus den Erkenntnissen deutlich weiterentwickelt haben, und zwar in jeder Hinsicht, sowohl was die Ausstattung anbelangt bis hin zu Ver-

tragsstrafen, wie das geregelt werden kann, was man alles regeln sollte, welche Ausschlussgründe usw. Wir sind da auch eine lernende Verwaltung. Niemand in dieser Verwaltung hat die Weisheit mit Löffeln gefressen, sondern wir versuchen, dieses weiterzuentwickeln, und wir tun es auch. Wir sind da sicherlich noch nicht am Ende, sondern wir werden das – Herr Senator Czaja hat gerade darauf hingewiesen – Stichwort „Heim-TÜV“. Auch darüber haben wir hier schon gesprochen. Es gibt ja auch einen Auftrag aus dem Rat der Bürgermeister. Herr Staatssekretär Gerstle bzw. auch Herr Czaja hat in der vergangenen Sitzung hingewiesen, dass es eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe gibt, die insgesamt noch mal konzeptionelle Fragen klärt. Also, es wird an jeder dieser Stellen die jetzige Praxis weiterentwickelt und auch versucht, die formale Zusammenarbeit, aber auch die inhaltlichen Dinge zu verbessern.

Herr Reinhardt! Sie hatten ganz zu Beginn gesagt – ich habe da schon aufgepasst –, mit Bestürzung hätten Sie festgestellt, wie ich mit Betreibern in irgendeiner Weise verhandelt bin. Das weise ich hier ganz entschieden zurück. Ich bin mit überhaupt keinen Betreibern in irgendeiner Weise verbunden, sondern die einzige Verbindung, die besteht, ist die – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Das ist der Penz-Firmenkomplex!] – Ich bin mit Herrn Penz, weil er eine 25-prozentige Anteilschaft an der Firma Gierso hat, in keiner Weise verbunden, weder persönlich noch verwandtschaftlich. Das will ich hier noch mal ganz klar und deutlich sagen. Es gibt auch kein gemeinsames Nutzen eines Geländes. Das ist das Zweite, was Sie vorhin gesagt haben. Das steht alles im Wortprotokoll drin. Das weise ich auch ausdrücklich zurück. Das ist verschiedentlich ja hier, auch schon in der Presse, so dargestellt worden.

Dann haben wir noch das Thema Liegenschaften. Wie ist es eigentlich mit dem Bauamt und den Anträgen? Wie ist das Verfahren? – Es gibt keine Statistik darüber, wer wann wie mit welchem Antrag bei welchem Bauamt gescheitert ist. Das Problem ist, in der Tat, so, wie dargestellt, dass die Frage des Bauplanungsrechts – nicht des Bauordnungsrechts – zumeist hinderlich ist oder das ganze Vorhaben dabei blockiert, nämlich immer dann, wenn es um ein Gewerbegebiet oder um ein reines Wohngebiet geht, bei der Frage, ob in irgendeiner Weise nachbarschaftlich eine Beeinträchtigung durch eine Einrichtung erfolgen könnte und verschiedenes mehr. Das ist häufig eine schwierige Frage, selbst wenn es ein Bezirk gern möchte. Wir haben zum Beispiel in Pankow in der Liebermannstraße vor Jahren so eine Situation gehabt. Dabei hat dieses Recht dem entgegengestanden, und ein Objekt ist gescheitert. So passiert das an vielen Stellen. Das ist schwierig. Es gibt möglicherweise durch die Neuordnung, die der Bundesrat jetzt beschlossen und abgesegnet hat, die Möglichkeit, temporär auch Gewerbegebiete zu nutzen. Auch das ist eine Möglichkeit, Objekte vielleicht anders als bisher zu realisieren, wenn sie insgesamt als geeignet erscheinen.

Das Thema der Hostelunterbringung ist hinreichend dargestellt worden, aber wir haben dafür auch eine Lösung gefunden. Die Lösung ist – Frau Bayram wird das wissen –, dass wir immer die Turmstraße als Adresse angeben, damit dieses Verfahren überhaupt in Gang gesetzt werden kann. Es ist etwas kompliziert mit der Postzustellung usw., aber es ist ja auch nicht so, dass wir die Flüchtlinge damit alleinlassen, sondern wir versuchen auch hier, eine Lösung im Interesse der Flüchtlinge zu finden, um dieses Verfahren vor dem Bundesamt zu ermöglichen. – [Zuruf von Canan Bayram (GRÜNE)] – Bitte? – [Peter Trapp (CDU): Das war ein Lob!] – Das war ein Lob! Das höre ich gern, Frau Bayram. Das können Sie ruhig wiederholen.

Meine Rolle bei der Vergabe – das war noch ein Thema –, oder wie das überhaupt funktioniert. Ich hatte es zwischenzeitlich schon mal gesagt. Ich bin mit allen grundsätzlichen Ange-

legenheiten im Bereich des Flüchtlingswesens und natürlich auch der Unterbringung befasst. Die Frage ist, was dabei grundsätzliche Angelegenheiten sind. Es geht einmal um die Versorgung und Nutzung und zum Beispiel auch darum, was ich eben gesagt habe: Wie können wir Flüchtlingen, die wir in Hostels unterbringen müssen, weil wir nicht ausreichend Plätze haben, trotzdem ein Verfahren ermöglichen? – Das ist zum Beispiel eine grundsätzliche Frage, die erörtert wird. Die Frage der Verteilung der Einrichtungen über die Bezirke, das Konzept, das Herr Senator Czaja vorhin angesprochen hat, diese Erarbeitung und das Besprechen, wie wir vorgehen, was wir machen können, das ist natürlich eine grundsätzliche Angelegenheit. Wir haben private und gemeinnützige Betreiber. Wie können wir damit überhaupt umgehen? Wie können wir ohne diese Ausschreibungsthematik überhaupt eine Realisierung von Flüchtlingsunterkünften ermöglichen? Das ist eine grundsätzliche Thematik. Mit all diesen Fragen bin ich natürlich immer wieder befasst. Wir dürfen nämlich auch nicht einfach nur, weil es jemand sagt, eine Gruppe von Anbietern ausschließen. Das wäre rechtswidrig. Das ist das Diskriminierungsverbot. So einfach sind die Regelungen nicht, die manchmal gewünscht wären. Diese grundsätzlichen Fragen werden wöchentlich mit der zuständigen Abteilung erörtert.

Nicht eingebunden bin ich – ich sage es noch mal – in die tatsächliche Vertragsverhandlung, in die Abwicklung und all die Dinge, die dazugehören. Und bevor es vielleicht falsch aufgegriffen wird: Ich habe von Beginn an gesagt, dass ich in einem Fall einen Vertrag unterschrieben habe. Und bevor jemand auch da wieder was Falsches reininterpretiert: Das war zu einer Zeit, als es eine Vakanz in der Abteilungsleitung gab. Die jetzige Abteilungsleiterin hatte ihren Dienst noch nicht angetreten. Die bisherige Abteilungsleiterin war nicht mehr im Dienst, hat inzwischen in eine andere Behörde gewechselt. Die zuständige Referatsleiterin war langfristig erkrankt. In einem solchen Fall fällt die Verantwortung, die rechtsgeschäftliche Vertretungsbefugnis nicht weiter nach unten, sondern geht nach oben, weil ich für alles im Landesamt für Gesundheit und Soziales – qua Gesetz im Übrigen – rechtsgeschäftlich zur Vertretung befugt bin und mir dann so etwas obliegt. Selbstverständlich habe ich in diesem Fall den Vertrag unterschrieben. Das war, glaube ich, im Jahr 2011. Da gab es die Firma Gierso hier bei uns noch gar nicht in diesem Kontext. Da gab es auch noch keinen Herrn Dohmen, der da beschäftigt war oder Ähnliches, auch wenn jetzt schon wieder andere Konstrukte – – [Peter Trapp (CDU): Gab es da schon den Senator Czaja?] – Als ich das 2011 unterschrieben habe, gab es zwar Herrn Czaja, aber noch nicht Herrn Senator Czaja. Das habe ich noch unter der Senatorenschaft von Frau Bluhm gemacht, die sich im Übrigen gerade mit diesem Objekt ebenso eng auseinandergesetzt hat.

Unterschwellig wird jetzt in manchen Medien daraus konstruiert, dass es auch da schon irgendwelche persönlichen Beziehungen gegeben hätte, die offenbar ausschlaggebend für irgendwelche Bevorzugungen waren. Das war, ich sage das noch mal ganz deutlich, weder in diesem Fall noch in irgendeinem anderen Fall so, weder bei der PeWoBe, noch bei der Gierso, noch in irgendeinem anderen Fall der Betreiber.

Dann ist der Eindruck erweckt worden, so ist es jedenfalls bei mir angekommen, dass es in den letzten Jahren immer nur an private Betreiber vergeben wurde, und dann vielleicht auch nur noch an PeWoBe und Gierso – dem ist nicht so. Wir haben in den letzten vielleicht sechs bis elf Monaten – ich habe das mal überschlagen – fünf private und vier gemeinnützige Betreiber gehabt, und bei den freigemeinnützigen sind genauso die Arbeiterwohlfahrt, das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk und der Internationale Bund dabei. All die bekommen

auch weitere Einrichtungen, wenn sie sich denn in der Lage sehen, auch etwas zu machen. Aber danach war nicht gefragt, und deswegen sage ich zumindest an der Stelle zu dem ganzen Komplex nichts. – Ich hoffe, damit zumindest alle Fragen beantwortet zu haben, die noch offen und an mich gerichtet waren. Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Allert! – Ich habe noch vier Leute auf der Redeliste. – Zunächst Herr Lauer!

Christopher Lauer (PIRATEN): Vielen, lieben Dank, Herr Allert! Es ist genauso eingetreten, wie ich es prognostiziert habe. Sie haben sich bestens über die rechtlichen Möglichkeiten, die es gibt, informiert und wissen, dass man Ihnen wahrscheinlich nichts können wird – bzw. das suggerieren Sie. Jetzt kommt aber natürlich die gemeine Frage, die sich daraus ergibt: Wenn das alles so in Ordnung ist und war, warum haben Sie denn dann im Jahr 2012, als Sie völlig überraschend – nach wie viel Jahren, nach neun Jahren? Sie hatten gesagt, beim 18. Geburtstag Ihres Patenkindes wären Sie noch dabei gewesen – nach neun Jahren Ihren Patensohn wiedergesehen haben, obwohl es da rechtlich überhaupt nichts zu beanstanden gibt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LAGeSo darüber informiert? Warum eigentlich? Es ist doch alles in Ordnung! – Wir haben ja jetzt von Ihnen erfahren, dass das alles gar nicht bedenklich ist usw. – [Zurufe von der SPD] – Entschuldigung! Ich argumentiere doch jetzt für den Herrn Allert! – [Ulker Radziwill (SPD): Sehr gut!] – Ich habe heute von der Koalition gelernt, dass wir hier vorverurteilen, dass alles in Ordnung ist und ganz schlimm. Jetzt wundert mich natürlich: Obwohl alles in Ordnung und alles bestens ist, hielt es Herr Allert – für mich jetzt aus vollkommen unerfindlichen Gründen – damals für angebracht, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darüber zu informieren. Da würde mich jetzt noch mal interessieren, was denn der Inhalt dieses Gespräches war. Auf welche Art und Weise wurde das denn thematisiert? Haben Sie einfach gesagt: Mensch, ach, mir ist da neulich was passiert. Glaubt ihr kaum! Neun Jahre mein Patenkind nicht gesehen, dann steht er da gestern im Flüchtlingsheim vor mir. Das ist aber ein Zufall? – Oder worum ging es da? Gibt es da möglicherweise ein Protokoll, aus dem Sie zitiert haben? Kann uns das bitte zugänglich gemacht werden? Das will ich auch hiermit beantragen. Herr Allert hat es dabei. Dann können wir da ja mal Einsicht nehmen.

Dann hat mich eine Sache stutzig gemacht. Sie haben den getroffen. Sie haben den erst gar nicht wiedererkannt, und dann steht er auf einmal abends bei Ihnen beim Amt vor der Tür und will mit Ihnen noch mal darüber reden, wie er zu dem Job gekommen ist. Und da hat er dann diese Geschichte mit dem Golfclub erzählt, dass er beim Golfen jemanden kennengelernt hat? Vielleicht können Sie das noch mal erläutern, denn das verstehe ich nicht. Sie kennen sich seit neun Jahren nicht mehr, treffen sich zufällig, erkennen sich kaum, alles ist in Ordnung. Sie informieren Ihre Mitarbeiter darüber, und dann steht er noch mal vor Ihrer Tür und will Ihnen beim Amt abends irgendwas erklären. Was war das? Sind Sie mit Ihrem Patenkind ein Bierchen trinken gegangen, oder wie muss ich mir das vorstellen? Wie lief diese Erklärung ab? – Bei Golfclub Wannsee haben Sie schon den Kopf geschüttelt. Das hat er Ihnen nicht erzählt? – Wenn Sie noch mal antworten!

Herr Czaja hatte ich gefragt – das hat er leider nicht beantwortet, aber das ist nicht schlimm, weil Sie zwischendurch mit Ihrem Staatssekretär geredet haben; hätte ich auch gemacht, wenn ich einen Staatssekretär hätte –, ich hatte Sie gefragt, ob es in Ihrem Haus eine Weisung gab, spätestens seit Juni, als Ihnen diese staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bekannt waren,

vonseiten des LAGeSo zukünftig nicht mehr Geschäfte mit der Gierso oder mit der PeWoBe einzugehen. Gab es, gibt es eine entsprechende Anweisung bereits aus dem Juni bzw. irgendwann aus diesem Jahr oder nicht? – Das wären jetzt die Fragenkomplexe.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Frau Bayram, bitte!

Canan Bayram (GRÜNE): Manches, was ich jetzt hier gehört habe, war mit ein Grund, warum ich einleitend gesagt habe, dass ich als Abgeordnete den Sachverhalt aufklären will, und dass andere Sachverhalte von anderen Leuten aufgeklärt werden müssen, und warum ich gedacht habe, es wäre besser, wenn wir das auf der politischen Ebene diskutieren, und dass ich der Ansicht bin, dass es auch zum Schutz von Herrn Allert besser ist, wenn er eine Zeit lang nicht mit diesen Fragen betraut wird. Denn bei allem Verständnis für Ihre Betroffenheit, Herr Allert, haben wir als Abgeordnete einen gesetzlichen Auftrag. Dazu gehört, dass wir das hier im Rahmen unserer Möglichkeiten vollständig aufklären. Ich weiß gar nicht, ob Sie sich vorstellen können, wie viele Zuschriften ich mit unterschiedlichen Angaben zu verschiedenen Flüchtlingsunterkünften in Berlin und speziell in diesem Kontext erhalte. Ehrlich gesagt, finde ich diese ganze Situation so, dass ich mir schon wünsche, dass eine Aufklärung der Sachen stattfindet, wo Vorwürfe im Raum sind. Meine Aufgabe als Abgeordnete, hier auf einer politischen Ebene die Fragen zu stellen, auch dem Senator zu stellen und – wenn Sie die beantworten – natürlich auch Ihnen, ist nicht nur mein gutes Recht, sondern es ist auch meine Pflicht. Deswegen müssen wir da weitermachen. In welcher Art und Weise, darüber lässt sich ja bekanntlich immer streiten, aber die Abgeordneten sind da auch frei, nicht weisungs- oder sonst wie gebunden. Das heißt, wenn den einen die eine Frage mehr interessiert, dann kann er sie stellen. Ob Sie die beantworten oder nicht, ist dann die andere Frage.

Die Fragen, die ich noch stellen möchte, sind: Wie viele Einrichtungen sind denn aktuell in diesem Kontext Gierso und PeWoBe? Sind das Verfahren, die aktuell noch laufen? Gibt es neue Verträge, die gerade geschlossen werden, die man erst mal in einem Moratorium so behandeln kann, dass da nichts passiert, was wir vielleicht zurückdrehen müssten?

Das andere ist das, was wir immer mal wieder hier behandelt haben, da gebe ich Ihnen auch recht, Herr Allert. Wir haben immer wieder Verstöße gegen Betreiberverträge und die Ahndung dessen gehabt. Aber im aktuellen Licht ist es natürlich schon so, dass man sich die noch mal anschaut. Und wenn ich mir den Vertrag mit der PeWoBe und dem Land Berlin, vertreten durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales, anschau, dann stellt sich mir die Frage: In § 5 Abs. 5 – das ist ja ein Standardvertrag, in den anderen ist es auch immer § 5 – steht die Kürzungsmöglichkeit, wenn Personal nicht zur Verfügung gestellt wurde, wie es vereinbart wurde. Dann kann das Fünffache des kalkulierten Kostenansatzes zurückgefordert werden. Und dann ist es meine Aufgabe als Abgeordnete nachzufragen, ob es passiert ist. Nun kann ich aus der Erfahrung der Vergangenheit sagen, dass es oft nicht passiert ist. Gibt es die Situation, dass die behaupten, das Personal zu haben, es dann nicht haben, Stichwort, Klonen? Ich weiß gar nicht, ob Herr Reinhardt, der Flüchtlingsrat oder Unterstützer das so bezeichnet haben; das ist ja eine etwas ironische Art und Weise, damit umzugehen. Diese ganzen Vorwürfe sind lange im Raum und erscheinen jetzt in einem Licht, wo ich nicht zuständig bin nachzuweisen, ob das eine strafrechtliche Relevanz hat. Aber ich bin als Abgeordnete verpflichtet, dem nachzugehen und mir das berichten zu lassen.

Nach meinem Selbstverständnis geht es in der Befassung hier nicht darum, dass ich die Mitarbeiter des LAGeSo womöglich als Person angreife, sondern es geht auf der politischen Ebene um – wenn man es im juristischen Sinne ausdrücken will – das Vorliegen, die Frage nach einem Organisationsverschulden. Hätte man die Organisation einer Behörde – – Da ist natürlich immer der Verantwortliche der politisch Verantwortliche, das heißt, in diesem Fall der Staatssekretär – der frühere, der aktuelle – und der Senator, und genau da kann ich auch nur als Abgeordnete ansetzen. Ich kann ja nur sagen: Euer bisheriges Konzept, dieses oder jenes

zu vermeiden oder dieses und jenes umzusetzen, hat nicht funktioniert –, und ich kann auch nur Vorschläge machen, wie ich es anders machen würde. Auch da gibt es die Gewaltenteilung, dass ich denen ja nichts aufzwingen kann. Aber es muss möglich sein, darüber zu reden.

Der aktuelle Anlass bietet tatsächlich genug Anlass, darüber zu reden. Dass es für Sie keine schöne Situation ist, kann ich mir vorstellen, denn als Anwältin, die auch schon mal Strafverfahren macht, weiß ich natürlich, dass es keine schöne Situation ist, einer strafrechtlichen Ermittlung ausgesetzt zu sein, insbesondere in einem so frühen Stadium, wo man in dem Ermittlungsverfahren vielleicht noch nicht mal selbst zu Wort gekommen ist. So habe ich Sie bisher verstanden.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Bayram! – Dann wäre jetzt Herr Reinhardt wieder dran. – Bitte!

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Vielen Dank! – Ich versuche mal, ein bisschen Struktur in die aktuelle Situation zu bringen. Ich denke, wir haben drei Punkte, die wir als Schwerpunkte thematisieren. Der eine sind die Kontrollen der Mindeststandards der Verträge und der Situation in den Unterkünften, zweitens der Umgang mit dem Firmenkomplex PeWoBe und Gierso insgesamt, und das Dritte ist die Reaktion, also das, was passiert ist, nachdem die Vorwürfe bzw. die persönlichen Beziehungsverhältnisse bekannt waren.

Ich fange mal mit dem Dritten an. Ich finde es interessant, dass Sie jetzt gesagt haben, dass Sie, nachdem Sie Herrn Dohmen wiedergetroffen haben, Ihre Mitarbeiter informiert haben. Haben Sie denn mal überlegt: Wie kommt denn mein Patensohn eigentlich in diese Position? Der hat doch eigentlich mit dem Thema überhaupt nichts zu tun, und erzählt mir hier auch noch möglicherweise, dass er beim Golfen oder in einer anderen Situation den Herrn Pleß getroffen hat. – Haben Sie sich denn mal überlegt, welche Verflechtung es zwischen PeWoBe und Gierso gibt? Sie haben in den letzten Tagen zu Protokoll gegeben, dass das LAGeSo an dieser Stelle nicht aktiv geworden ist bzw. nicht Kenntnis davon hatte, dass der Gierso- und der PeWoBe-Firmenkomplex ein intensives Verhältnis miteinander haben und dass es sich letztendlich – ich sage das jetzt mal ganz platt – um einen großen Penz-Firmenkomplex handelt. Ich finde es sehr bemerkenswert, dass letztendlich überhaupt nicht versucht wurde, in Erfahrung zu bringen, was hinter den großen Unternehmen steckt, mit denen man Millionenverträge abschließt. Das finde ich erstaunlich, und das kann ich mir, ehrlich gesagt, nicht wirklich erklären, oder ich weiß gar nicht, ob ich mir wünschen soll, dass das stimmt, dass man gar nicht wissen wollte, wer hinter wem steckt, mit dem man Verträge schließt.

Ich will noch mal in Erinnerung bringen, weil Sie es komplett ausblenden: Gegen Herrn Pleß laufen elf Haftanordnungen. Herr Pleß hat Verträge unterschrieben, die das Landesamt für Gesundheit und Soziales mit der Gierso abgeschlossen hat. Informieren Sie sich überhaupt nicht über Menschen, mit denen das Landesamt Verträge abschließt, zumal die Person aus den Achtzigerjahre-Skandalen, Stichwortwort Garski, eigentlich bekannt sein sollte? Gleiches gilt für Penz. Auch diese Person ist nachhaltig bekannt, d. h. auch hier hätte man hellhörig werden und versuchen können herauszufinden, was dahinter steckt, ob es dort ein Geschäftsbaren gibt, das der Situation vielleicht nicht ganz angemessen ist.

Ich will noch mal betonen: Gierso und auch PeWoBe haben in den letzten Monaten, auch davor, intensiv versucht, Kritiker mundtot zu machen. Ich hatte schon gesagt, dass es Haus-

verbote gab. Sie haben sich dahinter gestellt, indem das Landesamt diese Hausverbote bestätigt hat und letztendlich in einem sogenannten Schiedsverfahren entschieden wurde, dass das Hausverbot gegen unglaublich bemühte Unterstützerinnen – – Ich habe gesehen, wie ein Mitglied dieser Initiative mit den Kindern in der Levetzowstraße umgegangen ist. Die waren außer sich vor Freude, dass sie sie wiedersehen konnten, nachdem sie monatelange wegen des Hausverbots nicht in das Gebäude rein und sich um die Kinder kümmern konnte. Wegen Kritik sind solche Menschen aus den Gebäuden der Gierso ausgeschlossen worden, und das Landesamt hat das gedeckt. Ebenso das Mundtotmachen von Kritikern, die sogar im internen Rahmen dezent Vorwürfe angesprochen haben, von denen sie selbst Zeuge waren, beispielsweise der Flüchtlingsrat. Auch hier wieder das Gierso-Unternehmen. All das hat das Landesamt mindestens gedeckt, aber vielleicht auch wissentlich mitgetragen.

Jetzt haben Sie gesagt: Innenrevision, Landesrechnungshof. Sie haben schon ein bisschen was dazu gesagt. Ich will noch mal auf einen Punkt eingehen, die Innenrevision. Sie hatten gesagt, Frau Heide ist jetzt nicht –, also da ist Herr Allert gerade nicht weisungsbefugt. Aber letztendlich ist er doch, nachdem der Revisionsprozess abgeschlossen ist, wieder weisungsbefugt. Das heißt, nach den zwei Wochen – Sie haben immer noch nicht gesagt, ob uns dieser Revisionsbericht zur Verfügung steht. Das steht hier noch im Raum. Letztendlich weiß ich nicht, wem das dann wie zur Verfügung gestellt wird –, nach diesen zwei Wochen ist sie dann wieder Herrn Allert unterstellt. Da fragt man sich doch ganz ehrlich – außer einer formalen Unabhängigkeit –, welche tatsächliche Form von Unabhängigkeit die Dame mitbringen soll, zumal mir zugetragen wurde, dass sie noch gar nicht angefangen hat, sich damit zu beschäftigen.

Dann haben wir den Landesrechnungshof. Ich versuche, das jetzt noch mal auf den Punkt zu bringen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe – – Korrigieren Sie mich, Herr Czaja – dazu müssen Sie zuhören und weniger auf dem Handy rumdaddeln – [Zurufe] –, wenn ich etwas falsch beschreibe: Der Landesrechnungshof wurde Ende 2013 umfassend informiert. Die Informationen müssten Ihnen auch zugegangen sein. Der Landesrechnungshof hat seitdem kein Ermittlungsverfahren angestrebt. Das haben wir im Sommer abgefragt. Da wurde gesagt, Sie hätten zu diesem Thema Firmenkomplex, Vergabe usw. kein Prüfungsverfahren gestartet. Der Landesrechnungshof hat bei Ihnen keine Akten angefordert, und der Landesrechnungshof hat jetzt – so habe ich das vorhin verstanden – auch mitgeteilt, dass er sich nicht in der Notwendigkeit sieht zu prüfen, weil ja die Staatsanwaltschaft ermittelt. Jetzt hat der Landesrechnungshof trotzdem von Ihnen die Akten bekommen. Für mich stellt sich ganz platt die Frage – ich habe ja auch eine umfangreiche Akteneinsicht bei Ihnen beantragt –: Haben Sie die Akten eigentlich in zahlreichen Kopien da, oder werden Sie uns in den nächsten Tagen sagen, dass die Verzögerung bei meinen Akteneinsichtsanträgen möglicherweise – ich male jetzt mal den Teufel an die Wand – daraus resultiert, dass die Akten gerade beim Landesrechnungshof liegen? Also, wird da jetzt geprüft oder nicht? Haben Sie genug Akten vorrätig, dass wir als Abgeordnete auch rein können und uns die Sachen angucken können, oder ist das so ein Ablenkungsmanöver, um letztendlich weiterhin unsere Anträge zu verzögern?

Dann drängt sich natürlich die Frage auf: Warum beauftragen Sie nicht jemanden, der sich wirklich in die Materie einarbeiten kann, der wirklich mit Korruptionsverdacht zu tun hat, beispielsweise die Antikorruptionsabteilung des Senats oder einfach eine externe Kanzlei, die man in der Regel an so einer Stelle beauftragt? Von den Institutionen, die Sie genannt haben, ist offensichtlich keine in dieser Form wirklich zuständig oder willens, dort Aufklärung zu leisten.

Der dritte Punkt: Sie haben noch mal darauf hingewiesen, dass Sie Beschwerden nachgehen. Unabhängig davon, dass ich gerade schon beschrieben habe, wie in den letzten Monaten mit Kritikern umgegangen wurde, gibt es immer noch kein Beschwerdemanagement. Sie können noch so sehr betonen, dass es angeblich eines gebe. Es gibt keins. Wenn sich Flüchtlinge beschweren, passiert nichts. Ich habe das selbst gesehen. Ich habe mit Leuten gesprochen, beispielsweise in der Späthstraße. Die sind hingegangen und haben gesagt: Ich beschwere mich, weil es kein warmes Wasser gibt. – Da wurde gesagt: Ja, danke! –, aber es ist nichts passiert. Die haben keinen Vermerk oder eine Notiz bekommen. Es wurde letztendlich nichts aufgeschrieben. Insofern lässt sich nur feststellen, dass es kein Beschwerdemanagement gibt. Es gibt keine Überprüfung des tatsächlichen Personaleinsatzes in den Unterkünften. Dazu haben Sie auch vorhin – wahrscheinlich explizit – nichts gesagt, weil Sie es einfach nicht wissen oder es nicht wissen wollen.

An der Stelle stellt sich schon die Frage, wie sich das Landesamt mit gutem Gewissen hier hinstellen kann – Sie hatten von zwischen 30 und 40 Kontrollen gesprochen. Alle diese Kontrollen sind erst in den letzten Monaten geschehen. Ich würde gern wissen, weil Herr Czaja in den letzten Wochen immer wieder betont hat, es gebe ein Umsteuern, die privaten Betreiber würden weniger bedacht – Nur, der Punkt ist ja: Sie haben die sechs Containerlager zu fünf Sechsteln an nicht private Betreiber vergeben, aber abseits davon machen Sie genauso weiter wie bisher. Sie haben schon wieder zwei Verträge an private Betreiber, wieder an PeWoBe und Gierso, erteilt. Insofern ist ein Umsteuern überhaupt nicht erkennbar, unabhängig davon, ob das die geeignete Maßnahme ist. Aber trotzdem: Was ist der Stand bei den Verträgen, die in den letzten Wochen erteilt wurden? Können Sie das noch revidieren? Können Sie da tatsächlich umsteuern, und wann geht das los? Bisher ist davon nichts zu sehen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Reinhardt! – Herr Thomas, bitte!

Heiko Thomas (GRÜNE): Herr Czaja! Das war ein süßer Vortrag über die Hierarchie in Behörden. Da kommen Sie leider nicht raus. Die politische Verantwortung haben Sie, und die haben Sie damit gerade auf sich genommen. Wenn Ihr Staatssekretär Ihnen etwas verheimlicht, können Sie nicht sagen: Das war mein Staatssekretär. – Dann haben Sie erstens den falschen Staatssekretär gehabt, und Sie hatten keine Autorität. Das allein ist schon ein merkwürdiger Vorgang. Insofern wird das nichts.

Bei der anderen Geschichte will ich gar nicht ins Detail gehen, sondern nur noch mal an Ihre Vorlage vom 29. September im Hauptausschuss erinnern, wo Sie uns sehr dezidiert mitgeteilt haben, wie die Verfahren bei der Unterbringung laufen. Ich bin davon ausgegangen, dass es ein ordentliches Verfahren gibt, das einzuhalten ist, selbst wenn es mal eilig ist. Wir reden nicht über die Notunterbringung, sondern über die normale Unterbringung. Da stehen Sachen drin wie Kostenermittlung nach DIN 276, Betreibervertrag mit Laufzeit von zwischen drei und zehn Jahren, da geht es um eine abschließend bearbeitete Baugenehmigung, da geht es um ein bestätigtes und abgenommenes Brandschutzkonzept, um Investitionsaufstellungen, um Unterlagen, zukünftige Gebäude- und Betriebshaftpflicht usw. Wir werden in aller Ruhe – offensichtlich nicht heute – weiter darüber zu diskutieren haben, ob diese Dinge, die Sie selbst vorgenommen haben – Sie haben die Frage noch nicht beantwortet, ob es in den letzten Jahren, abgesehen von der Preisfrage, auch andere Abweichungen vom Mustervertrag gegeben hat.

Herr Allert! Sehen Sie mir es bitte nach: Es geht mir jetzt gar nicht mehr um die Frage, ob Sie das gemacht haben oder nicht, sondern wir reden mittlerweile über die Frage, ob wirklich alles sauber gelaufen ist. Ich gehe davon bis zum jetzigen Zeitpunkt aus, um das direkt dazu zu sagen. Aber anders als bis vor ein paar Tagen habe ich mittlerweile das Gefühl, dass wir – vielleicht sogar ich selbst – in den letzten Monaten zu wenig hingeguckt haben. Das wird mir nicht mehr passieren. Insofern werden wir uns jetzt sehr genau jedes Detail anschauen müssen in den nächsten Monaten, denn darum wird es gehen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Thomas! – Frau Radziwill, bitte!

Ülker Radziwill (SPD): Vielleicht ist es ja ganz gut, dass Herr Büge nicht mehr Staatssekretär ist. Möglicherweise war er ja überfordert, sonst hätte er korrekterweise eigentlich einen Vermerk in der Verwaltung machen müssen. – Herr Allert hat für mich sehr klar darstellen können, dass er nicht nur persönlich betroffen ist, dass ihm das sehr nahe geht, sondern auch, dass er – so, wie er uns das hier dargestellt hat – zum richtigen Zeitpunkt das Richtige gemacht hat, nämlich sofort seine Verwaltung, sein Haus, seine Mitarbeiter zu informieren, damit ganz klar ist: So ist der Sachverhalt. Da ist eine Situation, für die ich persönlich nichts kann. – So entnehme ich das seinen Worten. Das ist nun mal so. Er hat da, glaube ich, korrekt gehandelt. Da muss man aufpassen.

Der letzte Beitrag von Herrn Reinhardt hat mich zu zwei Fragen bewegt. Einmal möchte ich von Herrn Allert gern wissen, inwieweit die sogenannten Hausverbote für bestimmte Unterstützer, die in den Einrichtungen der Gierso angeblich verhängt worden sind, vom LAGeSo – in Gänsefüßchen – gedeckt, unterstützt oder gewollt sind. Ich möchte gern wissen, ob an diesem Vorwurf irgendwas stimmen kann. Ergänzend möchte ich wissen, ob die Betreiber von Flüchtlingseinrichtungen rechtliche Möglichkeiten haben, Hausverbote zu erteilen und wenn ja, in welchem Kontext, und ob sie verpflichtet sind, diese Hausverbote, die sie erteilen, dem LAGeSo zeitnah oder sofort mitzuteilen. Wird darüber Buch geführt?

Die letzte Frage in dem Kontext: Gibt es eine Art Beschwerdestelle beim LAGeSo, an die sich die Flüchtlinge unabhängig wenden können? Das ist ja auch ein Vorwurf. Dazu können Sie uns sicherlich eine Antwort liefern, damit wir auch diese Fragen heute ordentlich abarbeiten und klären können.

Zu den Fragen, die wir heute hatten, bin ich der Auffassung, dass wir ausreichende Antworten bekommen haben – bis auf meine jetzt neu gestellten Fragen, dazu werden Sie sicherlich gleich antworten. Ich will es wiederholen: Mein persönlicher Eindruck, und ich habe kurz mit meinen Kollegen gesprochen, auch deren persönlicher Eindruck ist, dass Herr Allert uns sehr klar darstellen konnte, dass er korrekt gehandelt hat. Daran haben wir zurzeit absolut keine Zweifel. Ich habe mir die Situation jetzt mal vor Augen geführt: Was würde ich tun, wenn ich Herr Allert wäre, plötzlich mein Patenkind nach so vielen Jahren sehen würde, und als ich nach Hause gehen will, steht er plötzlich vor mir. Welches soziale Verhalten muss ich an den Tag legen? Unhöflich sein, sofort das Gespräch beenden, ihm den Eindruck vermitteln: Du bist mir völlig unerwünscht, geh weg! –, oder vielleicht auch nachzufragen: Wie ist dein Leben bisher verlaufen? – Ich weiß es auch nicht, aber die Frage ist doch, ob wir diese Situation bis ins Detail wissen müssen. Ist es nicht viel wichtiger, dass Herr Allert klarstellen kann, dass er korrekt gehandelt hat, dass es keinerlei Verwicklungen gibt und dass die unabhängige

Innenrevision das ausführlich kontrolliert, dass wir über den Landesrechnungshof und die Staatsanwaltschaft die Frage geklärt bekommen, ob es hier Verwicklungen gibt oder nicht? Wenn wir über diese Ebene bestätigt bekommen, was mein jetziger Eindruck ist, bin ich sehr zufrieden, so will ich es mal vorsichtig sagen. Ich denke, wir müssen und sollten auf jeden Fall auf die Ergebnisse dieser Innenrevision warten.

Ich fand es auch ganz gut, dass Herr Czaja vorhin einen Punkt erwähnt hat, der uns auch wichtig ist – die Sitzung am 26. November im Hauptausschuss. Herr Czaja, Sie haben klargestellt – ich habe mitgeschrieben –, dass auch dort diskutiert werden kann, unabhängig von der Frage, ob noch mehr Personal notwendig ist, wie viel und Ähnliches, inwieweit wir auch die Transparenz weiter verbessern können. Herr Allert hat es auch noch mal dargestellt, und wenn man sich die Protokolle anschaut, wird es auch sehr deutlich: Natürlich haben wir Verbesserungen im Bereich der Flüchtlingsunterkünfte – [Elke Breitenbach (LINKE): Bitte?] – in den letzten Jahren erreicht, aber wir haben teilweise aufgrund der jüngst schnell steigenden Zahlen auch Missstände, die uns nicht gefallen. Auch darüber haben wir hier immer offen und fair miteinander geredet. Natürlich möchten wir, dass es ganz schnell ganz wesentliche Verbesserungen gibt. Daran arbeiten wir auch gemeinsam, aber ich denke, es sind zwei verschiedene Sachverhalte, die wir in dieser ganzen Debatte ein Stück weit voneinander trennen müssen.

Aus unserer Sicht ist das Thema höchst sensibel. Wir brauchen auch die Akzeptanz in der Bevölkerung. Deswegen müssen wir die Ebenen bitte fein sortiert behandeln, nicht alles in einen Topf schmeißen, denn nur mit der Akzeptanz, mit der Unterstützung, mit der Hilfe aus der Umgebung, aus der Nachbarschaft können wir den Flüchtlingen sehr viel mehr helfen und sie unterstützen. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Ja, die wird ja rausgeschmissen, die Nachbarschaft!] – Herr Reinhardt! Deswegen habe ich diese Frage gestellt, und nicht aus allen Einrichtungen werden sie rausgeschmissen, sondern die Mehrheit der Einrichtungen ist sehr daran interessiert, dass die Unterstützung aus der Nachbarschaft reinkommt. Es ist ja auch ein Paradigmenwechsel. In der Form hatten wir es in jüngerer Zeit nicht mehr. Das muss auch wieder wachsen und verbessert werden. Deswegen ist es sehr wichtig, dass wir mit unserer Tonart, wie wir damit umgehen, sorgfältig umgehen.

Das waren meine Punkte. Wir nehmen uns als Koalition, als SPD-Fraktion, die notwendige Zeit, hierüber ausgiebig zu debattieren. Wenn weitere Sondersitzungen zur Aufklärung des Sachverhalts notwendig sind: Wir werden auf jeden Fall mit Ihnen gemeinsam daran arbeiten, dass wir hier mehr Transparenz bekommen, dass wir Aufklärung bekommen, dass die Vorwürfe aufgeklärt werden. Ich hoffe, dass das Landesamt für Gesundheit und Soziales recht schnell wieder in der Lage ist, weiterhin seine Arbeit gut zu machen, denn wir wissen alle, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort wirklich eine schwere Arbeit machen. Es darf nicht alles in einen Topf geschmissen werden. Da muss man die Ebenen fein sortiert auseinanderhalten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Dann wäre jetzt Frau Breitenbach an der Reihe. – Bitte!

Elke Breitenbach (LINKE): Um mal eins klarzustellen: Ich habe bis heute noch gar nichts dazu gesagt. Es interessiert mich überhaupt nicht, ob und wann sich Herr Allert um sein Patenkind gekümmert hat oder nicht. Mich interessiert auch nicht, wie es war, als das Patenkind vor ihm stand, was sie danach gemacht, gegessen und getrunken haben oder auch nicht. Mich

interessiert ein System, und dieses System hat dazu geführt, dass jetzt Vorwürfe im Raum stehen. Dafür gibt es eine Revision, es ermittelt eine Staatsanwaltschaft. Das erachte ich nicht als meine Aufgabe, um das hier ganz klar zu sagen. Ich habe auch überhaupt gar kein Interesse, Ihnen irgendwas zu unterstellen. Mir geht es um ein System und um eine Verantwortung, die dieser Senat – es wäre sehr schön, wenn die Piraten jetzt mal die Klappe halten könnten – und diese Koalition hat, die sich bislang einen Kehrriech darum gekümmert hat. – Das war eine einleitende Bemerkung.

Ich setze mal bei der Frage der Kollegin Radziwill an – [Ulker Radziwill (SPD): Bei Rot-Rot haben wir auch nachgefragt!] – – die Kollegin Radziwill kann sich jetzt melden –, und erweitere die Frage. Vorhin haben schon mehrere gesagt, dass nicht nur die engagierte Zivilgesellschaft und Unterstützerinnen und Unterstützer rausgeflogen sind, auch wir Abgeordneten. Ich möchte gern von dem politisch Verantwortlichen, Herrn Czaja, wissen, ob Sie weiterhin daran festhalten, dass wir als Abgeordnete auch in Zukunft keinen Zutritt mehr in die Berliner Flüchtlingsunterkünfte haben, ohne uns vorher angemeldet zu haben. Ich sage Ihnen noch mal: Wenn uns dort aufgezählt wird, was alles nicht funktioniert, und wir melden uns vorher an, garantiere ich Ihnen, dass danach alles funktioniert. Ich kann Ihnen sagen: Immer, wenn wir unangemeldet da waren, gab es genug Missstände, die wir Ihnen mitgeteilt haben. Ich würde gern wissen, ob Sie daran festhalten, dass Sie uns in Zukunft diesen Zutritt ohne Anmeldung weiterhin verwehren. – Das war das eine.

Das Zweite: Herr Allert! Ich hatte nicht gefragt, wie wir Qualitätsstandards weiterentwickeln, bin aber sehr froh, dass zumindest der Senator und Sie auch gesagt haben, es gebe eine Offenheit – es liegen hier ja auch Anträge vor; vielleicht diskutiert, beschließt man die, schreibt die um; es ist mir schnuppe, was die Koalition macht, aber es gibt Vorschläge –, sondern der Punkt war: Es gibt Standards, irgendwie unterschiedlich, man weiß nicht so genau, aber die werden nicht eingehalten. Wenn wir von Standards reden, dann reden wir von funktionierenden Duschen, von Toilettenpapier auf Toiletten, das nicht weiterhin in Rationen eingeteilt wird, dann reden wir davon, ob es Seife in den Toiletten gibt oder ob Sanitärräume von außen abgeschlossen sind und ich zu irgendeinem Wachmann gehen muss wie ein kleines Kind und sagen muss: Ich muss mal pullern. Kann ich mal den Schlüssel haben? – Von solchen Standards reden wir. Da getraue ich mich gar nicht, den Begriff Standards zu verwenden.

Jetzt sagt Herr Czaja: Immer, wenn Sie mir was gesagt haben, haben wir darüber geredet. Wie es weiter verfolgt wurde, weiß ich nicht. – Ich weiß das übrigens auch nicht. – [Senator Mario Czaja: Doch!] – Nein, Sie fragen immer, warum wir von der Levetzowstraße reden.

Ich mache das noch mal deutlich: Sie haben Briefe gekriegt, Sie haben schriftliche Mitteilungen gekriegt vom Flüchtlingsrat – also wir nennen hier jetzt auch mal Ross und Reiter –, aber auch von den Unterstützerinnen, zu angeblich vereinbartem Personal, das dort, vertraglich festgelegt, eingestellt sein muss, was es dort nicht gibt. Und das Land bezahlt immer weiter. Ich habe entweder jetzt nicht richtig verstanden, was Sie erklärt haben, wie das weiterverfolgt wird, wie Sie gehandelt haben, aber vielleicht kann man es mal an einem Beispiel deutlich machen. Ich kann nur sagen, es war, glaube ich, in einem Artikel der „taz“, wo beim LAGeSo nachgefragt wurde: Warum haben Sie keine Rückforderung angefordert, wenn es sieben Monate die vereinbarte Kinderbetreuung nicht gab? – Da hat angeblich ein Mitarbeiter des LAGeSo gesagt, wir hätten gern irgendwie eine gute Arbeitssituation mit den Betreibern. Das ist der eine Punkt.

Und jetzt komme ich noch mal zu diesen Belegungssätzen. Ich habe nur irgendwelche Zahlen. Die habe ich nicht von Ihnen, ich weiß also nicht mal, ob die stimmen. Ich habe Ihnen aber konkrete Zahlen genannt. Dass Herr Czaja das nicht aushandelt, das weiß ich auch. Dass Herr Gerstle das nicht aushandelt, das weiß ich auch. Ich gehe auch davon aus, dass Sie nicht jeden Vertrag aushandeln. Aber zu sagen: Na ja, das machen meine Mitarbeiter, weiß ich irgendwie auch nicht –, finde ich jetzt eigenartig. Ich habe ein Jahr in dieser Verwaltung gearbeitet. Ein Jahr, wo ich Zuarbeiten für das Grußwort meiner damaligen Senatorin gebraucht habe. Das ging eine Riesenhühnerleiter hoch und eine Riesenhühnerleiter runter, und jeder hat geprüft, ob da wichtige Dinge drin stehen. Aber Verträge mit Betreibern, wo es um Millionen Euro geht, werden nicht geprüft? Das kann doch nicht sein. Da muss doch irgendjemand mal gucken – stimmen denn diese Belegungssätze oder stimmen die nicht? Und da würde ich gerne wissen, wo die Stelle ist und wie das gemacht wird.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Herr Senator! Sie haben Gelegenheit zu antworten.

Senator Mario Czaja (SenGesSoz): Gefragt wurde: Wie viele Einrichtungen mit der PeWo-Be gibt es derzeit? Die Frage wird Herr Allert beantworten. – Die Frage, die Sie gestellt haben, ist noch, ob nicht eine höhere Ebene – – Frau Bayram hat die Frage vorhin mal gestellt, aber jetzt ist sie noch mal von einem der beiden Piraten gestellt worden. Die Frage „Antikorruptionsarbeitsgruppe in einem anderen Bereich“ – das war Ihr Hinweis –. Das ist geregelt, wie das funktioniert, und zwar in der Arbeitsanweisung für die Tätigkeit der Innenrevision im Bereich der Korruptionsprävention und -bekämpfung: „... ist bei Korruptionsfragen die Innenrevision einzuschalten.“ – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Wäre mal eine Überlegung!] –

Und dann gibt es einen Passus, den können wir Ihnen gerne zukommen lassen, über Befugnisse, und in diesen Befugnissen steht drin, dass die Prüferin berechtigt ist, eigenständig und initiativ Kontakt zu anderen Berliner Antikorruptionsarbeitsgruppen aufzunehmen, soweit sie dies für erforderlich hält, und auch Sachverhalte weiterzugeben, wenn sie dies für erforderlich hält. Damit ist das Verfahren eindeutig geregelt. Und es kann ein Teil einer Stufe sein, sofern ich es richtig verstehe, dass man es auch an jemand anderes weitergibt oder andere einbindet. Dafür gibt es eine Arbeitsgemeinschaft dieser Bereiche aus den jeweiligen Verwaltungen, die da für Korruptionsbekämpfung zuständig sind. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Und dafür hat sie jetzt drei Wochen Zeit, oder was?] – Sie hat die Unterlagen erhalten und hat Herrn Gerstle gegenüber vor einer Woche mitgeteilt, dass sie in ca. drei Wochen ein Ergebnis dazu erwartet. Ich werde keinen Einfluss auf die Geschwindigkeit der Überprüfung nehmen und werde sa-

gen, jetzt muss das aber nächste Woche fertig sein. Dann würden Sie sagen, er hat Einfluss genommen, jetzt haben wir keinen vollständigen Bericht usw.

Aber eins ist klar: Soweit ich informiert bin, sind die Akten, die zum Landesrechnungshof gehen sollten oder gegangen sind, gehen –, werden dort in ihrem Bereich kopiert. Es handelt sich um eine Fülle an Akten – ich hatte es auch irgendwo aufgeschrieben. 30 Akten, glaube ich, PeWoBe und noch mal 25 Akten Gierso, und diese Akten müssen dafür erst kopiert und weitergegeben werden. Das dauert natürlich einen Moment, um die Prüfung da vorzunehmen. Wie lange die Einheiten brauchen, darauf werde ich keinen Einfluss nehmen, aber die Akten sind jedenfalls im LAGeSo vorhanden, falls Sie die Frage der Einsicht dazu gestellt haben. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Ja, wann können wir denn Einsicht nehmen?] – Dazu wird man Ihnen mit Sicherheit von der Verwaltung die rechtmäßige Antwort geben, wann so was möglich ist und wie das möglich ist. Das Informationsfreiheitsgesetz, Herr Reinhardt, haben wir in Hülle und Fülle ordnungsgemäß in unserem Haus angewandt. Sie haben schon sehr häufig bei uns im Haus Akteneinsicht beantragt. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Sie verwechseln gerade zwei Sachverhalte!] – Selbst wenn Sie nichts miteinander zu tun haben, haben Sie die Akteneinsichtswünsche, die Sie erbeten haben, erhalten. Und das wird auch hier so der Fall sein.

Die anderen Abweichungen vom Mustervertrag, die Herr Thomas angesprochen hat, diese Frage müsste Herr Allert beantworten. Ansonsten müssen wir sie noch mal auflisten und diese Frage an die Innenrevision erweitern. Wir werden sicherlich auch heute, aus dem Ergebnis dieser Beratung, noch Fragen haben, die wir dann an die Innenrevision weiterleiten. So eine Frage wäre eine von uns an die Innenrevision, ob es Abweichungen von Verträgen gegeben hat. Das kann man bei den 48 Betreibern relativ einfach auflisten: Wo ist der Standardvertrag angewandt, und wo hat es Abweichungen an welcher Stelle gegeben? – Das müsste nachvollziehbar sein. – [Canan Bayram (GRÜNE): Ja!] –

Zur Beschwerdestelle wird Herr Allert antworten.

Zu der Frage des Zugangs: Sie wissen, Herr Taş, dass Ihr Kontrollrecht als Abgeordneter sich nicht auf die Einrichtung der Flüchtlingsheimbetreiber erstreckt. Trotzdem ist es unser Wunsch, dass Sie jederzeit die Möglichkeit haben, die Einrichtung besuchen zu können. – [Hakan Taş (LINKE): Unangemeldet!] – Wir haben dafür ein Verfahren verabredet, damit die Heimbetreiber darüber auch informiert werden können, dass bis mittags zum Vortag eine Information an das LAGeSo erfolgt. Dies ist das Verfahren, was wir verabredet haben. – [Hakan Taş (LINKE): Ist ein Vorschlag von Ihnen!] – Es ist ein Verfahren, was wir intern verabredet haben, um es Ihnen vorzuschlagen. Genau! Damit haben Sie jederzeit die Möglichkeit, am Folgetag die Einrichtung zu besuchen, wenn vorher das LAGeSo bis mittags informiert wurde. Ich glaube nicht, das ist im Rahmen des Verfahrens auch sinnvoll –, die Heimbetreiber müssen das auch wissen, es macht ja auch gar keinen Sinn, wenn Sie da auftauchen und es ist gar kein entsprechender Ansprechpartner vorhanden. – [Zuruf von Hakan Taş (LINKE)] – Das ist das Verfahren, was wir dazu vorgeschlagen haben, und ich glaube nicht, dass das daran hindert, dass Sie da in die Heime reinsehen können. Das Kontrollrecht der Abgeordneten erstreckt sich nicht auf die Frage der Betreiber, sondern – – – [Zuruf von Fabio Reinhardt (PIRATEN)] – Ja, deswegen ermöglichen wir es ja auch, Herr Reinhardt!

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Herr Allert, bitte! – [Christopher Lauer (PIRATEN): Ich hatte noch eine Frage gestellt!] –

Senator Mario Czaja (SenGesSoz): Ich bin beeindruckt, Herr Lauer, dass Sie Ihre Frage nie vergessen. – [Christopher Lauer (PIRATEN): Ich bin beeindruckt, dass Sie sie schon zwei Mal nicht beantwortet haben!] – Es tut mir leid! Sie steht hier auch. – Es gibt keine Anweisungen aus der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales an das LAGeSo, dass keine Verträge mit Gierso oder PeWoBe abzuschließen sind. – [Christopher Lauer (PIRATEN): Und innerhalb des LAGeSo auch nicht?] –

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Herr Allert, bitte!

Franz Allert (LAGeSo): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich versuche jetzt, die ausstehenden Fragen noch weiter zu beantworten. Herr Abgeordneter Thomas, ich bedauere, dass ich vorhin den Mustervertrag vergessen hatte. – Das waren die Hinweise, wenn ich irgendwas noch mal vergessen habe, bitte ruhig nachfragen. – Das müssten wir im Detail natürlich auflisten. Dieses Vertragsmuster ist ein Vertragsmuster, was grundsätzlich so angewendet wird, sich aber auch in den letzten Jahren verändert hat. Das heißt, es muss natürlich das jeweilige Vertragsmuster genommen werden. Diese Frage kann ich Ihnen heute beim besten Willen nicht beantworten, weder für die Verträge PeWoBe, Gierso noch für irgendwelche anderen Verträge, weil ich diese Verträge eben, ich wiederhole es noch mal, im Detail auch nicht kenne, weder unterschrieben habe, noch bei den Verhandlungen dabei bin. Das müsste ich in Auftrag geben. Im Übrigen komme ich persönlich an diese Verträge auch zurzeit gar nicht ran, aber das kann sicherlich gemacht werden. Wenn das gewünscht wird, dann wird das vielleicht, weiß ich nicht, im Rahmen der Revision oder hinterher, aufgelistet, je nachdem, wie es da gewünscht wird, aber das können wir natürlich machen. Sie sind nicht so verhandelbar, dass jetzt grundsätzlich ein ganz anderer Vertrag dabei rauskommen kann, das nicht, sondern da geht es natürlich nur um einrichtungsspezifische Details, die vielleicht eingetragen werden müssen oder vielleicht auch dabei verändert werden müssen.

Die Frage zu Herrn Dohmen und was da im Detail abends noch besprochen worden ist, werde ich Ihnen nicht beantworten. Ich hatte auch nicht den Eindruck, dass das den Ausschuss insgesamt interessiert. – [Christopher Lauer (PIRATEN): Ja, aber mich!] – Ja, das mag sein! Irgendwo beginnt aber auch die Privatsphäre, die zu schützen ist. Ich habe noch ein paar andere Dinge dabei, und das – mit allem Verlaub, und ich entschuldige mich schon jetzt dafür – geht Sie nichts an. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Ja, super!] – Ja, an der Stelle muss ich das auch deutlich sagen. Ansonsten beantworte ich Ihnen gerne alle Fragen, Herr Lauer, wenn Sie mich ausreden lassen, dann können Sie auch meine Antworten verstehen. Leider werden nicht alle Antworten sozusagen aufgenommen, und deswegen gebe ich die eine oder andere sicherlich gerne auch noch zu einem zweiten Mal.

Aber ich möchte hier ein Stück weit abarbeiten. Frau Bayram, die gesetzlichen Aufgaben, das Kontrollrecht haben Sie angesprochen: Sollten Sie mich in irgendeiner Weise, weil Sie mich auch dann immer angeguckt haben, so verstanden haben, dass ich dieses gesetzliche Fragekontrollrecht in irgendeiner Weise infrage stellen würde, dann hätten Sie mich völlig missverstanden. Ich glaube, ich habe mich dazu aber auch gar nicht geäußert. Selbstverständlich, und das wissen Sie wie viele andere auch, besteht auch über ein solches Frage- und Kontrollrecht

hinaus jederzeit die Möglichkeit, mich zu Dingen dabei zu fragen. Und die beantworte ich ja auch, das habe ich bisher so gemacht und auch immer so praktiziert – selbstverständlich.

Aber: Ich habe auch Aufgaben – weil das ja angesprochen worden ist. Es gibt keine, ich betone das nochmal, keine gesetzliche Verpflichtung oder in irgendeiner Weise einen Hinweis, dass ich meine Aufgaben ruhen lassen müsste dabei. Ich habe – im Gegenteil – eine Verpflichtung, meine Aufgaben auch wahrzunehmen. Es gibt keine irgendwie substantiierten Vorwürfe für eine nicht ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung. Und deshalb ist es in meinem Selbstverständnis geradezu richtig und notwendig, auch weiterhin gemeinsam mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diese Aufgabe, die für mich wichtig ist – das ist für mich nicht nur irgendeine formal zu erledigende Aufgabe, sondern ich bin seit vielen Jahrzehnten in diesem Bereich tätig –, da ist es für mich auch wichtig, diese Aufgabe weiterhin zu erfüllen und auch an der Seite meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stehen, denn es gibt nichts, was dem entgegensteht, rechtlich oder in irgendeiner anderen Art und Weise. Vorwürfe, die in einer Berliner Boulevardzeitung erhoben worden sind und der Auslöser waren, sind für mich nicht der Auslöser, meine Aufgaben nicht mehr wahrzunehmen. Und deshalb nehme ich diese Aufgaben auch weiterhin mit großem Engagement wahr und werde auch weiterhin dafür sorgen, dass nach Möglichkeit eine gute und bestmögliche Versorgung von Flüchtlingen hier in Berlin erfolgt, so es denn irgendwie möglich ist und ich dazu auch etwas beitragen kann.

Zu den Fragen – weil das von Ihnen, Herr Reinhardt, auch noch mal, ich glaube, nicht nur durchklang, sondern auch direkt noch mal gefragt worden ist –: Reaktionen auf Kontrollen. Und es ist ja auch explizit noch mal, ich weiß es jetzt nicht mehr genau, von wem, ob Sie das waren oder jemand anders, zum Beispiel vom Flüchtlingsrat – hatten Sie das gesagt? – [Senator Mario Czaja: Herr Reinhardt!] – Herr Reinhardt! Ja, wir hatten zum Beispiel eine – ich nehme das gerne auf dabei – Veranstaltung in der Markthalle in Moabit, bei der auch ein Vertreter des Flüchtlingsrats dabei war, der sozusagen erst mal noch allgemein diese Hinweise geäußert hatte und dann hinterher zu mir gesagt hat: Na ja, aber Sie wissen doch, wir haben da ganz konkrete Hinweise dabei. – Da habe ich gesagt: Dann schreiben Sie dir mir, und dann gehe ich denen auch nach. – Das hat er auch getan. Und zwischen dem Eingang des Schreibens und der schriftlichen Aufforderung, zu all dem auch Stellung zu nehmen, sind vier Tage vergangen. Ich habe mir das noch mal in meinen Unterlagen und Notizen angeguckt, die ich mir nach dieser Veranstaltung gemacht habe. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Und nach der Veranstaltung hat er eine Unterlassungserklärung von der Gierso bekommen!] – Nein! Überhaupt nicht! Also, Entschuldigung, das bringen Sie völlig durcheinander. Das ist auch nicht mal ansatzweise zeitlich richtig. – Aber diese Veranstaltung, ich habe jetzt den Zeitpunkt nicht mehr im Kopf – Herr Isenberg hat den vielleicht im Kopf, weil es nämlich eine Veranstaltung der SPD war, bei der ich mich zu dieser Thematik und zu anderen Flüchtlingsproblemen auch, wie immer, gerne öffentlich geäußert und diskutiert habe. Es wurde dem unverzüglich, wirklich unverzüglich nachgegangen, und ich sage es noch mal, weil es verschiedentlich immer wieder gesagt wird, als ob da nichts geschehen sei: Es sind 70 000 Euro – ich habe es vorhin schon einmal gesagt, ich betone das noch mal – als Ergebnis dieser Prüfungen dabei wieder verrechnet worden. Wir sind dem nachgegangen. Und zwar wird tagesweise sogar aufgeschrieben, denn Sie haben die Verträge ja da und Sie kennen dadurch das Verfahren, wie lange eine Stelle sozusagen unbesetzt bleiben kann und ab wann dann auch eine Verrechnung stattzufinden hat. Und genau nach diesem Muster wird auch verfahren. Ich lasse mir oder meinen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern nicht immer wieder unterstellen,

dass sie das nicht tun würden. Das wird auch nicht wahr, indem Sie es immer wieder behaupten, weder hier noch an anderer Stelle. Ich sage das noch mal ausdrücklich: Wir sind dem nachgegangen, und es gab auch Konsequenzen.

Nicht jeder Hinweis ist für uns leider auch beweisbar. Das ist so. Und wenn ich auch manchmal in der Zeitung oder in Nachrichtensendungen so Hinweise höre – und Sie hatten vorhin auch eins wieder angesprochen, das mit den Haftanordnungen, warum wir denen nicht nachgegangen sind, warum wir das nicht berücksichtigt haben – Das Erste, worum ich eigentlich immer bitten würde, ist, wenn es derartige Informationen gibt, mir die auch mitzuteilen und nicht erst in irgendwelchen Veröffentlichungen oder in den Medien und dann sagen: Warum hat er nichts gemacht? Mir mitteilen! Wir haben ja auch in anderen Bereichen solche Fragen und Thematiken, auch zum Beispiel von Mitarbeitern, weil das ja auch so ein Thema war. Und auch das habe ich in einer Nachrichtensendung gehört. Ich muss sagen, ja, wenn Mitarbeiter sich entsprechend äußern und konkrete Vorwürfe haben – dann bitte an uns wenden! Wir haben große Erfahrungen damit, auch dieses anonym zu belassen, weil wir das nämlich in der Heimaufsicht auch schon gemacht haben. Wenn es Mitarbeiter gibt, die sagen: Ich habe da aber ein Problem, da ist ein Missstand, oder ich möchte mal auf dieses oder jenes hinweisen, aber ich traue mich nicht, das öffentlich zu sagen, etc. –, dann können sie auch zu uns kommen. Aber wenn ich das nicht weiß oder wenn meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das nicht wissen, können wir dem auch nicht nachgehen. Und wir müssen es natürlich auch immer beweisbar haben. Das ist für uns natürlich auch ein Problem. Mindestens werden wir aber in bestimmten Bereichen noch stärker sensibilisiert. Aber geben Sie uns doch die Information – ich spreche jetzt nicht Sie direkt an, sondern insgesamt –, geben Sie uns die Information! Enthalten Sie uns die nicht vor und sagen: Warum haben Sie da nichts gemacht?

Mir ist nicht bekannt – ich habe es gestern auch irgendwo gehört, gelesen, gesehen –, wie viele Haftanordnungen, ich habe mir das noch mal notiert, gegen Herrn Pleß existieren. Ich weiß es nicht dabei. Ich kann es auch nicht automatisch wissen, und wir müssen auch nicht bei jedem Betreiber sozusagen immer irgendwie eruieren – – – [Zuruf von Fabio Reinhardt (PIRATEN): Bundeszentralregisterauszug!] – Ja, müssen wir auch verstärkt offensichtlich das ein oder andere noch machen. Aber wenn Sie die Information im konkreten Fall haben, geben Sie sie uns. Dann können wir die auch dabei verwerten.

Zum Thema Hausverbote, ob es Anordnungen gäbe, und wie wir uns dazu stellen. Es wird, so habe ich den Eindruck – vielleicht missverstehe ich das ja –, unterstellt, dass grundsätzlich bei den Einrichtungen zum Beispiel von Gierso und PeWoBe es für Unterstützer Hausverbote geben würde. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Habe ich doch gar nicht gesagt!] – Ich sage, dieser Eindruck ist bei mir entstanden und dass dieser Eindruck erweckt wird –, sondern es geht offensichtlich nur um die Levetzowstraße. Oder geht es auch um andere dabei? Wir haben – auch gemeinsam, denke ich – sehr gute Erfahrungen auch mit Einrichtungen von Gierso und PeWoBe. Es ist nicht so einfach – – [Zuruf Fabio Reinhardt (PIRATEN)] – Gestatten Sie bitte! – Es ist nicht so einfach, zum Beispiel die Einrichtung in der Carola-Neher-Straße, Maxie-Wander-Straße nach all den Ereignissen, die es da gab, ordentlich zu führen. Es gibt dort, Gott sei Dank, eine große Unterstützerszene. Es gibt großes Engagement sowohl des Bezirks, der Volkshochschule, der Alice-Salomon-Hochschule und vieler anderer dabei, die gut und vertrauensvoll auch mit der dortigen Heimleitung zusammenarbeiten. Es handelt sich um ein Heim der PeWoBe, wie wir alle wissen. Es gibt auch gute Erfahrungen. Man darf und soll – und ich darf das auch nicht – nicht alles immer über einen Kamm scheren und sagen, da gibt

es schlechte Erfahrungen, jetzt darf mit dem Betreiber grundsätzlich nichts mehr gemacht werden. Wenn Sie mich zu so etwas auffordern würden, dürfte ich dem nicht nachkommen, weil es rechtswidrig ist. Es gibt ein Diskriminierungsverbot. Ich darf das gar nicht, sondern es muss im Einzelfall begründet sein. Das heißt, all solche Dinge müssen von uns auch berücksichtigt werden, und ich bitte, das einfach auch mal zur Kenntnis zu nehmen. Oder die Soorstraße in Charlottenburg – war auch sehr schwierig. Da gibt es auch viele gute Kontakte. Die Einrichtung gehört einer privaten Immobiliengesellschaft, Betreiber dort ist die Gierso. Es gibt unterschiedliche Erfahrungen. Damit darf man das andere nicht irgendwo einfach verkleistern und da bin ich auch der Letzte. Wir gehen all den Dingen nach, und wir werden auch Konsequenzen daraus ziehen. Wir haben schon Konsequenzen gezogen, und wir werden auch noch mehr Konsequenzen ziehen, dort, wo es notwendig ist. Und ich bitte noch mal darum: Wenn Sie Informationen haben, die dazu führen, dass wir Konsequenzen ziehen müssen, erhalten Sie uns die nicht vor, sondern geben Sie uns diese dann auch fundierten Informationen. Darum möchte ich Sie ganz herzlich auch wirklich bitten. Das sage ich nicht nur so, das meine ich auch so.

Das hat nämlich auch etwas zu tun mit der Einhaltung der Standards, Frau Breitenbach. Natürlich, immer wieder, wenn Sie sozusagen auf das Schlimme gehen, auf die Einrichtungen, die wir gemeinsam kennen, die nicht okay sind, kann ich immer wieder nur sagen: Ja, ich möchte die auch schließen. – Bisher konnte mir noch keiner eine Alternative nennen. Ich bemühe mich auch mehrfach darum. Und die anderen, die normalen, die laufen, die weitaus überwiegende Anzahl, hat sehr wohl Standards, die Sie kennen, die weiterentwickelt worden sind und die auch eingehalten werden, wo es gar keine Probleme damit gibt. Die Dinge, die Sie genannt haben, sind schlimm. Und an der einen oder anderen Stelle haben Sie noch nicht mal die Worte verwendet, die ich intern dafür verwendet habe. Das muss abgestellt werden. Da gibt es auch gar kein Vertun. Da gibt es auch gar keine, glaube ich, gegenteilige oder gegensätzliche Beurteilung der Dinge. Aber ich sage noch mal: Einrichtungsbezogen machen wir etwas. – Insgesamt einfach zu sagen, ja, nein, das gibt es, das gibt es nicht – so einfach funktioniert es nicht oder leider nicht – das ist sicherlich Ihrer Einschätzung überlassen.

Eine Sache bin ich noch gefragt worden, ich sollte noch sagen, wie viele Heime es von der PeWoBe und der Gierso gibt. Es gibt, wenn ich mich jetzt nicht verzählt habe, sieben Einrichtungen von der PeWoBe mit rund 2 200 Plätzen und fünf Einrichtungen der Gierso mit 870 Plätzen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Herr Allert! – Herr Reinhardt, Sie hatten sich noch mal gemeldet? Ich möchte daran erinnern, wir sind jetzt in der vierten Stunde, und irgendwann müssten wir dann auch mal zum Schluss kommen. – Bitte!

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Ich mache es jetzt auch ganz kurz. Nach den Statements von Senator Czaja und Herrn Allert kann man, glaube ich, noch mal eine ganz kurze Zusammenfassung machen. Erstens: Ich finde es interessant, dass Sie jetzt lang und breit etwas zu dem Patensohn, Herrn Dohmen, erzählt haben, aber weder der Senator noch Sie, Herr Allert, haben in irgendeiner Form gesagt, ob Sie in irgendeiner anderen Art und Weise mit Geschäftsführern oder mit Führungsmitgliedern des PeWoBe-Gierso-Komplexes zu tun hatten. – [Zuruf von Senator Mario Czaja] – Und dann finde ich es, ehrlich gesagt, ein bisschen unverständlich, dass Sie uns jetzt erzählen, wir sollen Ihre Arbeit machen. Wir sollen mal nachforschen, was mit den Unternehmen ist. Ich nehme jetzt erst mal zur Kenntnis, dass Sie bis zu dieser

Kalenderwoche angeblich nicht wussten, dass PeWoBe und Gierso eng zusammengehören, was ich, ehrlich gesagt, schon ziemlich grotesk finde. Und dann sollen wir Sie noch über irgendwelche Haftanordnungen informieren oder über irgendwelche Firmenkomplexe, die da auf komische Art und Weise zusammenarbeiten. Das ist nicht unsere Aufgabe. Sie haben kein funktionierendes Beschwerdemanagement. Das habe ich Ihnen schon gesagt. Und dem haben Sie letztendlich auch nichts entgegengesetzt. Und dass jemand vom Flüchtlingsrat Sie persönlich auf einer Veranstaltung treffen muss, damit mal eine Beschwerde irgendwo auch den Empfänger trifft und man auch mal aktiv wird – so hat sich das grad angehört –, das hört sich ja von hier schon skandalös an. Letztendlich haben Sie gesagt, dass man, wenn man Sie nicht gerade auf einer Veranstaltung trifft, möglicherweise gar keine Chance hat, da mal irgendwie durchzukommen.

Aber nachdem schon, wie ich eben beschrieben habe, die Initiativen ausgesperrt wurden, die Kritiker mundtot gemacht wurden usw. und Sie jetzt sagen: Warum haben Sie mich nicht eher informiert? – Also, Entschuldigen Sie mal bitte! Erstens ist das gar nicht meine Aufgabe, und zweitens gab es genug Leute, die sich mit Informationen an Sie gewandt haben, die Sie anscheinend komplett ignoriert haben. Und jetzt sagen Sie auch noch: Ja, warum haben die nichts gesagt! Das ist ja wohl wirklich zynisch.

Noch mal: Es gibt diesen Firmenkomplex, der mithilfe von Subunternehmen, mit einem Unternehmen, was irgendwo in der Schweiz sitzt –, das kann man alles schön diesem Organigramm entnehmen, was da gestern Abend in Frontal 21 lief, wenn man das mal so ein bisschen in Slow Motion guckt. Und dafür haben Sie sich einfach nicht interessiert. Und jetzt kommen Sie und sagen: Oh, da gibt es ja irgendwelche Erkenntnisse, dann gucken wir mal nach. – Und vorher haben Sie halt gesagt: Na ja, da war offensichtlich keine direkte Information –, aber Sie haben sich auch nicht proaktiv informiert. Und selbst nachdem sich Ihr Patensohn da vorgestellt hat und irgendwie beim Golfen ausgewählt wurde, obwohl er mit dem Thema nichts zu tun hatte, haben Sie auch nicht mal die Idee gekriegt, mal zu gucken, was denn mit diesen komischen Unternehmen los ist, über die es ständig Beschwerden gibt, die einstweilige Verfügungen wegen Kritik erlassen usw.

Ich halte jetzt noch mal fest: Die eigentliche Frage, wie sich die Tagessätze zusammensetzen, auf welche Art und Weise letztendlich diese Kalkulationen zusammenkommen, können wir nicht bewerten. Wir kennen die Kalkulation nicht. Sie geben die nicht raus, und ich weiß auch nicht, wann wir endlich mal diese Akteneinsicht kriegen. Insofern lässt sich für uns überhaupt nicht nachvollziehen, ob es irgendwelche Bevorzugungen oder irgendwelche Vorteilsnahme gegeben hat. Wir stehen da und sagen, das hört sich alles irgendwie fishy an. Aber solange Sie uns nicht mal die Kalkulationen geben, können wir nicht beurteilen, was da eigentlich gerade vorgegangen ist und können halt nur sagen, dass die Gierso offensichtlich höhere Tagessätze bekommt als andere. Sie sagen ja selbst, Sie haben kein Interesse gehabt, mal proaktiv nachzuschauen, insofern lässt sich hier auch nicht wirklich nachvollziehen, ob Sie da überhaupt ein Interesse an Aufklärung haben oder ob Sie da überhaupt mal irgendwie bei Ihren Geschäftspartnern näher hinschauen. Elf Haftanordnungen waren ja anscheinend auch noch keine Motivation, mal irgendwie nachzuschauen, was da eigentlich mit diesen Unternehmensgrößen ist, die aus zahlreichen Skandalen der Vergangenheit berlinweit und bundesweit bekannt sind. Aber wenn Sie das schon nicht interessiert, dann kann ich mir auch nicht vorstellen, dass Sie irgendwas interessiert, nachdem diese Sitzung vorbei ist.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Frau Bayram, bitte!

Canan Bayram (GRÜNE): Ich versuche es kürzer, versprochen! – Nach dieser Sitzung heute wurden teilweise zu Dingen – als Antworten – Stellung genommen, die bei mir wieder neue Fragen ausgelöst haben. Aber ich habe nicht den Eindruck, dass wir es in dieser Runde heute fortgesetzt bekommen. Deswegen mein dringender Appell, mir schnell meine von mir seit letzter Woche Donnerstag beantragte Akteneinsicht zu gewähren, damit ich mich selbst von dem einen oder anderen überzeugen kann. Insbesondere bleibt für mich der Hinweis auf den Brief, in dem 30 000 Euro Steuergelder verschenkt werden, unbefriedigend beantwortet. Egal, ob das was mit Herrn Allert zu tun hat oder nicht, ich will das aufgeklärt wissen. Wenn das nur der Weg war, in dem wir ein Geschäftsgebaren aufdecken, was da in der Verwaltung läuft, dann ist auch das für uns Abgeordnete von Interesse.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Vielen Dank, Frau Bayram! – Herr Isenberg, bitte!

Thomas Isenberg (SPD): Ich stelle fest, es gibt hier offensichtlich einen Piratenkomplex, wenn es Komplexe gibt, über die man reden muss. – [Ach! von den Piraten] – Ich erkenne auch, Frau Bayram, kein Systemversagen, wie es eben konstatiert wurde. Und natürlich gibt es spannende Fragen. Die sind ja beantwortet worden. Weiteres wird nachgereicht. Und ich möchte explizit sagen, ich erwarte, dass jetzt auch nicht notwendige Maßnahmen unterlassen werden, sodass sich das kompetente Amt hier auch weiter an Geschäftsprozessen beteiligt wie beispielsweise die Errichtung der notwendigen Flüchtlingscontainerlösung etc. – [Heiko Thomas (GRÜNE): Das reicht nicht!] – Ich erwarte insbesondere nicht, dass aufgrund der Ergebnisse und Erkenntnisse dieser heutigen Debatte hier jemand sein Amt niederlegen würde oder sich herausgedrängt fühlen würde aus einzelnen notwendigen Maßnahmen. Insofern möchte ich das damit noch mal zusammenfassen.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: So, jetzt hat sich Herr Reinhardt noch mal gemeldet. Ich meine, wir können das Spiel jetzt noch unendlich weiterspielen. Ich appelliere wirklich an Vernunft, und das Parlament hört ja auch nicht morgen auf zu arbeiten! Es sind eine ganze Reihe von Fragen aufgeworfen worden. Wir werden den Komplex behandeln. – [Ulker Radziwill (SPD): Am Montag ja auch wieder!] – Die Besprechung lautet: Vorwürfe bezüglich der Vergabepaxis bei Flüchtlingsunterkünften. – Das heißt, keine Generaldebatte über all die Missstände, die wir in den Flüchtlingsheimen haben. Ich erinnere an die nächste Tagesordnung. Da werden wir den gleichen Themenkomplex wieder behandeln. Ich bitte jetzt wirklich, nur noch das zu sagen, was noch nicht gesagt worden ist. – Herr Reinhardt, es wird ein bisschen redundant!

Fabio Reinhardt (PIRATEN): Herr Vorsitzender! Ich nehme mir das zu Herzen. – Meine Frage wurde nicht beantwortet, ob dieser Innenrevisionsbericht, von dem wir jetzt offensichtlich gerade gesagt bekommen haben, dass überhaupt nicht klar ist, ob der in zwei Wochen vorliegt – die Dame ist ja angeblich unabhängig, also kann es auch zehn Wochen dauern –, ob der uns denn zugeht. Das haben Sie immer noch nicht gesagt. Ist der öffentlich, oder ist der intern? Innenrevision hört sich so intern an, wenn Sie mich als Laien fragen.

Und dann die zweite Frage: Es gab mal angeblich eine Überprüfung durch die Fachaufsicht im Jahr 2012, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Herr Allert? – Sie nicken nicht und schüttern nicht den Kopf. – [Zuruf Franz Allert (LAGeSo)] – Na ja, Sie haben in mehreren Medien

zur Kenntnis gegeben, dass Sie eine Überprüfung durch die zuständige Fachaufsicht – –
– [Zuruf Franz Allert (LAGeSo) – Dann irre ich mich. Meine Fragen lauten: Gibt es Überprüfungen durch die Fachaufsicht? Wenn ja, können wir diesen Bericht bitte eingereicht bekommen?

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Herr Senator!

Senator Mario Czaja (SenGesSoz): Wenn ich über die rechtliche Situation von internen Korruptionsfragestellungen, Revisionsberichten usw. richtig informiert bin, so sind Berichte der internen Revision interne Berichte. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Ist ja super!] – Inwiefern Sie als Abgeordneter dadurch natürlich durch Akteneinsicht, im Datenraum oder Ähnliches die Möglichkeit haben, dazu einzusehen – diese Rechte kennen Sie. Ich gehe davon aus, dass dadurch auch die Möglichkeit besteht, das zu bekommen und das einzusehen, wenn dies vorliegt, weil das sicherlich zu den Unterlagen und Akten gehört, die einsehbar sind, außer Persönlichkeitsrechte sind davon betroffen. – [Peter Trapp (CDU): Dann müssen sie geschwärzt werden!] – Sonst müssen sie geschwärzt werden. Ich gehe davon aus, dass das dann rechtmäßig erfolgt, und habe auch gar keinen Zweifel daran, dass das erfolgt. – [Fabio Reinhardt (PIRATEN): Sie tragen die Verantwortung!] –

Das Zweite ist: Wissen Sie, hier sind ja Mitarbeiter im Raum, Herr Reinhardt, denen Sie in Ihren Formulierungen immer wieder unterstellen –, die „angeblich“ unabhängig sind, die „angeblich“ frei davon arbeiten, die sich „angeblich“ nicht korrumpieren lassen. Sie können mich für die politische Verantwortung des Landesamtes für Gesundheit und Soziales hoch und runter angreifen, aber lassen Sie bitte die Mitarbeiter des Landesamtes für Gesundheit und Soziales in Ruhe, die eine ordentliche Aufgabe machen!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Wir sind die politisch Verantwortlichen dafür. Uns können Sie mit jeder Unverschämtheit weiter kritisieren, aber lassen Sie das, die Mitarbeiter auf diese Art und Weise zu diskreditieren. Ich bitte Sie wirklich darum.

Vorsitzender Dr. Wolfgang Albers: Damit werden wir diese Besprechung für heute für abgeschlossen erklären. Das Thema wird uns mit Sicherheit noch mal beschäftigen – ganz sicher.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.